Montag, 7. November 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 260 - 45.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Grenada: Rund 2500 der ursprünglich mehr als 5000 US-Soldaten bleiben vorerst auf der Insel, um die Rückkehr zur Demokratie abzusichern. Washington entspricht damit dem Wunsch des britischen Generalgouverneurs Scoon. Erbeutete Geheimdokumente beweisen, daß Grenada zu einem Militärposten Moskaus ausgebaut werden sollte.

Griechenland: Oppositionsführer Aweroff hat die sozialistische Regierung aufgefordert, das bereits paraphierte Rechtshilfeabkommen mit der „DDR" rückgängig zu machen. Es habe zu äußerst ernsten Warnungen geführt und werde Griechenland teuer zu stehen kommen.

Bischof: Bedauern hat der Ostberliner evangelische Bischof Forck darüber geäußert, daß die „DDR"-Führung auch ihm nicht gestattet habe, eine Friedenspetition an die Botschaften der UdSSR und der USA in Ost-Berlin zu übergeben.

Treffen zerschlagen: 35 Mitglieder der rechtsradikalen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten und Nationaler Aktivitäten" sind in München festgenommen worden. Sie wollten auf einem Geheimtreffen über einen Marsch auf die Feldherrnhalle am 9. November, dem 60. Jahrestag des mißglückten Hitler-Putsches, beraten.

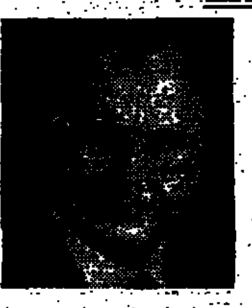
Arafat vor Endkampf: Die Lage von PLO-Chef Arafat wird immer aussichtsloser. Gestern fiel sein vorletzter Stützpunkt, Nahr Bared, bei Tripoli. Die von Syrien und Libyen unterstützen PLO-Rebellen standen kurz vor Arafats Hauptquartier Baddawi. Arafat schwur, lieber kämpfend zu sterben, als die PLO eine Marionette Syriens werden zu lassen. (S. 1)

„Erpressung möglich": Ein Vetorecht der Bundesrepublik beim Einsatz nuklearer Waffen lehnt Verteidigungs-Staatssekretär Würzbach ab. Es öffne die Tür zu politischer Erpressung durch die Sowjets. Diese müßten wissen, daß sie bei einem Angriff die gesamte NATO herausforderten.

Andropow: Mutmaßungen über eine schwere Erkrankung von Kreml-Chef Andropow haben sich verstärkt. Am Samstag fehlte Andropow bei der Eröffnungsfeier zum Jahrestag der Oktoberrevolution. Auch seine Teilnahme an der heutigen Militärparade ist fraglich: Der 69jährige wurde zuletzt am 18. August in der Öffentlichkeit gesehen.

Heute: Strauß reist zu politischen Gesprächen nach Südafrika. – Letzte Verhandlungsrunde zwischen Bund, Saarland und Geschäftsführung über Arbed Saarstahl. – Tagung der FDP-Bundestagsfraktion in Berlin. – Gipfel des Rats der Golf-Staaten.

ZITAT DES TAGES



» Wir haben in der UNO-Generalversammlung Stimmenthaltung geübt, um deutlich zu machen, daß wir keine Position gegen unsere amerikanischen Freunde beziehen. «

Bundeskanzler Kohl zur Debatte über Bonns Haltung zur US-Intervention auf Grenada.

FOTO: WERNER SCHÜRING

WIRTSCHAFT

Thyssen reduziert: Nach dem Scheitern der Fusionsverhandlungen mit Krupp will Thyssen seine Rohstahlkapazität von 16 auf elf Millionen Tonnen pro Jahr abbauen. Das Konzept kostet rund 8000 Arbeitsplätze. (S. 11)

Indonesien: Den Wunsch nach mehr deutschen Investitionen hat Präsident Suharto beim Besuch von Kanzler Kohl vorgebracht. (S. 6)

Technologie-Programm: Auf ein Fünfjahresprogramm mit einem Volumen von 3,2 Milliarden DM für Forschung auf dem Elektroniksektor haben sich die EG-Forschungsminister geeinigt. Es soll je zur Hälfte von der EG und der Wirtschaft finanziert werden.

Lohn-Politik: Eine Unternehmens-Rendite von mindestens zehn Prozent in den nächsten zehn Jahren betrachtet der CDU-Politiker Haimo George als wichtigste Voraussetzung zur Wiederbelebung der Wirtschaft. „Wir müssen an die Löhne heran", erklärte er.

Indien–„DDR": Das Handelsabkommen für 1984 sieht eine Ausweitung des Warenverkehrs um zehn Prozent auf 855 Millionen Mark vor.

Mieten: Mit einem Mietpreisschub sei für die weitere Zukunft nicht zu rechnen, meint Wohnungsbauminister Schneider. Im Jahresdurchschnitt '83 werde die Mietsteigerung unter fünf Prozent liegen.

IBH sucht Lösung: Noch in diesem Monat will der zahlungsunfähige Baumaschinenkonzern IBH ein Konzept zur Gesundung vorlegen. (S. 9)

KULTUR

Luther-Jahr: Der Papst hat die Christen gemahnt, in „Wahrhaftigkeit und christlicher Liebe" über die Reformationszeit nachzudenken. Das Luther-Jahr sollte in „echt ökumenischem Geiste" gestaltet werden. (S. 1)

Schriftsteller-Verband: Seine Bereitschaft zum Rücktritt hat der VS-Vorsitzende Bernt Engelmann jetzt erstmals signalisiert. Scharf kritisert wurde Engelmann jetzt auch von dem Schriftsteller Rainer Kunze. (S. 17)

SPORT

Sportpolitik: NOK-Präsident Willi Daume übte heftige Kritik an IOC-Präsident Samaranch (Spanien). Daume sprach von einem beklagenswerten Maß an Führungslosigkeit. (S. 16)

Turnen: Einen chinesischen Doppelsieg gab es beim internationalen DTB-Turnier in Stuttgart. Die Veranstaltung war mit 15 000 Zuschauern überaus publikumswirksam.

AUS ALLER WELT

U-Boot nach Kuba: Das vor der US-Küste treibende sowjetische Atom-U-Boot ist von einem sowjetischen Schlepper auf den Haken genommen und nach Kuba gebracht worden. Es hatte vermutlich eine amerikanische U-Boot-Ortungsboje gerammt.

Tempo 60?: Für ein Tempolimit auf gutausgebauten innerörtlichen Straßen auf 60 km/h setzen sich die Leiter der Verkehrsämter der Großstädte ein. (S. 18)

Wetter: Überwiegend freundlich, Frühnebel. Bis 18 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Thomas Kielinger über die Situation 1965 in der Dominikanischen Republik – S. 2

NOK-Entscheidung: Berchtesgaden – Der Traum von Olympia am Watzmann ist nähergerückt S. 3

Kardinal Höffner: Vaterlandsliebe geriet in Verruf – Seminar über „Deutsche Nation und Europa" S. 4

Südamerika: Ein Wind der Demokratie weht über den amerikanischen Subkontinent S. 6

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages. S. 7

Wirtschaft: Kommunale Spitzenverbände weisen auf erhebliche Einnahmeverluste hin S. 9

Fußball: Lothar Matthäus bat nach einer harten Woche die Kollegen: „Ihr müßt mir helfen" S. 14

Fernsehen: „Kontraste" vom Sender Freies Berlin – Das Ost-West Magazin im 1. Programm S. 16

Uraufführungen: Braschs „Mercedes" in Zürich, Schleefs „Berlin" in Heidelberg S. 17

Aus aller Welt: Anatomie eines Untergangs – Die letzten Stunden des Frachters „Kampen" S. 18

Grenada-Dokumente stützen die Befürchtungen der USA

Washington: Insel sollte Außenposten Moskaus werden

DW. Washington

Auf Grenada sichergestellte Geheimdokumente stützen die Befürchtungen der USA, die Karibik-Insel habe zu einem militärischen Außenposten der Sowjetunion ausgebaut werden sollen. Die Unterlagen geben detailiert Auskunft über Abmachungen der revolutionären Regierung Grenadas mit der Sowjetunion, Kuba und Nordkorea über kostenlose Waffenlieferungen, Bereitstellung von Militärberatern und Ausbildung von Soldaten. Das Außenministerium in Washington bezifferte den Wert der aus Moskau gelieferten und vom Kreml zugesicherten Waffen mit rund 26 Millionen Dollar, aus Nordkorea mit rund zwölf Millionen Dollar.

Aus den von den Vereinigten Staaten jetzt veröffentlichten Dokumenten ergibt sich ferner, daß es in den Wochen vor dem Sturz des Regierungschefs der Insel, Maurice Bishop, erhebliche Differenzen über den politischen Kurs auf Grenada gab. Das Zentralkomitee der „New Jewel Party" diskutierte im August und September heftig über die politische Richtung. Der Parteiführung wurde der Vorwurf gemacht, richtungslos und opportunistisch zu sein. Bishop und andere „bürgerliche Freunde" hätten die arbeitende Klasse der Insel verraten. Verlangt wurde ein Marxismus leninistischer Prägung.

Im Oktober kam es, wie die Protokolle und Notizen ausweisen, in den grenadischen Streitkräften zu Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Gruppen. In einem handschriftlichen Bericht über eine lange Debatte am 12. Oktober klagte Bishop andere Komitee-Mitglieder offenbar an, ihn ermorden zu wollen. Dies wurde zurückgewiesen. Danach wurde beschlossen, Bishop unter Hausarrest zu stellen.

SEITE 2
Die Bausoldaten
SEITE 5
Weitere Berichte

In einem Dokument vom 21. Oktober, zwei Tage nach der Ermordung Bishops, zeigte sich die Gruppe um den putschenden General Hudson Austin enttäuscht wegen der Kritik des kubanischen Revolutionsführers Fidel Castro an ihrer Aktion.

US-Präsident Ronald Reagan versicherte am Wochenende während einer Feierstunde für aus Libanon heimgekehrte und gefallene Marinesoldaten in Camp Lejeune, North Carolina: „Wir schlossen uns einem Unternehmen an, das zum Ziel hat, Ordnung und Demokratie auf dieser von Gewalttat bedrohten Insel wiederherzustellen." Der Präsident ging auch auf die Kritik von seiten mehrerer Verbündeter ein. In einer freien Gesellschaft, so Reagan, werde es notwendigerweise Streit geben über die Natur entschiedenen Handelns. „Diejenigen, die uns so voreilig wegen unserer Operation in Grenada kritisiert haben, lade ich herzlich ein, einmal die bei mir eingetroffenen Briefe jener befreiten Studenten und ihrer Familien zu lesen. Sie wissen, daß dies keine Invasion war." Und an anderer Stelle sagte Reagan: „Ich hoffe, jeder Amerikaner wird über die politischen Gefangenen lesen, die wir befreit haben."

Die amerikanische Fernsehgesellschaft CBS publizierte das Ergebnis einer Meinungsumfrage, wonach die Bewohner Grenadas fast einstimmig das Eingreifen der USA auf der Karibik-Insel begrüßt haben. 85 Prozent gaben an, sie hätten sich nach dem Staatsstreich gegen Ministerpräsident Bishop nicht mehr sicher gefühlt.

DER KOMMENTAR

Börners Wende

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Grüne und Jusos konstatieren ebenso erstaunt wie entzückt die Wende des Holger Börner. Richtiger ist es allerdings, von einer Zeitenwende der deutschen Sozialdemokratie zu sprechen.

Vordergründig geht es darum, daß Börner jetzt in Hessen versucht, was Dohnanyi in Hamburg im ersten Anlauf mißlungen war: Die SPD Willy Brandts will die zur Parlamentspartei avancierten Grünen in den Stand einer Regierungspartei erheben. Der Unterschied ist, daß die Grünen als Parlamentspartei – etwa im Bundestag – für die Gemeinschaft schadlos ihre Paradiesvogelrolle spielen können; als Regierungspartei müßten sie verantwortlich handeln.

Wie damals hinter Dohnanyi, so nimmt man jetzt auch hinter Börner die dirigierende Hand des großen „Integrators" der SPD wahr. Wer's nicht glauben will, braucht nur die Baunatal-Rede Börners nachzulesen. Da heißt es, die „linke Volkspartei mit Reformanspruch" müsse die „staatspolitisch wichtige Aufgabe übernehmen, diese neuen Schichten, die sich der grünen Protestpartei angeschlossen haben, für unsere parlamentarische Demokratie zu gewinnen". Die SPD gehe „ihren Weg der Integration neuer Wählerschichten" beharrlich weiter. Es müsse ihr gelingen, „die junge Generation ... an unseren demokratischen Staat heranzuführen"! Pathetischer könnte es auch Brandt nicht sagen.

Nüchtern ausgedrückt, heißt das: So, wie Brandt seit 1969 mit der Integration der Studentenrevoluzzer die SPD veränderte, indem er seine Partei für die elitär-radikalen Söhne und Töchter des Bildungsbürgertums öffnete, so schickt er sich jetzt zum zweiten Mal an, die Partei zu verändern, indem er ihr parlamentarisches Schicksal an die Extravaganzen eher unpolitischer Schichten des Klein- und Mittelbürgertums bindet. Das wäre nicht nur soziologisch, sondern vor allem politisch das Ende der Sozialdemokratie als der traditionellen deutschen Arbeiterpartei.

Offensichtlich wird dieses Ende gewollt. Der Grund: Zu viele traditionelle Arbeitnehmerwähler der SPD haben am 6. März Helmut Kohl ihre Stimme gegeben. Folglich zimmert Brandt eine künftige Kanzlermehrheit „diesseits" von Kohl/Genscher. Folgerichtig proklamiert Börner in Hessen die angestrebte Parlamentsmehrheit mit den Grünen als „Gegengewicht zu Bonn". Er baut in Wiesbaden Willy Brandts Gegenmodell zu Bonn.

Doch gemach. Vielleicht bereiten sich die hessischen Grünen den Ulk, Börner zum Ministerpräsidenten einer neuen Landesregierung zu wählen. Sie haben aber nicht vor, in dieser rot/grünen Regierung auch Minister zu stellen. Der Grund ist klar: Sie wollen sich nicht um den Spaß bringen, den Ministerpräsidenten Börner mir nichts, dir nichts wieder stürzen zu können.

Spranger informierte sich auf Grenada

Genscher wollte Reise verhindern / Erkenntnisse vor Ort als Bericht an das Kabinett

MANFRED SCHELL, Bonn

Unter strikter Geheimhaltung hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger (CSU), die Insel Grenada besucht und sich an Ort und Stelle über die Waffensammlungen und den Einfluß der Sowjetunion, Kubas und der „DDR" informiert.

Das Bundesinnenministerium bestätigte gestern auf Anfrage der WELT, daß Spranger mit Hilfe der amerikanischen Sicherheitsbehörden am vergangenen Freitag auf Grenada gewesen sei. Nach seiner Rückkehr am heutigen Montag werde er Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann und Bundeskanzler Helmut Kohl berichten. Deshalb wollte das Ministerium keine weiteren Einzelheiten mitteilen.

Nach Informationen der WELT ist Spranger bei einem Besuch in Washington vom amerikanischen Geheimdienst CIA das Angebot unterbreitet worden, Grenada zu besuchen. Auf der Insel hat er Informationen erhalten, die über das bisher bekannte Ausmaß des Einflusses vor allem des Staatssicherheitsdienstes (MfS) der „DDR" hinausgehen. Spranger wurden von den amerikanischen Behörden Dokumente – darunter waren Tagebuchaufzeichnungen – vorgelegt, die vor allem die Pläne der „DDR" für den Aufbau großangelegter nachrichtendienstlicher Verbindungen belegen. Außerdem wurden Spranger die Waffen- und Munitionsfunde gezeigt. Ob ihm Papiere zur Unterrichtung der Bundesregierung überlassen wurden, war gestern nicht zu erfahren.

Spranger ist der erste deutsche Politiker, der nach der Intervention der amerikanischen Streitkräfte Grenada besucht hat. Das Bundesinnenministerium verwies darauf, daß Spranger „im Einvernehmen" mit dem Bundeskanzleramt gereist sei. Bundesaußenminister Genscher soll versucht haben, diese Reise zu verhindern.

Nach Informationen der WELT hat Genscher, als er von der deutschen Botschaft in Washington über die Absichten Sprangers unterrichtet worden war, über Staatsminister Jenninger vom Kanzleramt versucht, bei Bundesinnenminister Zimmermann zu intervenieren. Zimmermann hatte entschieden, daß Spranger reisen solle, aber diese Visite auf Grenada inoffiziellen Charakter haben müßte. Ein zweiter Anlauf Genschers, die Reise zu verhindern, schlug fehl, weil Spranger schon auf dem Wege nach Grenada war. Seinem Bericht wird wesentliche Bedeutung für die Diskussion am kommenden Mittwoch im Kabinett zukommen.

Hessens SPD für Kooperation mit den Grünen

DW. Kassel

Ein Landesparteitag der hessischen SPD hat den Weg für eine weitgehende Zusammenarbeit mit den Grünen im Landtag geebnet. Auf dem Kongreß in Baunatal bei Kassel stimmten die 236 Delegierten bei nur drei Gegenstimmen der Absicht zu, mit den Grünen über eine Kooperation bis hin zur Bildung einer neuen Landesregierung zu verhandeln.

Der SPD-Landesvorsitzende und geschäftsführende Ministerpräsident Holger Börner, der lange Zeit jedes Bündnis mit den Grünen abgelehnt hatte, wurde mit einer Zustimmung von 91 Prozent (1981 waren es 74 Prozent) wiedergewählt. „Da die CDU sich verweigert, werden wir gezielt mit den Grünen verhandeln", erklärte Börner. Die Sozialdemokraten seien zu Kompromissen bereit, „aber wir werden uns von niemandem erpressen lassen".

Erstmals seit Jahren blieb ein Parteitag der hessischen SPD praktisch ohne Kontroverse. Selbst die entschiedensten Vertreter des linken Flügels und der Jusos überhäuften Börner mit Lob. „Die Grünen sprachen von einer „erstaunlichen Wende".

Börner hatte sich für ein Investitionsprogramm zur Schaffung von Arbeitsplätzen mit Schwerpunkt im Umweltschutz eingesetzt, das über eine Ergänzungsabgabe zu finanzieren sei. Er befürwortete eine Schwefelabgabe umweltbelastender Betriebe und eine Lehrstellenabgabe der Industrie. Den Bau beziehungsweise Ausbau von Kernkraftwerken lehnte er ab.

Andropow fehlte. Romanow droht mit Raketen

DW. Moskau

Das Fernbleiben des sowjetischen Staats- und Parteichefs Jurij Andropow von der Kreml-Feier zum Jahrestag der Oktober-Revolution hat den Spekulationen um den Gesundheitszustand des 69jährigen Auftrieb gegeben. Die Veranstaltung gehört zum Pflichtprogramm sowjetischer Parteiführer. Andropows Vorgänger, Leonid Breschnew, hatte im vergangenen Jahr, schon vom Tode gezeichnet, an der Veranstaltung teilgenommen.

Der Leiter der Abteilung Internationale Information des ZK der KPdSU, Leonid Samjatin, teilte am Samstag mit, Andropow sei erkältet. Die Erkrankung sei zwar nicht ernst, doch sei es zweifelhaft, ob der Staats- und Parteichef heute auf dem Roten Platz die traditionelle Parade zum Jahrestag der Revolution abnehmen könne. Politische Beobachter zeigten sich von der Erklärung überrascht, da der Gesundheitszustand von Politikern der UdSSR normalerweise in der Öffentlichkeit nicht erörtert wird.

Das Politbüromitglied Romanow kündigte während der Feier im Kreml an, die Vorbereitungen zur Aufstellung neuer sowjetischer Raketen seien „im Gange". Dies sei der „erste Schritt, weitere Schritte werden folgen". In Moskau wurden die Bemerkungen Romanows als Anspielung auf die wiederholt vorgebrachte Warnung verstanden, im Falle einer Nachrüstung im Westen auch amerikanisches Territorium durch die Aufstellung neuer Waffen zu bedrohen.

Seite 2: Krisensymptome

Papst würdigt das Werk Luthers

Weiterer Schritt zur Revision des katholischen Urteils über den Reformator

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Papst Johannes Paul II. hat zum 500. Geburtstag Martin Luthers ausdrücklich Persönlichkeit und Werk des Reformators gewürdigt. Das in deutscher Sprache abgefaßte Schreiben an Kardinal Willebrands, den Präsidenten des Sekretariats für die Einheit der Christen, ist das erste offizielle päpstliche Dokument seit der Bannbulle von Leo X. aus dem Jahr 1520. Es wird in Rom als ein weiterer bedeutsamer Schritt zur Revision des katholischen Urteils über den Reformator gewertet. Kommentatoren italienischer Zeitungen sprachen von einer „historischen Wende" in den Beziehungen zwischen Katholiken und Protestanten.

Das Schreiben trägt das Datum des 31. Oktober (Reformationsfest). Der Papst hebt darin „die tiefe Religiosität" Luthers hervor, „der von der brennenden Leidenschaft für die Frage des ewigen Heils getrieben war". An der Schwelle der Neuzeit habe Luther wesentlich zu den tiefgreifenden Veränderungen der Wirklichkeit des Abendlandes beigetragen. „Unsere Welt erfährt auch heute noch seine Geschichtsmächtigkeit", erklärte Johannes Paul II.

Der Papst ruft zur Vertiefung einer „unvoreingenommenen, allein von der Suche nach der Wahrheit geleiteten Forschung" auf – mit dem Ziel, „ein gerechtes Bild des Reformators wie der ganzen Epoche der Reformation und der in ihr wirkenden Personen zu gewinnen". Er betont: „Wo Schuld ist, muß sie anerkannt werden, gleich welche Seite sie trifft; wo Polemik die Sicht verzerrt, muß sie richtiggestellt werden."

Die wissenschaftlichen Bemühungen evangelischer wie katholischer Forscher, „die sich in ihren Ergebnissen inzwischen weitgehend begegnen", hätten bereits „zu einem vollständigeren und differenzierteren Bild von der Persönlichkeit Luthers wie auch von dem komplizierten Geflecht der historischen Gegebenheiten in der Gesellschaft, Politik und Kirche der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts geführt". Deutlich geworden sei dabei freilich auch, „daß sich der Bruch der Kircheneinheit weder auf Unverständnis seitens der Hirten der katholischen Kirche noch auf mangelndes Verstehen des wahren Katholizismus auf seiten Luthers allein zurückführen läßt, sosehr solches mitgespielt haben mag".

SEITE 2
Dialog des Glaubens

Die Entscheide, um die es gegangen sei, hätten tiefer gereicht. „Bei dem Streit um das Verhältnis von Glaube und Überlieferung waren Grundfragen der rechten Auslegung und Aneignung des christlichen Glaubens im Spiel, deren kirchentrennende Wirkung durch bloßes historisches Verstehen nicht zu überwinden ist."

Der Papst begrüßt die Intention „namhafter Persönlichkeiten und Gremien in der lutherischen Christenheit, das Luther-Gedenkjahr in echt ökumenischem Geist zu gestalten". Die weitere historische Klärung der Reformationszeit, schreibt er dann, müsse „Hand in Hand gehen mit dem Dialog des Glaubens, indem wir hier und jetzt nach Einheit suchen". Dieser Dialog finde „seine feste Grundlage in dem, was uns gemäß den evangelisch-lutherischen Bekenntnisschriften auch nach der Trennung verbindet: Im Wort der Schrift, in den Glaubensbekenntnissen, in den Konzilien der alten Kirche".

■ Fortsetzung Seite 8

Libanon-Krise: Israel warnt Syrien

Erhöhte Spannungen / USA schicken Flottenverband ins Mittelmeer / Arafat am Ende?

dpa/AFP, Beirut/Jerusalem

Die Spannung in Libanon nach dem Attentat auf das israelische Truppenhauptquartier in Tyrus, bei dem 60 Menschen ums Leben kamen, ist am Wochenende weiter gestiegen. In Jerusalem richtete Ministerpräsident Yitzhak Shamir eine deutliche Warnung an Syrien: „Wir sagen Syrien und den Terroristen sowie allen, die uns angreifen, daß wir sie verfolgen und vernichten werden." Shamir betonte dabei, daß Israel Libanon erst dann verlassen werde, wenn dort Ruhe herrsche.

Zuvor hatte der israelische Verteidigungsminister Moshe Arens im israelischen Fernsehen mit weiteren Vergeltungsschlägen gedroht. „Wir werden mit aller Härte zurückschlagen, sobald wir herausgefunden haben, wer hinter diesem Anschlag steckt", sagt Arens.

Die Vereinigten Staaten haben ihren bisher stärksten US-Flottenverband seit dem Zweiten Weltkrieg ins Mittelmeer entsandt. Ein Sprecher des Weißen Hauses wandte sich gegen Spekulationen über beabsichtigte Vergeltungsmaßnahmen nach dem Attentat auf US-Soldaten in Beirut. Der Verband mit rund 30 Kriegsschiffen, darunter drei Flugzeugträger, soll Anfang der Woche im östlichen Mittelmeer eintreffen.

Palästinenserführer Yassir Arafat, der in dem nordlibanesischen Flüchtlingslager Baddawi bei der Hafenstadt Tripoli von rebellischen palästinensischen Guerrillas und syrischen Truppen umzingelt ist, wurde gestern aufgefordert, sich zu ergeben. Wie Radio Beirut meldete, habe Arafat mit einem Kompromißangebot geantwortet: Gegen die Garantie eines freien Abzuges sei er bereit, Baddawi kampflos aufzugeben.

Damit hätte Arafat auch seinen letzten Stützpunkt verloren, nachdem die rund 5000 Guerrillas der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zuvor das Flüchtlingslager Nahr el-Bared gegen den massiven Druck der von syrischen Panzer- und Artillerieeinheiten unterstützten Rebellen hatten räumen müssen. Mit mehr als 300 Toten und etwa 600 Verletzten bezifferte Radio Beirut die Zahl der Opfer der Kämpfe in den vergangenen vier Tagen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Bausoldaten

Von Herbert Kremp

Die Geheimverträge mit der Sowjetunion, Nord-Korea und Kuba, die von den Amerikanern auf Grenada gefunden wurden, entsprechen genau den bekannten Mustern des modernen, in den Anfangsphasen verdeckten kommunistischen Expansionismus. Voraussetzung für den Ausbau der am Ende festungsmäßigen Position ist eine willfährige Regierung, wie sie mit dem Ministerspräsidenten Bishop nach dem Staatsstreich vom März 1979 ans Ruder kam. Nach der Konsolidierung von Regierung und Revolutionsrat vereinbarte Moskau mit dem marxistischen Regime im Oktober 1980 den ersten Vertrag über Waffenlieferungen.

Das Netz der Verträge, die in der Folge abgeschlossen wurden, betraf neben Waffen und Ausrüstungen die Entsendung von Ausbildern. Lieferungen und Dienste waren kostenlos. Qualitativ und quantitativ lagen sie weit über Bedarf und Kapazität des Inselstaates, der auf der Grundlage seiner 110 000 Einwohner eine Truppe von 1200 schlecht trainierter, meist ungebildeter Soldaten unterhält. Die Lagerungen in den Depots waren nach den Geheimverträgen jedoch für mehr als 6000 Mann bestimmt. Der Schluß ist unabweisbar, daß damit Bereitstellungen für ein kubanisches Expeditionskorps etwa gleicher Größenordnung getroffen wurden. Ein Sechstel davon befand sich als „Bautruppe" zum Ausbau der Infrastruktur und eines für moderne Flugzeuge geeigneten Rollfeldes bereits in Grenada.

Die Rolle der Bausoldaten ist seit langem bekannt. Man kennt die Mehrfach-Funktion des Soldaten aus der Roten Armee, der chinesischen Volksbefreiungsarmee und aus der vietnamesischen Armee. Die Streitkräfte Mao Zedongs beispielsweise wurden seit den zwanziger Jahren für den Kampf, für spezielle Arbeiten (vor allem Bauarbeit und Landwirtschaft) sowie für die ideologische Erziehung (einfachen Zuschnitts) ausgebildet. Die Kubaner haben, als ihre Funktionäre zu Hunderten China besuchten, dieses System ebenso übernommen wie die Vietnamesen, die sich in ähnlicher Form in Kambodscha betätigen. Kein Wunder also, daß die Amerikaner in Grenada auf Widerstand gestoßen sind. Über den Bausoldaten dieser Art existiert eine umfangreiche, leicht zugängliche Literatur.

Wichtigster Punkt des Vertragsnetzes war jedoch die interne Machtübernahme, wozu die Bereiche der Verteidigung, inneren Sicherheit und Kommunikation ausreichen. Der Vertrag des grenadischen Regimes mit Kuba sah diese Regelungen vor. Die Ermordnung Bishops im Oktober dieses Jahres gehörte zum normalen Ablauf. Sein revolutionäres Temperament erwies sich ähnlich wie das der Afghanen Taraki und Amin, der ermordeten Vorgänger des Sowjet-Statthalters Karmal, als ein Hindernis.

Dialog des Glaubens

Von Henk Ohnesorge

In einem Brief an den Präsidenten des Vatikanischen Sekretariats für die Einheit der Christen, den niederländischen Kardinal Johannes Willebrands, hat Papst Johannes Paul II. auf die Bedeutung Martin Luthers hingewiesen, „die tiefe Religiosität" des Reformators, „der von brennender Leidenschaft für die Frage nach dem ewigen Heil getrieben war". Gleichzeitig hat der Papst in seinem Brief, der das Datum des 31. Oktober, des Reformationstags, trägt, die katholische Kirche zum „Dialog des Glaubens" mit den evangelischen Christen und zum Bemühen um ein gerechtes Bild Luthers aufgefordert.

So erstaunlich dieser Brief auf denjenigen wirken mag, der die Entwicklung der letzten Jahre nicht verfolgt hat, so konsequent ist er. Zwischen den Kirchen hat sich in der Betrachtungsweise Luthers durch die Katholiken ebenso wie in der Betrachtungsweise der römisch-katholischen Kirche durch die Lutheraner Grundlegendes geändert.

Eines der Schwerpunktthemen der soeben beendeten Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zum 500. Geburtstag des Reformators in Worms war das Lima-Papier, eine in jahrzehntelangen Gesprächen zwischen den Kirchen entstandene Erklärung über Taufe, Eucharistie und Amt. Man versucht Übereinstimmung in Kernfragen zu finden, das abzutragen, was in Jahrhunderten das eigentliche Wesen auf beiden Seiten überlagert und teilweise verändert hat.

Noch gibt es in grundsätzlichen Fragen, etwa im Verständnis dessen, was ein Geistlicher ist (Amtsverständnis), unüberwindbar scheinende Hindernisse auf dem Weg zur Wiedervereinigung der Konfessionen. Aber die Tatsache, daß der Papst in seinem Brief deutlich macht, daß die Zeit vorbehaltloser Verdammung der Person und Motive Luthers vorüber ist, läßt alle hoffen, die unter der Spaltung leiden.

Kims Emissäre

Von Manfred Neuber

Birma reagierte spät, aber scharf: Seit „unzweifelhaft erwiesen" ist, daß Nordkorea hinter dem Attentat am 9. Oktober in Rangun auf die Regierungsdelegation Südkoreas beim Staatsbesuch von Präsident Chun Doo Hwan steckt, brach seine sozialistische Führung die Beziehungen zu dem kommunistischen Regime in Pjöngjang ab und wies am Wochenende dessen „Diplomaten" aus dem Lande.

Die Abgesandten des „Großen geliebten Führers" Kim Il Sung verdienen nicht mehr die Berufsbezeichnung Diplomat, seit man weiß, wie sie im Ausland finstere Pläne verfolgen. „Sie sind gefährliche Außenseiter auf dem diplomatischen Parkett", erkannte ein westlicher Diplomat, der ihre terroristischen Umtriebe über einen längeren Zeitraum beobachtete.

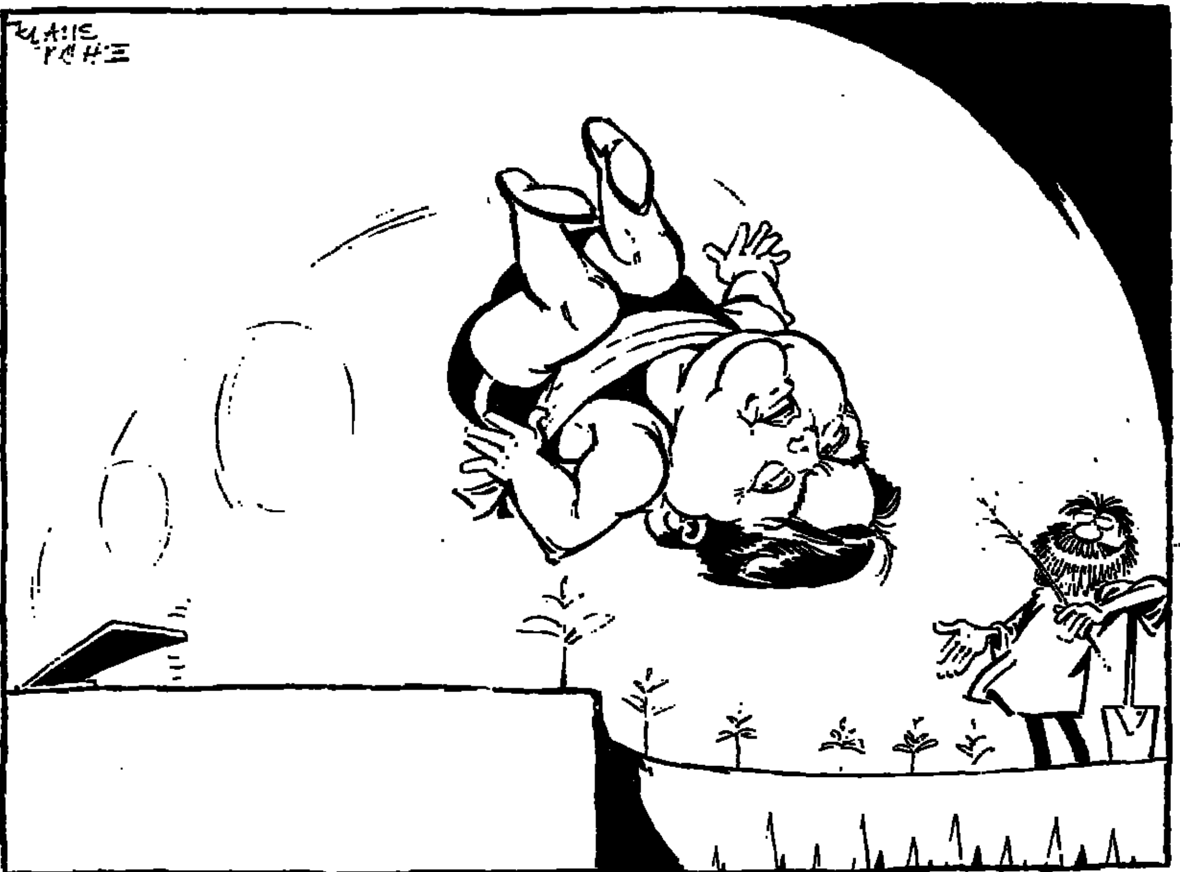
Von plumper Bestechung über raffinierte Nötigung bis zu Rauschgift- und Waffenschmuggel reichte schon das kriminelle Register nordkoreanischer Emissäre in aller Welt, bevor sie des Mordes an 21 Menschen im „Mausoleum der Märtyrer" in Rangun schuldig wurden.

Mit unerlaubten Geschäften (Wodka-Import in Skandinavien, Marihuana-Handel in Malaysia, Falschgeld-Schmuggel nach Chile) müssen die Vertretungen Nordkoreas beim Klassenfeind die finanziellen Mittel für subversive Operationen selbst „erarbeiten".

An mindestens drei Orten im Ausland sind Attentate auf den Präsidenten Südkoreas gescheitert. Es handelt sich gewiß nicht um übertriebene Furcht vor den feindlichen Brüdern, wenn Seoul die Bevölkerung vor dem Besuch Ronald Reagans in diesem Monat zu erhöhter Wachsamkeit aufgefordert und hohe Belohnungen für Informanten aussetzt, zumal Pjöngjang öffentlich angedroht hat, der US-Präsident werde Südkorea nicht lebend verlassen.

Es ist an der Zeit, daß die internationale Gemeinschaft der Aufforderung Japans und der USA folgt, das Mord-Regime in Nordkorea zu ächten.





Salto totale

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Krisensymptome

Von Carl Gustaf Ströhm

Noch ist kein Jahr vergangen, seit Juri Andropow am 12. November 1982 als Nachfolger Breschnews das Amt des Generalsekretärs der KPdSU übernommen hat – und schon zeigt sich, daß die bereits damals kursierende Vermutung recht behalten könnte, wonach wir es nur mit einer Übergangsregelung im Kreml zu tun haben. Das Fehlen des Generalsekretärs auf der wohl wichtigsten Veranstaltung im politischen Kalender der Sowjetunion – der Festsitzung zum Jahrestag der Oktoberrevolution – scheint zu bestätigen, daß Andropow mit schweren *gesundheitlichen Problemen konfrontiert* ist. Es sind Probleme, die wahrscheinlich weit über eine bloße „Erkältung" hinausreichen. Der Schluß liegt nahe, daß jemand, der sich nicht imstande sieht, auch nur als stummer Zuhörer an einer Sitzung im geschlossenen Raum teilzunehmen, wohl ebenso wenig in der Lage sein dürfte, die laufenden Geschäfte eines großen Weltreichs plus einer internationalen kommunistischen Bewegung zu führen.

Viele Symptome deuten darauf hin, daß im Kreml seit Wochen, vielleicht schon sogar seit Monaten, eine machtpolitische Patt-Situation eingetreten ist. Andropow hatte zu keiner Zeit eine stabile Mehrheit im Politbüro. Seine Machtübernahme schaffte er mit Hilfe der militärischen Fraktion, die sein politisches Programm als neuen Aufbruch zu „Law and Order" nach der Korruption und politischen Verlotterung der letzten Breschnew-Jahre begrüßte. Manches spricht allerdings dafür, daß die Koalition Andropows mit den Militärs mehr eine Zweckverbindung als eine „politische" Einheit *im ideologischen Sinne war.* Die Militärs wollten eine Veränderung im Sinne größerer Effizienz und Disziplin – aber Andropow schien weiter zu denken als die Generäle, Marschälle und all die Exponenten des „militärisch-industriellen Komplexes". Er, der seit seinen Budapester Jahren die tiefe Krise der kommunistischen Ideologie, des überkommenen Sowjetsystems am eigenen Leibe erlebte, ahnte zumindest, daß ohne eine *tiefgreifende Reform in* Gesellschaft, Wirtschaft und vielleicht auch in der kommunistischen Partei die Konkurrenzfähigkeit und Hegemonialposition des sowjetischen Imperiums in eine schwere Krise geraten mußte.

Manche seiner Reden und Erklärungen, besonders in den ersten sechs Monaten seiner Amtszeit, ließen aufhorchen, weil sie ungewöhnlich „reformistisch" klangen. Da spürte man etwas von einem „Wind der Veränderung", der durch die erstarrten Strukturen des Sowjetsystems zu blasen begann.

Wenn es Andropow mit der Reform ehrlich meinte – und manches spricht dafür –, dann mußte er aber auch erkennen, daß sich die Sowjetunion außenpolitisch in eine ungewöhnlich komplizierte Lage manövriert hat. Die USA hatten nach Vietnam, dem Nixon-Debakel und der Führungsschwäche der Carter-Ära wieder Tritt gefaßt. Es mußte Andropow klar sein, daß Amerika mit der Nachrüstung Ernst machen würde.

Als Erbe der Breschnew-Ära und als Folge einer sowjetischen „*Politik der Stärke" hat Moskau* heute seine politische Handlungsfreiheit verloren. Es ist angesichts seiner starren Haltung in der Frage der Mittelstrecken-Raketen auf dem besten Wege, auch seine Kompromißfähigkeit zu verlieren. Auffallend ist, daß mit der krankheitsbedingten Abwesenheit Andropows in der sowjetischen Publizistik wieder jene „Betonköpfe" an Resonanz und Einfluß gewinnen, die vom bevorstehenden Untergang des Kapitalismus, von der unheilbaren Krise des Westens, von der angeblichen „Isolierung" der westlichen Regierungen angesichts der „Friedensbewegung" faseln. Die Führungsschwäche der obersten Spitze führt also dazu, daß nicht ungefährliche Träume von der Weltrevolution und vom „Endsieg" wieder geträumt werden.



Andropows Platz (zwischen Marschall Ustinow und Alijew) blieb leer: Pattsituation oder Rückkehr der Betonköpfe? FOTO: UPI

Den Westen muß zutiefst nachdenklich stimmen, daß es heute ebenso wenig wie zu Stalins Zeiten eine öffentliche politische Diskussion in der Sowjetunion gibt. Aber untrügliche Symptome, wonach einander in der Moskauer Führung zwei „Grundrichtungen" in den Haaren liegen, gibt es in genügender Zahl. Die eine Richtung möchte die Weltmachtposition der Sowjetunion ausbauen, indem sie die Schwächen und Systemfehler auf der inneren Linie bereinigt. Wahrscheinlich gehört Andropow zu dieser Richtung – aber offenbar ist er nicht mehr ganz handlungsfähig. Die andere Richtung möchte die inneren Probleme durch äußere Expansion verdecken und sogar lösen. Hier spielen nicht unproblematische irrationale Komplexe mit hinein: ein übersteigertes „Sicherheitsbedürfnis", ein trotziger „Dennoch"-Standpunkt bzw. Justament-Standpunkt, ferner die „ebenfalls irrationale und den Deutschen aus ihrer eigenen Geschichte nicht ganz unbekannte Formel: „Viel Feind, viel Ehr".

Zu dieser seltsamen Psychologie gehört auch die jüngste Ankündigung, *daß die eigene Bevölkerung* noch mehr Opfer und Entbehrung auf sich nehmen müsse. Statt mit den Amerikanern einen vernünftigen Kompromiß auszuhandeln, setzt man das eigene System einer weiteren extremen Belastungsprobe aus. Wie ein Leichentuch bedecken die Rüstungskosten heute bereits die sowjetische Gesellschaft, verhindern Reformen, verschärfen innere und äußere Konflikte – und führen letztlich ins Nichts. Denn eines wissen jedenfalls die intelligenteren unter den Sowjetführern genau: Die USA sind damit nicht zu besiegen – und auch China, der zweite große Rivale, nicht.

Die Krise der Person Andropow hat damit die Krise des Systems blitzartig erhellt.

IM GESPRÄCH Arnulfo Madrid

Feuerkopf aus Panama

Von Günther Friedländer

Seine 82 Jahre hinderten den alten Mann der panamaischen Politik nicht daran, sich noch einmal um die Führung seines Landes zu bewerben. Der einstige Kaffeepflanzer Arnulfo Arias-Madrid versammelte in seinem 100 km südwestlich von der Hauptstadt Panama gelegenen Geburtsstädtchen Penonome führende Männer der Opposition und reorganisierte seine mit seit 15 Jahren inaktive „authentische panamaistische Partei". Weite Kreise des Landes glauben, daß nur Arias 1984 bei den Präsidentschaftswahlen mit einer oppositionellen Einheitsfront den Anwärter der Torrijisten, General Ruben Dario Paredes, besiegen könnte.

Arias gehört zu den Kämpfern, die nach dem spanischen Sprichwort gestiefelt und gespornt sterben. Er ist ein gefürchteter Volkstribun. Auf die *Frage eines Journalisten, was er zur* Kandidatur des Generals Paredes zu sagen habe, antwortet er schneidend: „Jeder Panamaer kann mit 35 Jahren Präsident der Republik werden, auch wenn er weder lesen noch schreiben kann."



Vor dem fünften Sieg? – Arnulfo Arias Madrid FOTO: AP

Arnulfo Arias ist der lateinamerikanische „Populista", der die Gefühle des Mannes der Straße ausdrückt. Viermal eroberte er das höchste Amt seines Landes, dreimal trat er es an und wurde abgesetzt, das erste Mal *1940*, nur ein *Jahr* nach der *Gründung* einer eigenen Partei. Er bewunderte die Achsenmächte, auch wenn er aus praktischen Erwägungen Panamas Neutralität im Zweiten Weltkrieg erklärte. Nach 16 Monaten wurde er abgesetzt und ging ins Exil. 1945 kehrte er heim, gründete eine neue „authentische revolutionäre Partei" und gewann prompt 1948 die Wahlen, weil er auf die Gefühle des Volkes gegen die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Panama setzte.

Ein Jahr lang verweigerte man ihm die Präsidentschaft, und als er sie *1949 schließlich doch* antreten konnte, wurde er 18 Monate später wieder abgesetzt. 1964 siegte er abermals an den Urnen: Der Sieg wurde nicht anerkannt. Aber vier Jahre später siegte er wieder. Am 1. Oktober wurde er zum dritten Mal Präsident, elf Tage später verjagte ihn die Nationalgarde. Nach zehn Jahren Exil kehrte er 1978 heim, wie er versicherte, „nicht um Präsidentschaftskandidat zu sein, nur um wie jeder Bürger seine Meinung und sein Gewissen" *bei der Wahl einer neuen Regierung* mitsprechen zu lassen. Dennoch ist er nun abermals Kandidat.

Die Namen seiner Partei mögen gewechselt haben, er wechselte nicht. „Wir haben seit 1939 unsere Ideale nicht geändert", versicherte er in seiner Programmrede in Penonome. Wird er zum fünften Mal siegen, womöglich, um erneut verjagt zu werden? Es ist die Tragödie der lateinamerikanischen Diktaturen, daß in ihrem Schatten kein Nachwuchs sichtbar wird und die alten nur zur Wiederholung des Déjà vu führen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Lübecker Nachrichten

Das Blatt befaßt sich mit „Börners Purzelbaum":

Die Elastizität zum Purzelbaum der Ansichten ist Voraussetzung zum Überleben in der Politik. Wer es schafft, beim Umfallen aufrecht zu wirken, ist ein Meister dieses Fachs. Der hessische SPD-Landesvorsitzende Holger Börner hat den bekannten Drehübungen eine neue Variante *hinzugefügt*, die eng mit seinem Namen verbunden bleiben dürfte. Er brachte das Kunststück fertig, das Gegenteil von dem zu tun, was er angekündigt hatte, und dafür belohnt zu werden. Seine Bereitschaft zu einem rot-grünen Bündnis nicht nur im Landtag, sondern darüber hinaus in der Regierung Hessens, honorierten seine Parteifreunde bei der Wahl des Vorsitzenden mit einem kräftigen Stimmenzuwachs gegenüber der Wahl vor zwei Jahren.

LIBERATION

Die Pariser Zeitung schreibt über die Hintergründe des Anschlags auf das israelische Hauptquartier in Tyrus:

Der Genfer Kompromiß trennt die Frage des israelischen Rückzuges von dem der Syrer ... Indem er das hinnimmt, erkennt Gemayel praktisch an, daß die syrische Besetzung nicht zur Debatte steht, und die syrische Führung hat in gewisser Weise allen Grund zur Zufriedenheit. Es ist kaum wahrscheinlich, daß diese De-facto-Anerkennung durch Gemayel ohne Zustimmung Washingtons erfolgte, da Assad als Gegenleistung die Liquidation der PLO angeboten haben dürfte ... Mit anderen Worten: Der Kompromiß von Genf ist alles, nur nicht die Rettung Libanons. Er bedeutet mindestens die Teilung des Landes und damit sein Verschwinden als souveräner Staat ... In diesem Rahmen erfolgte offensichtlich das Attentat in Tyrus. Es gibt dazu im wesentlichen zwei Hypothesen. Erste Hypothese: Die Syrer setzen den Kompromiß in Genf durch und haben die Unterstützung der Vereinigten Staaten und Saudi-Arabiens. Assad könnte es gut für nützlich halten, dieses Abkommen zu festigen, indem er Israel dazu bringt, seine Besetzung in Süd-Libanon zu verschärfen ... Die zweite Hypothese geht von einem Eingreifen der Sowjetunion über syrische Agenten und schiitische Ausführende aus. Man kann sich vorstellen, daß die Kreml-Strategen nicht bereit sind, das syrische Regime in das amerikanische Lager schwenken zu lassen.

BERLINER MORGENPOST

Hier heißt es über den Zusammenbruch des Baumaschinenkonzerns IBH:

Das vorläufige Ende des Unternehmens Esch fällt zusammen mit dem tiefen Fall des renommierten Bankhauses Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co. Da läßt sich nun trefflich streiten, wer wen in den Strudel gerissen hat. Bezeichnend ist jedoch, daß sich keine andere Bank an den zumindest risikoreichen Geschäften von Esch beteiligen wollte. Die Privatbank aber geriet immer tiefer bei Esch in die Klemme, bis 900 Mill. DM Krediten nur 300 Mill. DM Werte gegenüberstanden ... Es mag sein, daß die miese Konjunktur Mitschuld am IBH-Vergleich trägt. Wahrscheinlich hat sie aber nur das Ende beschleunigt, denn das Finanzgebäude stand auf zu tönernen Füßen. Esch hofft jetzt auf einen Fortführungsvergleich wie bei AEG. Ob das gelingt? AEG hatte immer die Banken im Rücken. Esch fühlt sich gerade von ihnen ausgetrickst.

Die USA, Lateinamerika und das Beispiel von Santo Domingo

Warum sich die Intervention auf Grenada nicht mit jener von 1965 vergleichen läßt / Von Thomas Kielinger

Botschafter Fernando Salazar von Bolivien, Stellvertreter seines Landes bei der „Organisation Amerikanischer Staaten" (OAS) in Washington, gab sich besorgt: „Das Ganze sieht mir sehr nach dem aus, was in der Dominikanischen Republik geschah." Nun, Señor Salazar irrte wohl, als er in der vorigen Woche diesen Stoßseufzer vor fast leeren Galerien ausstieß. Die äußeren Umstände der amerikanischen Intervention in der Dominikanischen Republik, damals im April 1965, mögen oberflächlich Parallelen zum Eingreifen der Amerikaner in Grenada aufweisen; doch bildeten der Umfang der 1965er Operation, ihr historisches Umfeld wie ihre Folgen ein Kapitel ohne Vergleiche zur heutigen Lage. Historische Analogien schärfen *nicht immer die Erkenntnis.* Trotzdem lohnt ein Blick zurück.

Die Militärs in Santo Domingo hatten 1965 den rechtmäßig gewählten Präsidenten Juan Bosch entmachtet, sahen sich danach aber mit einer zunehmenden Opposition aus Anhängern der gestürzten Regierung konfrontiert. Die Rebellen genossen die Unterstützung aus kommunistischen Kreisen – auch Kubas –, aber auch von Einheiten der Armee, die ihren Eid aufgekündigt hatten. Ein Bürgerkrieg drohte – die Junta wandte sich an Washington um Hilfe.

Der US-Präsident, damals Johnson, ging mit Macht, das heißt mit 23 000 US-Marines in das Dominikanische Abenteuer hinein. Die Revolution sei „von einer Bande kommunistischer Verschwörer usurpiert" worden, so sagte er vor dem Fernsehen, und die USA „müßten intervenieren, um normale Bedingungen herzustellen und den Weg zum demokratischen Prozeß wieder zu eröffnen". Um etwaige politische Blößen zu verdecken, wandte sich Johnson an die OAS, die schließlich auch mit einem Feigenblatt-Kontingent befreundeter Truppen aushalf. Brasilien stellte *1129* Soldaten, Honduras 250, Paraguay 180 und Somozas Nicaragua 159.

Trotzdem war der psychologische Schaden für die USA verheerend. Das begann im eigenen Lager. *Senator Fulbright,* Parteifreund Johnsons und Vorsitzender des damals noch einflußreichen Außenpolitischen Ausschusses, brach deshalb mit dem Präsidenten. Er tat das auch, weil die Johnson-Regierung ihr Vorgehen in Santo Domingo zum Vorwand nahm, gleichzeitig die amerikanische Truppenpräsenz in Vietnam von schon vorhandenen 34 000 Soldaten „um weitere Einheiten, wie sie gerade in der Dominikanischen Republik operieren, zu erhöhen", wie Außenminister Rusk vor dem Senatsausschuß aussagte. Fulbright und andere waren verstört. „Die Arroganz der Macht", wie sie es sahen, als eine amerikanische Malaise, galt ihnen fortan als eine ausgemachte Sache.

Ähnlich die Reaktion in Lateinamerika. Johnsons Vorgehen reihte sich in den Augen der südlichen Nachbarn der USA an die Serie historischer Übergriffe, die sich Washington in der Hemisphäre hatte zuschulden kommen lassen. Die „Allianz für den Fortschritt", jenes von Präsident Kennedy ausgerufene Projekt pan-amerikanischer Solidarität, war mit der Intervention in Santo Domingo praktisch beendet. *Die OAS hatte zwar* zähneknirschend ihr Truppen-Kontingent bereitgestellt – aber innerlich wandte man sich von dem Giganten im Norden haßerfüllt ab.

Und 1983? Die Lage ist eine ganz andere. In Grenada wird keine Regierung gegen einen herrschenden Volkswillen unterstützt: in Grenada wird das Volk von einer illegitimen Mörderbande befreit, die zudem drauf und dran war, die Insel in einen kubanisch-sowjetischen militärischen Vorposten zu verwandeln, *das Sprungbrett für eine* Reihe ähnlicher Subversionen in der übrigen Karibik. Die USA, andererseits, sind nicht gleichzeitig im Fernen Osten überengagiert, während sie sich auf die Bedrohung in der Karibik konzentrieren.

Lateinamerika stimmte zwar auch diesmal, wie nicht anders erwartet, in der UNO gegen die USA, aber entscheidend ist, was getan wurde. Surinam setzte den kubanischen Botschafter vor die Tür. Venezuela erhöhte die militärische Bereitschaft entlang seiner Küste – nicht, um sich gegen amerikanische GIs zu sichern, sondern um die weit vorgeschrittene Destabilisierung der Region von seinen Küsten *fernzuhalten.* Die OAS brachte keine eigene Resolution gegen das amerikanische Vorgehen ein – ein merklicher Unterschied zum Verhalten etwa im vorigen Jahr, als man Großbritannien und die USA wegen Falkland verdammte.

Apropos Venezuela. Jean Kirkpatrick, Amerikas UNO-Botschafterin, machte vor einem Monat einen Besuch in Caracas, das war noch vor der Ermordung Premierminister Bishops in Grenada. Bei ihrem Gespräch im Verteidigungsministerium führte ein höherer Beamter sie wortlos vor eine regionale Landkarte, setzte einen Zirkel auf Grenada und schlug einen Kreis im Radius der Reichweite eines sowjetischen MiG-Kampffliegers: Der größte Teil von Venezuela – das Land ist nur 90 Meilen von Grenada entfernt – lag unter der Bedrohung dieses Bombers.

Das ist die lateinamerikanische Wirklichkeit von heute. General Vessey, Vorsitzender des US-Generalstabs, drückte es in einem Gespräch mit uns so aus: In der Hemisphäre hält man mittags die großen flammenden Ansprachen gegen amerikanischen Imperialismus, aber am Abend beim geselligen Empfang, nimmt man uns beiseite und ermuntert uns, auf keinen Fall in unserem Widerstand gegen kubanisch-sowjetische Subversion nachzulassen.

Traum von Olympia am Watzmann ist näher gerückt

Berchtesgaden hat eine wichtige Hürde auf dem Weg zu den Olympischen Winterspielen 1992 genommen. Am Wochenende wurde der Ort offizieller Kandidat des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland. Doch entschieden über die sieben Bewerber wird erst 1986 vom IOC in Lausanne.

Von PETER SCHMALZ

Der Frage des Moderators schien Michael Dyckerhoff einen Moment lang nicht gewachsen. Vor den Kameras des bayerischen Regionalfernsehens wollte Eberhard Stanjek vom Berchtesgadener Kurdirektor wissen, was er und seine Leute denn nun tun werden, nachdem das Nationale Olympische Komitee für Deutschland (NOK) in Saarbrücken die Marktgemeinde am Watzmann zusammen mit fünf Nachbarorten mit 51 Stimmen zum deutschen Bewerber um die Olympischen Winterspiele 1992 ernannt und den Alpen-Konkurrenten Garmisch-Partenkirchen mit 29 Stimmen (bei fünf Enthaltungen) auf den nutzlosen zweiten Platz verwiesen hatte. „Ja", meinte Dyckerhoff und strich sich mit einem Anflug von Unsicherheit durch den Vollbart, „ja, des wiss'n wir selbst noch net."

Für ihn galt es, vor der Mühsal der Zukunft den Sieg des Tages zu feiern, der nicht mehr überraschend kam, nachdem das Präsidium des NOK sich auf Grund der Empfehlung einer Kommission bereits vor drei Wochen mit 11:2 Stimmen für Berchtesgaden ausgesprochen hatte: ein Sieg aber, der am Samstag in der Saarland-Halle von Saarbrücken dann doch noch an einem seidenen Faden zu hängen schien, nachdem Garmischs Slalom-Spezialist Christian Neureuther für seinen Heimatort eine solch schwungvolle Werberede gehalten hatte, daß selbst seine Ehefrau Rosi Mittermaier, die zum Werbeteam von Berchtesgaden zählt, nach der Abstimmung gestand: „Nach seiner Rede hab' ich gedacht: er hat eigentlich recht." Ob sie dann aber für die Ehe- oder für die Berchtesgadener Olympia-Gemeinschaft votiert hat, blieb Geheimnis der Abstimmung.

Auch Dyckerhoff gestand später ein: „Die Garmischer waren besser vorbereitet." Mit den Spielen „der kurzen Wege" hatte Garmischs massiger Bürgermeister Toni Neidlinger werben lassen: Keine Sportstätte wäre weiter als zwei Kilometer von der Ortsmitte entfernt. Aber „Deutschlands führendem Wintersportort" – so die Eigenwerbung – fehlen ein olympisches Dorf, eine moderne Bob- und Rodelbahn, die Eishalle für die Tänzer und die Eisbahn für die Schnelläufer.

All das aber hat Berchtesgaden in Wahrheit auch nicht. Die Marktgemeinde unter den bis zu 2713 Meter hohen Zacken des Watzmanns, die im südöstlichsten deutschen Landschaftszipfel liegt, der auch „Herrgottswinkel" genannt wird, schmückt sich zwar mit dem Slogan „... wo Oberbayern am schönsten ist", aber Dyckerhoff gibt unumwunden zu, daß Hoteliers, Gastronomen und private Zimmervermieter bisher mit dem Sommer sehr viel und mit dem Winter wenig anzufangen wußten. Als der Kurdirektor vor vier Jahren engagiert wurde, hatte der Ort eine Wintersaison hinter sich, in der nicht mehr als drei Skipässe verkauft wurden. Im vergangenen Winter waren es immerhin schon 3500. Vier von fünf Berchtesgadenern leben direkt oder indirekt vom Fremdenverkehr, ohne die Tagesgäste gerechnet bringen allein die 2,6 Millionen Übernachtungen im Jahr über 450 Millionen DM Umsatz in den Ort, aber 80 Prozent der Betten werden im Sommer gebucht.



Wintersport wird erst seit wenigen Jahren in Berchtesgaden großgeschrieben. Doch als Ferienziel ist der Ort am Fuß des Watzmann seit Jahren beliebt. FOTO: DPA

Sollte das Internationale Olympische Komitee (IOC) 1986 gegen die starke ausländische Konkurrenz aus sechs Ländern die Winterspiele '92 an Berchtesgaden vergeben, dann werden das in der öffentlichen Meinung die Spiele von Berchtesgaden sein. Und mancher Olympia-Funktionär wird sich an die Spiele von Lake Placid erinnern, als 1980 ein lederbehoster Bartträger Enzian-Probierfläschchen mit der Aufschrift verteilte: „To warm you up for Berchtesgaden."

Von seinen Nachbarn auf Gedeih und Verderb abhängig

In Wahrheit aber wären es eigentlich die Spiele „um" Berchtesgaden: Der Ort, der einst mit dem Salz seiner Berge reich wurde, ist für diese Winterbewerbung auf Gedeih und Verderb von seinen Nachbarn abhängig, mit ihnen gemeinsam aber stärker als Garmisch: Das Bundesleistungszentrum für Eisschnellauf in Inzell und das bayerische Landesleistungszentrum für Biathlon in Ruhpolding haben ebenso Olympiaformat wie das Landesleistungszentrum für Nordische Kombinationen in Reit im Winkl und das Bundesleistungszentrum für Bob und Rodel in Königssee, wo die erste künstliche Bob- und Rodelbahn der Welt steht. Die Jenner-Abfahrt überm Königssee läßt sich mit wenigen Eingriffen zur Olympia-Abfahrtspiste ausbauen, und in Siegsdorf sind bereits die Vorverträge geschlossen zur zeitlich begrenzten Übernahme einer Ferienkolonie als olympisches Dorf. Die teuerste Investition wäre die vom IOC geforderte zweite Eislaufhalle, die für 40 Millionen DM in Bad Reichenhall entstehen und nach den Spielen zur Tennishalle umgerüstet werden soll.

So betrachtet, meint Dyckerhoff und kippt zur Beruhigung der strapazierten Nerven einen 40prozentigen Enzian, so betrachtet seien dies die Spiele der Vernunft, die genau in die Zeit der leeren Kassen passen. Entsprechend sieht seine umfangreiche Kostenkalkulation aus: Rund 85 Millionen DM Ausgaben, die aber selbst dann noch nicht zum finanziellen Fiasko ausarten, wenn sie auf 100 und mehr Millionen DM klettern sollten. Denn die Einnahmenseite strahlt wie das Alpenglühen überm Watzmann: Elfeinhalb Millionen Mark soll der Kartenverkauf bringen, 20 Millionen klimpern über Münzen, Lizenzen und Werbung in die Kasse und die TV-Rechte sind mit fetten 200 Millionen DM vergoldet. „Dieses Geld werden uns hauptsächlich die amerikanischen Gesellschaften bringen", hofft NOK-Präsident Willi Daume. Geht die Rechnung tatsächlich nach Plan auf, dann fiele im Winter 1992 ein warmer Geldregen über das Berchtesgadener Land und über den deutschen Ski- und Eissport.

Davon aber will der weit von den potentiellen Olympia-Gemeinden entfernt wohnende SPD-Landtagsabgeordnete Peter Kurz nichts wissen. „Ein gutes Geschäft versprechen sich höchstens einige Tourismus-Unternehmer und auswärtige Abschreibungsgesellschaften", wettert er im Verein mit dem einzigen Grünen im Berchtesgadener Gemeinderat, Peter Karger, gegen den 5-Ringe-Plan.

Die Bürgermeister der betroffenen Gemeinden lassen sich dadurch nicht aus der Fassung bringen: „Einen olympischen Bauboom werden wir mit dem Flächennutzungsplan verhindern", kündigt Gemeindechef Ludwig Schwabl aus Reit im Winkl an. Und Kurdirektor Dyckerhoff sieht in Berchtesgaden ohnehin keinen Spielraum mehr für olympische „Kriegsgewinnler": Der Druck auf die Immobilien im „Landl" sei schon so groß, daß auch die Spiele ihn nicht mehr verstärken könnten.

Die Olympia-Gegner machen mobil

Doch solche Argumente scheren die Olympia-Gegner nicht. Sie starteten über Info-Stände eine Bürgerbefragung, bei der immerhin 84 Prozent die Spiele ablehnten. Auch über die Art, wie dieses Ergebnis erzielt wurde, beklagte sich später ein Bürger in Berchtesgaden: „Mit aggressiver Durchsetzung der eigenen Meinung und unfreundlichen Bemerkungen gegenüber Olympia-Befürwortern."

Nun bringen sich die Gegner mit einer neuen, subtilen Kampagne ins Gespräch: Sie lehnten Gewalt zwar ab, erklärten dieser Tage einige ihrer Sprecher, falls die Spiele aber tatsächlich nach Berchtesgaden vergeben würden, seien gewalttätige Aktionen nicht mehr auszuschließen.

Für Dyckerhoff liegt '92 noch in weiter Ferne. Was bis dahin auch immer geschehen wird, einen olympischen Sieg hat er für seinen Ort bereits kassiert: Die Sommerfrische Berchtesgaden ist der zur Zeit am meisten genannte deutsche Wintersportplatz. Und in seinem Büro in der Kurdirektion unter einem Dach, das noch Adolf Hitler bauen ließ, hofft der quirlige Fremdenverkehrschef nun auf Neugierige, die den olympischen Winter im Herrgottswinkel vorab testen wollen.

Garmisch zehrt noch heute von dem Ruhm der Winterspiele 1936, gesteht Bürgermeister Neidlinger. Berchtesgaden aber will vorerst von der olympischen Bewerbung 1983 zehren. „Dafür hat sich der Aufwand doch schon gelohnt", gibt Dyckerhoff freimütig zu.

Für Amerikas Farbige ist Jackson mehr als ein Kandidat

Jesse Jackson ist der achte Kandidat der Demokratischen Partei für die Präsidentschaftswahlen 1984 in den USA; aber er ist der erste Schwarze, der sich um dieses Amt bewirbt. Auch wenn ihm kaum Chancen eingeräumt werden, allein seine Kandidatur setzt einen Meilenstein.

Von THOMAS KIELINGER

Dies ist kein normaler Präsidentschaftskandidat, dies ist vor allem eine Stimme. Eine rauhe, in friedlicher Demagogie eingeübte Stimme. Eine schwarze Stimme, mit ihrem unnachahmlichen Gurgeln, aus dem Erweckungslaute und politischer Appell, christliche Extase und Wahlkampfrausch sprudeln. „Now is the time" – jetzt ist die Zeit gekommen, dröhnt die Stimme in die nach 2500 Köpfen zählende Menge im Kongreßzentrum der Hauptstadt Washington, D. C. „Wir brauchen nicht die Parteien, nicht die Demokraten und die Republikaner; aber die Parteien brauchen uns." Ja-ja, und Amen, Amen, singt das Zuhörervolk zurück.

Jesse Jackson, 42 Jahre alt, schwarzer Baptistenpfarrer, Spezialprediger und wandernder Charismatiker, persönlicher Freund und Erbe Martin Luther Kings und der Bürgerrechtsbewegung der 60er Jahre. Jesse Jackson ist in den Ring gestiegen und hat sich als achter Kandidat der Demokratischen Partei für den Präsidentschaftswahlkampf 1984 eintragen lassen.

Präsident Jesse Jackson?

Das ist die falsche Frage. Hier geht es nicht um die Siegesaussichten eines Außenseiters, hier geht es um die Schwarzen Amerikas und ihren Aufbruch in eine Ära neuer Partizipation und größeren Einflusses im Rahmen der amerikanischen Gesellschaft.

Jackson ist das Sprachrohr dieser Erweckung, aber gleichzeitig ihr Ziehvater. Auch wenn die Kampagne dieses Mannes aus North Carolina schon nach den ersten Vorwahlen 1984 versanden sollte – seine Mission bliebe ungebrochen. Er hätte Millionen farbiger Wähler mobilisiert, er hätte Apathie und Resignation erfolgreich bekämpft und den Schwarzen in ihrer traditionellen Heimat, der Demokratischen Partei, wichtigen Einfluß gesichert.

Aber Jackson und seine Berater wollen den Griff nach der Präsidentschaft nicht als „Wahlkampf der Farbigen" verstanden wissen. Eine einseitige Festlegung auf Rasse und Hautfarbe könnte nur abschreckend auf die weiße Mehrheit wirken und Gegenbewegungen auslösen. Er versteht sich vielmehr als Sachwalter einer „Regenbogenkoalition". Er appelliert an die Schwarzen, die Hispanics, an Frauen, Teenager, Anti-Atomgruppen und die verarmten Weißen, kurz: die „Koalition der Zurückgewiesenen", wie er sie nennt.

Nach Luther King, ein Mann der Sehnsucht

Dabei muß er aufpassen, selber nicht von den meisten dieser Gruppen zurückgewiesen zu werden und schließlich doch nur als Kreuzfahrer für die schwarze Sache auf dem Felde übrig zu bleiben. Denn: Die Frauen mißtrauen ihm, weil er mehrfach seine Gegnerschaft zur Abtreibung kundgetan hat; die „verarmten Weißen" sind entweder bereits im Lager Walter Mondales, des führenden Kandidaten der Demokratischen Partei – der von den Gewerkschaften offen unterstützt wird – oder sie tendieren zu Ronald Reagan, der ihnen und ihrem Patriotismus so unendlich schmeichelt, auch wenn er ihr wirtschaftliches Los nicht unbedingt hat heben können.

Hispanics und das Gros der amerikanischen Jugendlichen schließlich gelten im Wahlkül der Experten als unentschieden – sie werden einen Jesse Jackson als Unterhalter nicht verachten, aber halten sich in ihren politischen Neigungen eher bedeckt.

Bleiben die Farbigen. Besser, um mit Jackson zu sprechen: Die Masse der Farbigen. Unter ihnen gilt der Mann mit dem Pancho-Vills-Schnurrbart als die nach Martin Luther King größte Offenbarung ihrer inneren Sehnsüchte.

Mit zum Teil gereimten Kaskaden stürzt er sich in sein Publikum, ein idealer Ad-hoc-Raffer für das fernsehtypisch kurzatmige Zeitalter. „Wir bewegen uns von der Knechtschaft zur Meisterschaft, von der Straßenrinne zur Chancenzinne." Und: „Ich biete eine Führung an, die die menschliche Rasse (the human race) vor das Wettrüsten (the arms race) stellt, die die Waffen einfriert, statt die Menschen zu verbrennen ... " Es ist diese plakative Wut, die viele der führenden Farbigen vor Jackson zurückprallen läßt.

Gibt es jenseits von Walter Mondale, Alan Cranston, Gary Hart und einigen der anderen Präsidentschaftskandidaten der Demokraten noch Platz auf der linken Seite? Kaum. Aber Platz gibt es ausreichend für das bühnenreife Gebaren dieses Volkstribuns, der die auffallende Blässe seiner weißen Konkurrenten in grelles Licht taucht.

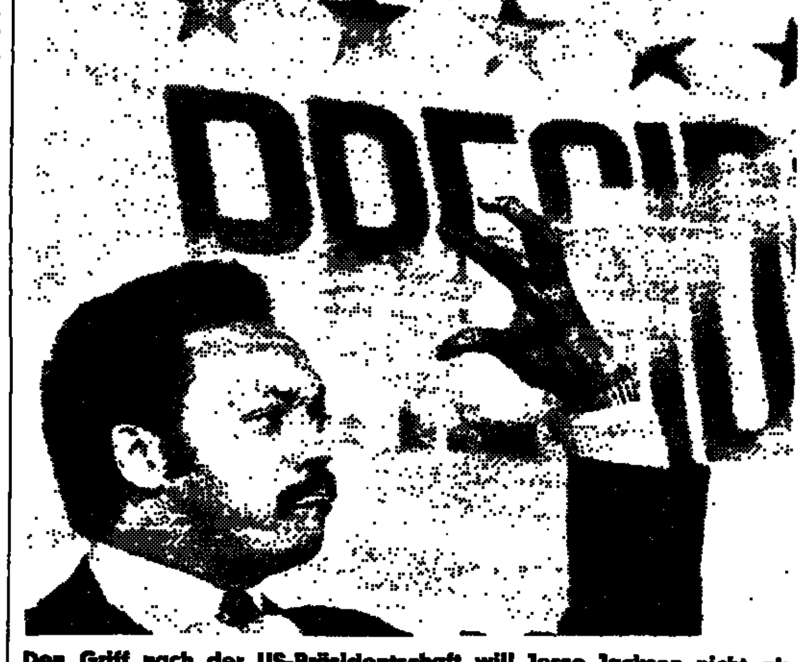
Die Kandidatur Jacksons ängstigt vor allem die Mondale-Leute. Sie fürchten, er könnte zu viele Stimmen aus Mondales Lager abzweigen, das sich im wesentlichen auf die gleiche Regenbogenkoalition stützt, die auch Jackson sein eigen nennt. Ein Abnutzungswahlkampf auf links müßte, so lautet die landläufige Meinung, dem konservativen John Glenn den Vorsprung zuspielen.

Aus allen diesen Spekulationen kann Ronald Reagan, falls er zur Wiederwahl antritt, keinen Trost ziehen, denn die Arithmetik steht gegen ihn.

Die Farbigen der USA, etwa 11 Prozent der Gesamtbevölkerung, stellen rund 18 Millionen Wahlberechtigte, von denen jedoch nur etwa zehn Millionen als Wähler registriert sind – eine Forderung, die jeder US-Bürger erfüllen muß, will er am Wahltag seine Stimme abgeben. Doch gingen bisher von den 10 Millionen nur etwa sieben Millionen zur Wahl. Seit Beginn dieses Jahres aber springt die von Jackson und anderen beflügelte Registrierungswelle sprunghaft an. In Chicago kamen allein zur Bürgermeisterschaftswahl im April 175 000 neue schwarze Wähler hinzu: Das brachte dem farbigen Kandidaten Harold Washington den Sieg.

Wenn diese Registrierungs- und Stimmabgabe-Welle anhält, kann Ronald Reagan in den elf Südstaaten, die er 1980 gewann, den Beginn seiner Niederlage 1984 erleben. In neun dieser Staaten lag sein Sieg im knappen Bereich von ein paar tausend Stimmen – zuwenig, um dem Massenansturm neuer farbiger Wähler zu widerstehen, sollten sie 1984 antreten, von Jackson dem demokratischen Spitzenkandidaten zugeführt.

Jesse Jackson spürt einen geschichtlichen Sog hinter sich. Seine Stimme mag sich überschlagen, aber sie ist nicht zu überhören.



Den Griff nach der US-Präsidentschaft will Jesse Jackson nicht als „Wahlkampf der Farbigen" verstanden wissen. FOTO: AP

Börner setzt nun auf die Grünen

Kehrtwende des Ministerpräsidenten findet große Zustimmung in der hessischen SPD

D. GURATZSCH, Baunatal

Der hessische Ministerpräsident Holger Börner ist entschlossen, „gezielt mit den Grünen zu verhandeln". Auf dem Landesparteitag der hessischen SPD in Baunatal bei Kassel erklärte Börner am Sonnabend: „Unser Hessenland muß seine Rolle als *Gegengewicht und Gegenmodell zur* Bonner Politik behaupten und ausbauen. Das ist unsere Verpflichtung." Gleichzeitig markierte Börner Grundsatzpositionen für die hessische SPD und ihre politische Arbeit in den nächsten vier Jahren, die einer Absage an ein Zusammengehen mit CDU oder FDP gleichkommen.

Wie schon nach den Landtagswahlen vor einem Jahr korrigierte der hessische SPD-Chef damit Wahlaussagen und Positionen, zu denen er sich vor der Wahl bekannt hatte. „Unsere Aussage, keine Koalition einzugehen, können wir in dieser Form nicht mehr aufrechterhalten", meinte Börner knapp. „Wir mögen Koalitionen leid sein, aber die Verhältnisse zwingen uns zu einer Zusammenarbeit, durch die wir die nächsten vier Jahre die Politik unseres Landes gestalten können."

„Staatspolitische Aufgabe"

Noch auf dem Parteitag vom 13. *August in Wiesbaden dagegen hatte* Börner erklärt: „Ich will keine Koalition, ich will eine Mehrheit, ich will klare Verhältnisse. Klare Verhältnisse heißt: Keine Koalition. Weder mit den Grünen noch mit der CDU." Und in einem WELT-Interview vom 21. September hatte er hinzugefügt: „Die Grünen stehen für mich außerhalb jeder Kalkulation. Ich schließe nicht nur eine Koalition, sondern auch eine Zusammenarbeit mit ihnen aus. Ich will von ihnen die Wähler zurück, denn sie sind politikunfähig."

Die Schuld an der Annullierung dieser Positionen wies Börner in Baunatal den Wählern und der CDU zu. Wenn „klare Verhältnisse" nicht erreicht worden seien, so sei das „die Entscheidung der Wähler" und ein Ergebnis der „Leihstimmenaktion" der CDU für die FDP.

Sein Zugehen auf die Grünen begründete Börner mit der „staatspolitisch wichtigen Aufgabe, diese neuen Schichten ... für unsere parlamentarische Demokratie zu gewinnen". Die Entscheidung über die Zusammenarbeit werde in den Verhandlungen fallen. Über das Ergebnis solle ein Sonderparteitag der SPD entscheiden.

Theoretisch erörterte Börner in seiner Grundsatzrede auch die Möglichkeit einer großen Koalition zwischen SPD und CDU. Landespolitische Probleme könnten dann mit „sicherer Mehrheit" angegangen werden. Für diesen Hinweis bekam der SPD-Chef von den Delegierten aber *keinen einzigen müden Klatscher.* Ebenso stumm blieb der Parteitag bei Börners Beteuerung, das Gesprächsangebot an die CDU gelte weiter. Dagegen applaudierten die Delegierten demonstrativ, als Börner sagte: „Nach meiner Meinung können wir auch künftig nicht darauf verzichten, die Politik der Konservativen ... zu bekämpfen." Darin, so Börner, sehe er den „entscheidenden Wählerauftrag".

Börner bekannte sich zur Doppelstrategie für die SPD, einerseits in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik die klassischen Aufgabenfelder der Arbeiterbewegung wahrzunehmen, gleichzeitig aber auch Umweltschutz, Friedenspolitik und „die Angst vor dem Überwachungsstaat" einzubeziehen. Damit würden neben den Stammwählern der SPD auch die neuen Mittelschichten und das liberale Bürgertum angesprochen. Die These, die SPD müsse sich entweder für ihre Kernwähler oder für die neuen Schichten entscheiden, sei falsch.

In den Ausführungen dazu, wie die „historische Chance der SPD", breite Schichten zusammenzuführen, sachlich ausgefüllt werden könnte, gab Börner eine ganze Reihe von Proben für seine Kompromißfähigkeit gegenüber den Grünen. Anhänger der Friedensbewegung müßten eine „politische Heimat sehen", die Frauen, die Protestwähler und die Kinder der Gastarbeiter müßten integriert werden, in der Umweltpolitik sei eine Offensive nötig.

In einigen Punkten ging Börner sogar bereits konkret auf Forderungen der Grünen ein. Das „Verhalten der Bundesregierung in der Diskussion um den Militärkomplex Hausen", wo nach Meinung grüner Fundamentalisten Pershing-2-Raketen zusammengebaut werden, erfülle ihn „mit großer Sorge", sagte Börner. Eine „Förderung von Selbsthilfeprojekten von arbeitslosen Jugendlichen zum Aufbau von genossenschaftlich arbeitenden Betrieben" (wie sie die Grünen verlangen) sei „denkbar", die Einstellung der Bundesregierung zur Sicherung der Entsorgung für Kernkraftwerke „schlicht unverantwortlich". In diesem Zusammenhang erteilte der SPD-Chef auch eine Absage an das früher von seiner Regierung geplante Kernkraftwerk Biblis C und das ebenfalls erörterte Kernkraftwerk in Borken bei Kassel. Im Interesse „rationeller Energieverwendung" sprach sich Börner statt dessen für den von den Grünen verlangten „Ausbau der dezentralen Energieversorgung" aus.

Die Reaktionen der Delegierten auf Börners Rede waren überschwenglich. Bei der Neuwahl des Landesvorstandes errang Börner als Landesvorsitzender mit 211 von 230 Stimmen sein bestes Ergebnis seit 1977. Nur elf Delegierte stimmten gegen ihn, vor zwei Jahren waren es noch 53 gewesen. *In Prozenten ausgedrückt, ergibt* sich dieses Bild: 1977: 97,7, 1979: 78,3, 1981: 74,6, nun aber wieder 91,3 Prozent.

„Weichenstellung"

Die Linken in der Partei nannten die Rede „eine der wichtigsten, die ich seit langer Zeit in Hessen gehört habe" (Klaus Fritzsche); es könne „kaum eine *größere Festlegung*" (in *Richtung auf die Grünen*) geben, als sie „durch diese Rede geleistet worden ist (Martin Wentz); das sei „eine entscheidende Weichenstellung für die Landespolitik" (Willy Görlach). Der hessische Juso-Vorsitzende Gernot Grumbach meinte, nun sei er schlechterdings „entwaffnet", Börner habe sich die Forderungen zu eigen gemacht, „die die Juso-Landesverbände seit langer Zeit aufgestellt haben". Und schon kündigten sich auch Nachforderungen an: Der ehemalige Bonner Staatssekretär und südhessische SPD-Bundestagsabgeordnete Dietrich Sperling warnte davor, mit den Grünen „schlurig" zu verhandeln. Ein Scheitern der Zusammenarbeit müsse „durch eigene Anstrengungen verhindert" werden.

Die Grünen attestierten Börner eine „erstaunliche Wende zu realpolitischer Einstellung". Wie der Sprecher der Grünen im Landtag, Jochen Vielhauer, unterstrich, müsse die SPD nun zeigen, ob und inwiefern sie in der Lage sei, zentrale Punkte grüner Politik anzunehmen und in politisches Handeln umzusetzen, zum Beispiel in den Bereichen Energie und Verkehr. Zum „Nulltarif", so Vielhauer, sei seine Partei nicht zu haben.

Blüm: SPD verlor Gedächtnis und wird alternativ

E. N. Bonn

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat die Auffassung geäußert, der Parteitag der hessischen SPD könnte ein historisches Datum der deutschen Parteiengeschichte werden. Blüm sagte der WELT: „Mit dem *Koalitionsauftrag zugunsten der* Grünen verbindet sich die Arbeiterpartei SPD mit einer spätbürgerlichen Bewegung. Das ist der Anfang vom Ende einer großen Tradition, in der SPD und Arbeiterbewegung eng verbunden waren. Mit einer technik- und industriefeindlichen Einstellung werden wir keine modernen Arbeitsplätze schaffen. Den grünen Weg zurück in die Idylle können sich nur sehr saturierte bürgerliche Zeitgenossen leisten. Das ist nicht der Weg der *Arbeiter. Wenn selbst eine* sozialdemokratische Festung wie Holger Börner jetzt aufgibt und vergißt, was er noch vor Wochen gegen die Grünen gesagt hat, dann muß man alle Hoffnungen fahren lassen, daß die SPD die alte bleibt. Die SPD hat ihr Gedächtnis verloren. Wir haben es fortan mit einer alternativen SPD zu tun. Die handfesten Gewerkschaften werden achtgeben müssen, daß sie nicht in diesen Strudel der Konfusion gerissen werden. Die Arbeiter brauchen *eine Politik für Wachstum und* Arbeitsplätze."

Grüne: Nur im Parlament

dpa, Konstanz

Die baden-württembergischen Grünen sind der Ansicht, daß sie ihre Zukunftsvorstellungen „unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur in den Parlamenten" verwirklichen können. Das geht aus der Präambel zum Wahlprogramm für die baden-württembergische Landtagswahl im März 1984 hervor, das auf dem Landesparteitag der Südwest-Grünen in Konstanz als „Diskussionsvorlage" mit knapper Mehrheit beschlossen wurde. Der Schwerpunkt grüner Politik soll jedoch weiter in „dezentralen Basisaktivitäten und außerparlamentarischen Aktionen" liegen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Abschied von Manfred R. Beer


Manfred R. Beer FOTO: ASTRID BRANDT

Am 3. November erlag in Lübeck Manfred R. Beer einem Herzinfarkt. Er gehörte mehr als 30 Jahre lang dem Redaktionsstab der WELT an – und so spiegelt sein journalistisches Leben ohne Unterbruch die zeitungsgeschichtliche Bahn des Blattes. Paul Sethe, der Große des Anfangs, stellte den Sudetenländer im April 1953 ein. Hans Zehrer, Symbol einer *ganzen journalistischen* Ära, schickte ihn Ende 1967 als Korrespondent nach Wien, mit Akkreditivs für Prag und Budapest.

Manfred R. Beer wurde 1927 im böhmischen Neustadt geboren, unweit von jenem Friedland, nach dem Wallenstein sein Herzogtum benannte. Wie so viele junge Oberdeutsche zog es ihn zur See: freiwillig zur Kriegsmarine, kurzer Einsatz in Kurland, interniert in Schleswig-Holstein, neue Heimat in Lübeck.

Neigung und Begabung drängten den liebenswürdigen Gesellschafter zur aktuell-geschichtlichen Reportage. Gespräche mit Sven Hedin, Ibn Saud, mit Alexander Dubcek. Böhmens Musik und die bündischen Lieder, das war seine private Welt.

Während der letzten Lebensjahre des Großadmirals Karl Dönitz war er häufiger Gast in Aumühle – und er zeichnet verantwortlich für den Dokumentarfilm über diesen Seeoffizier, dessen Bahn sich *so grandios* zwischen Strahlkraft und Tragik spannte.

Den Rest seiner schwindenden Kraft widmete er der „Madonna von Stalingrad", der Kohlezeichnung, entstanden in der Weihnachtszeit 1942/43 im Stalingrad der sterbenden 6. Armee. Er erreichte, daß das Bild in der Gedächtniskirche zu Berlin einen Ehrenplatz erhielt.

Am Festtag im September konnte Manfred R. Beer nicht mehr teilnehmen. Der Tod stand auf der Schwelle. Er machte es schmerzlos. hr.

„Vaterlandsliebe geriet in Verruf"

Seminar der Verbindung Tuisconia zum Thema „Die deutsche Nation und Europa"

ALFRED STARKMANN, Bonn

Es war nicht zuletzt der Erzbischof von Köln, Joseph Kardinal Höffner, der – *obwohl in absentia – dem von* der Bonner Verbindung Tuisconia (im größten deutschen und europäischen Akademikerverband CV) veranstalteten Wochenendseminar auf Bundesebene einen Glanzpunkt verlieh. Zum Tagungsthema, „Die deutsche Nation und Europa", steuerte er einen Brief bei, in dem er an den Aufruf des Zweiten Vatikanischen Konzils zu einer „hochherzigen und treuen Vaterlandsliebe" erinnert und den Umstand beklagt, daß „in unserem Volk ... seit der Katastrophe des *Zweiten Weltkriegs und seit dem* Zusammenbruch des Nationalsozialismus die Liebe zum Vaterland in Verruf geraten" ist, um dann zur Wiederbesinnung „auf die christliche Botschaft vom Verhältnis des Menschen zum Volk, zum Vaterland, zum Staat" aufzufordern.

Wie in Höffners Adresse lag auch in den Ansprachen der drei Hauptredner der Akzent auf dem so schwierig gewordenen Begriff des Vaterlandes, der Nation – womit erneut unterstrichen wurde, wie mächtig sich die Deutschlandfrage gegenwärtig in den Köpfen nicht nur vieler Intellektueller, sondern auch in weiten Kreisen der Bevölkerung regt.

Der Kölner Historiker Peter Berglar unternahm es mit einer temperamentvoll vorgetragenen Überschau, den nationstiftenden christlichen Beitrag von der Missionierung der ostfränkischen Stämme bis in die Neuzeit darzustellen. Er wies auf die einzigartige geistesgeschichtliche Leistung hin, die im nachreformatorischen Deutschland zur politisch-gesellschaftlichen Verwirklichung der konfessionellen Toleranzidee führte. Darauf, so Berglar, dürfen wir in aller Bescheidenheit mit Stolz hinweisen, und aus der gesamten deutschen Geschichte, die immer noch ungebührlich vom Schatten der schlimmen *zwölf Jahre 1933–45* verdunkelt sei, folgere heute der Auftrag zur „Wiederherstellung der Würde der Nation", mithin auch der Wiedervereinigung. „Das gehört zu den Pflichten des Christen. Wenn er sich diesem Auftrag entzieht, sündigt er."

Hier knüpfte, auf politischer Ebene, der Bochumer Politikwissenschaftler Bernard Willms an. Er erinnerte an die Auflage der Verfassung und forderte mit Blick auf den Grundlagenvertrag: „Nichts darf weiter anerkannt werden, was die Teilung verfestigt. Nichts darf mehr gehen ohne den nationalen Vorbehalt im deutsch-deutschen Verhältnis."

Willms entwickelte nach einer ebenso knappen wie brillanten philosophisch-politischen Bestimmung des Begriffs mehrere „Forderungen zur Wiederherstellung der Nation". Aus seinen Kernsätzen: „Die Deutschen müssen die ‚Vergangenheitsbewältigung' zu einer Sache der Wissenschaft neutralisieren." – „Im deutsch-deutschen Verhältnis muß ... die Politik der Anerkennung der Teilung wieder durch die Politik des Vorbehalts der Wiederherstellung Deutschlands ersetzt werden."

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Hupka erkannte zwar an, daß Bundeskanzler Helmut Kohl sich in seiner zweiten Regierungserklärung vom 4. Mai ausdrücklich auf das Verfassungsgebot für die Deutschlandpolitik berufen und einen Monat zuvor in London erklärt hatte, der Warschauer Vertrag sei „kein Friedensvertrag ... kein Grenzvertrag", aber ihm geht das Engagement der Bevölkerung nicht weit genug; die Erhaltung des Bewußtseins der Einheit dürfe nicht allein den am schwersten Betroffenen, den Vertriebenen, Flüchtlingen und Aussiedlern überlassen bleiben: „Was nützen mir die Rechtspositionen, was bedeutete die Erklärung des Bundeskanzlers, wenn nicht der Wille des deutschen Volkes dahinterstünde und sich kundtäte."



Die in Grenada gefundenen Dokumente bringen die Absichten der Revolutionäre ans Tageslicht

Umfassende Verträge mit Kuba, Nord-Korea und der Sowjetunion

Von THOMAS KIELINGER

Dokumente, die den amerikanischen Streitkräften nach ihrer Landung in Grenada in die Hände gefallen sind, geben detaillierte Auskunft über Geheimverträge, die die revolutionäre Regierung Grenadas mit Kuba, Nordkorea und der Sowjetunion abgeschlossen hatte. Diesen Abmachungen zufolge sollte der Inselstaat kostenlos aufgerüstet werden mit Waffenlieferungen und unter Anleitung von Militärexperten.

Das State Department übergab die Texte dieser Vereinbarungen am vergangenen Freitagabend der Öffentlichkeit, zusammen mit anderen Unterlagen aus den internen Debatten in Grenada, die die zunehmende Polarisierung um den später ermordeten Premierminister Bishop belegen und die Ereignisse festhalten, die zu seinem Sturz und Ende führten.

Verträge verpflichten zu strenger Geheimhaltung

Bei den Geheimabkommen handelt es sich insgesamt um fünf Dokumente: drei Lieferverträge mit der Sowjetunion vom 27. 10. 1980, 9. 2. 1981 und 27. 7. 1982; einen Vertrag mit Nord-Korea vom 14. 4. 1983 sowie ein nicht datiertes Abkommen mit Kuba über die Stationierung kubanischen Personals auf Grenada und der Ausbildung grenadischer Soldaten auf Kuba.

Den Abmachungen zufolge sollte Nord-Korea Waffen im Wert von 12 Millionen Dollar liefern, die Sowjetunion Rüstung, Gerät und Nachrichtentechnik im Wert von 19,4 Millionen Rubel (das State Department nennt als Dollar-Wert 25,8 Millionen Dollar), während Kuba sich verpflichtete, 27 „permanente" Militärberater auf Grenada zu stationieren sowie für eine bestimmte Zeit „12 bis 13" Ausbilder. Die von Moskau angelieferte Rüstung sollte nicht in Grenada selber entladen werden, sondern ihren Weg über kubanische Häfen nehmen. Alle Verträge betonen die Verpflichtung zu strenger Geheimhaltung dieser Vorgänge.

Die Päne zur Aufrüstung in einem Zwergstaat von nicht mehr als 110 000 Einwohnern wirken bizarr vor dem Hintergrund anderer Materialien, die das State Department ebenfalls veröffentlichte. Darunter ist ein längeres Protokoll der Sitzung des Grenadischen Zentralkomitees vom 14. bis 16. September 1983, aus dem hervorgeht, daß die marxistische Revolutionsregierung sich einem internen Chaos auf Grenada gegenübersah. Das Straßennetz sei nicht mehr erneuert, die Armee nicht mehr richtig ernährt, die Bevölkerung zunehmend entfremdet und der ideologische Elan verpufft. „Die Organe der Volksrepublik stehen kurz vor dem Zusammenbruch", warnte ein Mitglied des Zentralkomitees.

Die Rüstungsverträge betreffen den Zeitraum von 1981 bis 1985. Was die amerikanischen Marines an Waffen in Grenada vorfanden, stellt mithin nur einen Bruchteil des Gesamtarsenals dar, wie es schließlich auf der Insel verfügbar sein sollte. In seiner Fernsehansprache vom 27. Oktober hatte Reagan behauptet, Grenada habe „in eine sowjetisch-kubanische Kolonie verwandelt werden sollen", geeignet als „militärische Bastion, um Terror zu exportieren und Demokratien zu untergraben".

Die veröffentlichten Materialien scheinen diese These zu stützen. Beeindruckend sind nicht nur die Zahlen: Von der Sowjetunion sollte die 1200 Mann starke Armee Grenadas unter anderem 3050 AK-47-Sturmgewehre erhalten, 2500 Karabiner, 15 000 Granaten, 4000 Minen, tausendfach Artillerie- und Mörsermunition, 76 raketengetriebene Granatwerfer und 60 gepanzerte Mannschaftsfahrzeuge.

Noch aufschlußreicher ist das Arrangement mit Kuba. Es sieht die Einführung eines Leiters der kubanischen Militärberater vor, der „Funktionen im Ministerium der Verteidigung" in Grenada übernehmen sollte (Artikel 5). Artikel 7 verpflichtet die Revolutionsregierung Grenadas, diesem „Leiter der kubanischen Militärspezialisten alle Fazilitäten und Nachrichteneinrichtungen zur Verfügung zu stellen, die er zur Erfüllung seiner Hilfsdienste für die Armee Grenadas benötigt". Im Klartext hätte dies nach Ansicht von Kennern die Unterwerfung des militärischen Apparats Grenadas unter kubanische Leitung bedeutet.

Nach diesem Muster „brüderlicher Hilfe" operieren die Sowjets selber in Kuba, Afghanistan, Äthiopien und anderen ihrer Satellitenstaaten. Sie halten zentrale Sicherheitsfunktionen im Vertragsland besetzt und besitzen damit praktisch die Oberhoheit über alle militärischen und nachrichtendienstlichen Stellen.

Die Vertragstexte existieren in der Regel in zweisprachiger Ausführung, wobei der umfangreichste Teil jeweils in Anhängen zu den Dokumenten zu finden ist. Es handelt sich dabei um Listen, die minutiös jeden Posten der versprochenen Waffen und Ausrüstung verzeichnen. Zwei der Abkommen mit der Sowjetunion wurden in Havana unterzeichnet, erst das dritte Vertragswerk, vom Juli 1982, in dem die Sowjets ihre Lieferverpflichtung sprunghaft ansteigen ließen, wurde in Moskau selber paraphiert.

Am kürzesten fiel die Vereinbarung zwischen Grenada und Nord-Korea aus, vom 14. April 1983. In vier knappen Artikeln verpflichtet sich Pjöngjang zu „kostenloser Militärhilfe", während beide Seiten „strikte Geheimhaltung" geloben und sich verpflichten, auch gegenüber dritten Ländern keinen Teil dieses Abkommens offenzulegen.

Es ist mehrfach spekuliert worden, ob Premierminister Maurice Bishop bei seinem Besuch in Washington, im Juni dieses Jahres, Einzelheiten dieser Verträge mit seinen amerikanischen Gesprächspartnern, dem damaligen Sicherheitsberater Clark und dem stellvertretenden Außenminister Kenneth Dam, besprochen habe und dadurch für seine kubanischen und sowjetischen Gönner zu einem Sicherheitsrisiko geworden sei. Daraus ließe sich eine Rolle Moskaus und Havannas bei der Ermordung Bishops am 19. Oktober 1983, vier Tage vor der amerikanischen Intervention in Grenada, ableiten.

Castro hat Beziehung zu Bishop „überbetont"

Diese Interpretation läßt sich durch die vom State Department veröffentlichten Materialien nicht bestätigen. Die sehr offen notierten Protokolle der Sitzungen des Zentralkomitees, vor allem ein handschriftlicher Text der Notsitzung vom 12. Oktober, die zum Hausarrest von Premierminister Bishop führte, geben darüber keinen Aufschluß. Ominös in der Notation vom 12. Oktober ist nur die folgende Eintragung: „Aufgrund der Krise hat das Zentralkomitee beschlossen, zwei brüderliche Parteien – das Zentralkomitee der KPdSU (Applaus) und das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kubas (Applaus) zu informieren."

Andererseits findet sich in den veröffentlichten Papieren eine ungezeichnete Acht-Punkte-Analyse der „Reaktion Kubas auf die Ereignisse vom 19. Oktober" (Erschießung Bishops), in der der namenlose Autor sich (am 21. 10.) über Castros „scharf formulierte Stellungnahme zum Tode Bishops" beklagt. Offenbar habe die kubanische Führung sich keine Zeit genommen, die Fehlleistung der Bishop-Leute zu analysieren. Castro habe seine Beziehung zu Bishop einfach „überbetont". Das Vorgehen des Revolutionsrats gegen Bishop sei nicht aus einem „Persönlichkeitskonflikt" entstanden, „wie die kubanische Führung behauptete", sondern sei „eine Aktion der Klasse" gewesen. „Bolschewistische Entschlossenheit" als das einzige Heilmittel für die versandende Grenadische Revolution hatte ein Zentralkomitee-Mitglied bereits am 14. September gefordert.

Der ganze Text dieser handschriftlichen Analyse suggeriert, daß die Ermordung Bishops ein spontaner Akt der radikalen Clique um General Hudson Austin war – ein Akt freilich, der sich seit Wochen in dem immer schärfer polarisierten Klima innerhalb der „Juwel-Bewegung" Bishops angekündigt hatte. Der Autor läßt seine Kritik an Castros Reaktion auf Bishops Tod in dem prophetischen Satz gipfeln: „Es ist eindeutig, daß die kubanische Position das Klima für eine rasche imperialistische Intervention erzeugt."

Der hohe Wert der nordkoreanischen Militärhilfe erklärt sich aus der enormen Quantität des angekündigten Materials, weniger aus seiner Bandbreite. So versprachen die Nordkoreaner unter anderem 360 000 Rollen Munition für das 7,62 mm automatische Gewehr, 60 000 Rollen Munition für schwere Maschinengewehre, 550 Granatwerfer, 200 Handgranaten, 1000 7,62 mm automatische Gewehre, etc. Doch fehlen in der Liste auch nicht „6000 Uniformen und 6000 Rucksäcke".

6300 Soldaten sollten ausgestattet werden

Starke Akzente auf die Ausrüstung für in den Tropen operierende Einheiten finden sich besonders in den drei sowjetischen Hilfsangeboten zwischen 1980 und 1982. Unter „Uniformartikel und Kleidung" führt das „Protokoll" genannte Vertragswerk vom 9. 2. 1981 unter anderem auf:

12 600 feld-olivfarbene Hemden; 12 600 feld-olivfarbene Leinenhosen; 12 600 feld-olivfarbene Soldatenmützen; 12 600 weiße Baumwollshorts; 6300 Gürtel, Helme, Stiefel, Decken und Rucksäcke; dagegen 25 200 Paar „olivfarbene Socken ohne Gummiverstärkung". Diese und weitere Zahlen legen nahe, daß hier eine Truppenstärke von 6300 Soldaten und Milizionären mit je zwei Tropengarnituren, vier Paar Socken und den notwendigen Accessoires ausgestattet werden sollte. Da die grenadische Feldstärke nicht annähernd an diese Zahlen herankommt, liegt der Rückschluß auf der Hand, den der Präsident in seiner Fernsehansprache vom 27. Oktober zog („Export von Terror in andere Länder").

Nicht alles an der sowjetischen Militärhilfe sollte neueste Produktion sein. Bei vielen Posten heißt es nach der Eintragung: „Überholt und neu instandgesetzt." Die im Oktober versprochenen 1500 7,62 mm Karabiner beispielsweise sind „Baujahr 1944", wie es der Anhang getreulich verzeichnet. Granatwerfer, Luftabwehrgerät, Panzerfahrzeuge, Minen, Kommunikationstechnik und andere Ausrüstungsgegenstände dagegen sind neuesten Datums. Ihre Handhabung erfordert eingearbeitetes Personal.

Artikel 3 des Vertrages vom 27. 7. 1982 hält daher fest, daß die Sowjetunion „auf Bitten der Regierung Grenadas technische Hilfe bei der Bedienung dieser Waffen sicherstellt", indem „Grenadische Militärangehörige in der UdSSR geeignetes Training erhalten ... und sowjetische Spezialisten für denselben Zweck nach Grenada geschickt werden".

Solch eine Stelle enthüllt, wie die Verträge für zahlenmäßig unbegrenztes sowjetisches und kubanisches Militärpersonal hätten dienen können, immer mit dem Vorwand, das importierte Rüstungsgut bedürfe umfangreicherer Bedienungsmannschaften. In diesen Zusammenhang gehört, daß Moskau ganze Werkstätten und rollendes Wartungsgerät zu liefern versprochen hatte.

91 Prozent der Grenader für US-Intervention

DW. New York/Washington

Die Bewohner Grenadas haben nach einer amerikanischen Meinungsumfrage fast einstimmig die US-Intervention am 25. Oktober auf der Karibikinsel begrüßt.

Der am Samstag von der amerikanischen Fernsehgesellschaft CBS veröffentlichten Umfrage zufolge sprachen sich 91 Prozent der Befragten für die Intervention der amerikanischen Truppen aus. 85 Prozent gaben an, sie hätten sich nach dem militärischen Staatsstreich gegen den ermordeten Ministerpräsidenten Maurice Bishop nicht mehr in Sicherheit gefühlt.

Ebenfalls 85 Prozent der am vergangenen Donnerstag befragten 304 Inselbewohner vertraten die Auffassung, die amerikanischen Truppen hätten eingegriffen, um die Kubaner zu vertreiben und diese am Bau eines militärischen Stützpunkts auf Grenada zu hindern. Je einer von sechs der befragten Inselbewohner hatte waffentragende Kubaner gesehen, die nach Ansicht von 81 Prozent „höflich und geschätzt" waren. Nur einer von sieben Befragten sah die Sicherheit der Insel durch die Amerikaner bedroht.

Dieses Umfrageergebnis ähnelt dem Meinungsbild in den Vereinigten Staaten. Die Zeitschrift „USA-Today" veröffentlichte vor einer Woche das Ergebnis ihrer Umfrage. Demnach befürworteten siebzig Prozent der Amerikaner die Intervention.

Aufgeschlüsselt nach Parteien ergab sich folgendes Bild: 60 Prozent der Demokraten begrüßten die Entscheidung Präsident Reagans, die Militäraktion zu befehlen. Bei den Republikanern waren es sogar 84 Prozent.

Insgesamt sprachen sich mehr Männer als Frauen zugunsten der Intervention aus.

Die Umfragen von USA-Today sowie von CBS bestätigen die noch zuvor erhobenen Ergebnisse, die die Rundfunkgesellschaft ABC und die Tageszeitung Washington Post bei Umfragen ermittelt hatten. Diese hatten ihre Meinungsumfrage fast unmittelbar nach der Intervention in Auftrag gegeben.

„Wir werden uns von niemandem nirgendwo einschüchtern lassen"

DW. Washington

Im folgenden veröffentlicht die WELT Auszüge aus der Ansprache, die US-Präsident Reagan bei der Feier für die Heimgekehrten und gefallenen Marines in Camp Lejeune, North Carolina, am 4. November 1983 hielt:

„Ich komme heute hierher, um den Helden von Libanon und Grenada meine Ehrerbietung zu erweisen. Wir trauern mit den Familien dieser tapferen, stolzen Amerikaner, die ihr Leben für ihr Land und die Erhaltung des Friedens hingaben.

Wenn dieses Land eine Kraft für das Gute in der Welt bleiben soll, werden wir immer wieder Zeiten wie diesen begegnen, Zeiten der Trauer und des Verlustes. Alle unsere Mitbürger wissen, daß Ihr, die Marines, sowie Eure Familien eine schwere Bürde tragen.

Amerika erstrebt keine neuen Territorialeroberungen, noch wünschen wir andere zu beherrschen. Wir setzen unsere Mittel ein und riskieren das Leben jener, die in unseren Streitkräften dienen, um andere vor Blutvergießen und Chaos zu retten und um zu verhindern, daß die Menschheit in einem Meer der Tyrannei ertrinkt. In Libanon arbeiten wir zusammen mit unseren Verbündeten an einem Frieden für dieses kriegsverwüstete Land und einer Stabilität für den so wichtigen Nahen Osten. In dieser Eurer Aufgabe seid Ihr, liebe Marines und Seeleute, und unsere französischen, italienischen und englischen Kameraden Friedensbewahrer im tiefsten Sinn des Wortes.

Die Welt erwartet Führung von Amerika, und Amerika wendet sich an die Mitglieder seiner Streitkräfte, an das Marine-Corps, die Marine, die Armee.

Die Freiheit wird weltweit auf die Probe gestellt. In Burma hat die örtliche Regierung gerade von zwingenden Beweisen nordkoreanischer Verantwortung für jene Schreckenstat gesprochen, der mehrere Mitglieder der südkoreanischen Regierung zum Opfer fielen. Wir stehen Südkorea zur Seite. Ich werde, wenn ich in der nächsten Woche das Land besuche, eine Botschaft mitbringen, die unsere Abscheu vor diesem Greuel und unsere Entschlossenheit zum Ausdruck bringt, unseren Freunden in der Verteidigung der Freiheit beizuspringen.

Im Nahen Osten haben wir gerade heute früh von einem neuen Terroranschlag gehört, ähnlich dem gegen unsere Marines und die Franzosen. Diesmal war Israel der Adressat, in Tyros, Libanon.

Trotz der Komplexität und der besonderen Härte der libanesischen Krise sind wir standhaft geblieben. Wie immer, nehmen die Ledernacken ihre Mission und ihre Pflicht bereitwillig auf sich. Dieser tiefe Patriotismus, diese Hingabe an die Pflicht überwältigt uns alle.

In Grenada gingen unsere militärischen Einheiten schnell und professionell vor, um amerikanisches Leben zu retten und einem dringenden Hilferuf der karibischen OECS-Staaten nachzukommen. Wir schlossen uns einem Unternehmen an, das zum Ziel hat, Ordnung und Demokratie auf dieser von Gewalt bedrohten Insel wiederherzustellen ...

> „Wir setzen unsere Mittel ein und riskieren das Leben jener, die in unseren Streitkräften dienen, um andere vor Blutvergießen und Chaos zu retten, und um zu verhindern, daß die Menschheit in einem Meer der Tyrannei ertrinkt."

In einer freien Gesellschaft wird es notwendig Streit geben über die Natur entschiedenen Handelns. Diejenigen, die uns so voreilig wegen unserer Operation in Grenada kritisiert haben, lade ich herzlich ein, einmal die bei mir eingetroffenen Briefe jener befreiten Studenten und ihrer Familien zu lesen. Sie wissen, daß dies keine Invasion war ... Marines pflegen zu sagen: ‚Wir sorgen schon für unsere Leute.' Nun, Amerika, mit Hilfe der Marines, wird seine Bürger zu schützen wissen.

Unsere Soldaten ... kamen nicht nur den Studenten zu Hilfe. Ich hoffe, jeder Amerikaner wird über die politischen Gefangenen lesen, die wir befreit haben. Die Bürger Grenadas, die hilflos ansehen mußten, wie ihr Land von ihnen genommen und in einen Aufmarschplatz für totalitäre Aggression verwandelt wurde – diese gleichen Bürger begrüßen uns stürmisch als Befreier und tun, was sie können, um uns zu helfen. Jeder Amerikaner kann stolz auf diese professionelle und hochherzige Tat unserer Streitkräfte sein. Und wir alle können uns freuen, daß sie jetzt heimkehren.

Ich komme heute hierher, um so viele zu ehren, die das letzte Maß an Hingabe dafür einsetzten. Sie blieben uns und unserem way of life treu. Wir könnten unsere Freiheit nicht lange behaupten, wäre es nicht wegen der Opferbereitschaft dieser einzelnen. Sie waren Helden, und wir sind dankbar, daß sie unter uns lebten.

Das Motto der US-Marine-Corps lautet ‚Semper Fidelis', immer treu. Es fordert uns alle auf, jenen Idealen immer treu zu bleiben, für deren Schutz sie ihr Leben gelassen haben. Wir müssen unser Erbe der Freiheit hüten und weitergeben. Kein Terrorist möge unseren Willen in Zweifel ziehen, kein Tyrann unsere Entschlossenheit. Amerikaner besitzen Mut und Entschlußkraft, und wir dürfen und werden uns von niemandem nirgendwo einschüchtern lassen.

Seit 1775 haben Marines, wie Ihr sie seid, die Kraft der Vereinigten Staaten mitgeformt. Eure Rolle ist heute nicht weniger wichtig als in früheren Stadien unserer Geschichte. Unsere Herzen wenden sich den Familien zu, deren tapfere Gefallene wir heute ehren. Laßt uns die Reihen schließen und Tribut zahlen an die, die mehr hingaben, als ihnen je erstattet werden kann. Sie sind jetzt Teil der Seele dieses großen Landes und werden leben, solange unsere Freiheit als Leuchtturm der Hoffnung für alle jene scheint, die sich selber nach Freiheit und einer besseren Welt sehnen."

So war das Ende von Maurice Bishop

AFP, Port-of-Spain (Trinidad)

Eine Augenzeugin der Ermordung des am 19. Oktober in Grenada ermordeten Regierungschefs Maurice Bishop hat jetzt über die letzten Stunden vor der Machtübernahme durch die Armee und den Hergang seines Todes berichtet. Es handelt sich um die Ehefrau eines an jenem Tag getöteten Grenaders Norrison Bain. In seinem Exklusivinterview mit dem in Port-of-Spain (Trinidad/Tobago) erscheinenden Wochenblatt „The Bomb" beschrieb sie den Ablauf der Ereignisse nach der Befreiung Bishops aus seiner Residenz, wo er unter Hausarrest stand, durch Tausende von Anhängern wie folgt:

„Bishop begab sich nach seiner Befreiung sofort zum Armeehauptquartier Fort Rupert. Dort erklärte er den Soldaten, daß ihre Waffen dem Schutz der grenadischen Bevölkerung dienten und nicht, um auf sie zu schießen. Daraufhin händigten die Soldaten ihre Waffen höheren Offizieren aus.

Bishop ging mit einigen Kabinettsmitgliedern in einen Raum des Forts, um mit Armeevertretern zu sprechen, während seine Anhänger draußen warteten. Plötzlich kam ein mit Soldaten besetzter Panzerwagen der ‚Revolutionären Volksarmee'. Ein Soldat namens Liam James gab den Soldaten Befehl, auszusteigen und in die Menge zu schießen. Unter den vor dem Fort versammelten Menschen brach Panik aus. Sie liefen in alle Richtungen auseinander. Als der Wagen Bishops von einem Soldaten in Brand geschossen wurde, wollten einige Leute wegrennen. Sie wurden erschossen. Unterdessen hatten die Soldaten Bishop und seine Minister aus dem Fort geholt. Diese trugen Handschellen und wurden an die Wand gestellt. Ein Soldat näherte sich Bishop, zielte auf seinen Kopf und drückte ab.

Bishops Lebensgefährtin Jacqueline Creft, die ehemalige Erziehungsministerin Grenadas, brach weinend über dem sterbenden Regierungschef zusammen. Sofort wurde auf sie geschossen. Sie starb über der Leiche von Bishop. Auch die übrigen Kabinettsmitglieder, die zusammen mit dem Regierungschef nach Fort Rupert gekommen waren, wurden getötet. In jener Nacht wurden ihre Leichen, auch die des Regierungschefs, irgendwo hinter dem Fort verscharrt."

Wie die Zeitung ergänzend schrieb, galt Jacqueline Creft, die von Bishop einen zweijährigen Sohn, Vladimir, hatte, in Grenada als Hauptgrund für die Trennung des ermordeten Regierungschefs von seiner Frau Angela, die mit ihren beiden Kindern nach Kanada auswanderte. Die Mutter und andere Angehörige von Bishop hätten bis heute nicht sein Grab ausfindig machen können, um seine Leiche bestatten zu lassen.

Würzbach begründet Nein zu Vetorecht

AP, Bonn

Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel steht nicht hinter der Forderung des Sicherheitsexperten seiner Partei, Karsten Voigt, nach einem *deutschen Vetorecht* beim Einsatz von Atomwaffen. In einem Interview mit Radio Bremen sagte Vogel, es gebe noch keinen „endgültigen Standpunkt" der Sozialdemokraten zu dieser Frage. Er sei allerdings „ein bißchen skeptischer" hinsichtlich eines Vetorechts als Voigt. Ein derartiges Mitbestimmungsrecht würde einen Schritt weg vom Entschluß der Bundesrepublik Deutschland bedeuten, auf Kernwaffen sowie auf biologische und chemische Waffen zu verzichten, meinte Vogel. Außerdem sei er „sehr in Sorge", daß man sich Illusionen über ein Vetoverfahren im Entscheidungsfall mache.

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Peter-Kurt Würzbach (CDU), hat vor den negativen Folgen eines Vetorechts der Bundesrepublik Deutschland beim Einsatz von Atomwaffen gewarnt. Im Sender Freies Berlin sagte Würzbach, wenn die einzelnen NATO-Staaten ein „Vetorecht bis zum letzten Punkt" hätten, könnte die Sowjetunion einen Staat „politisch schnappen und ihm drohen, ihn erpressen, ihn dazu anhalten, sein Veto einzulegen". Damit könnte dann die Abschreckungskraft der NATO „berechenbar" geschwächt werden.

Ein Wind der Demokratie weht über den Subkontinent

Von WERNER THOMAS

Wenn Raul Alfonsin am 12. Dezember von dem General Reynaldo Bignone die Präsidenten-Schärpe erhält, bleiben lediglich vier Militärregierungen in Südamerika übrig, sieht man von dem Surinam des Oberstleutnant Desi Bouterse ab, das nur geographisch, aber nicht kulturhistorisch zu dieser Region zählt: Brasilien, Chile, Paraguay, Uruguay. Das demokratische Lager umfaßt Bolivien, Ekuador, Kolumbien, Peru und Venezuela.

Brasilien, die Führungsnation Lateinamerikas, soll in zwei Jahren den ersten zivilen Präsidenten seit 1964 erhalten. Bisher war geplant, den Nachfolger des Generals Joao Baptista Figueiredo durch ein Wahlmänner-Gremium bestimmen zu lassen, das unter der Kontrolle der Regierungspartei steht. Der argentinische Urnengang hat jedoch den Druck auf Figueiredo und die Militärs zur Durchführung einer Direktwahl verstärkt. „Die Pläne einer indirekten Wahl müssen jetzt begraben werden", forderte der frühere Präsident Quadros. Einflußreiche Zeitungen wie „O Estado de São Paulo" und „Folha de São Paulo" urteilen ähnlich.

Wenn es dazu kommen würde, hätte ein Politiker vom Schlage Alfonsins gute Chancen: Leonel Brizzola, der Gouverneur von Rio de Janeiro, ein sozialdemokratischer Populist. Für viele Militärs ist der Mann aber wegen seiner sozialistischen Vergangenheit noch immer ein rotes Tuch.

Auch in dem kleinen Uruguay (2,8 Millionen Einwohner), seit 1973 unter der Herrschaft der Streitkräfte, werden innerhalb von zwei Jahren Wahlen stattfinden. General Alvarez erinnerte in seinem Telegramm an Alfonsin, daß sich sein Land „auf dem gleichen Weg" befinde.

Alvarez würde gern als Kandidat einer offiziellen Partei auftreten, die es noch nicht gibt. Er ist mit 56 Jahren der jüngste Militärpräsident Südamerikas. Ein einflußreicher Teil des *Offizierkorps* opponiert jedoch. Die Nationalpartei, einst konservativ, heute etwas links von der Mitte, gilt als die stärkste politische Kraft. Die Opposition organisiert seit dem Sommer nach chilenischem Vorbild monatlich Demonstrationen, um die Rückkehr zur Demokratie zu beschleunigen. Manche Politiker halten Wahlen nun schon Ende nächsten Jahres für möglich.

Weiterer Druck kommt aus Washington. Die Reagan-Regierung *schickte dieser Tage eine Delegation* durch Südamerika, die auch in Montevideo Station machte. Delegationsmitglied Robert Morley betonte vor der Presse: „Wir unterstützen die Demokratisierungspläne und hoffen, daß sich daran nichts ändert." Die Reise-Gruppe war zuvor in Chile, um mit noch größerem Nachdruck eine ähnliche Botschaft zu verbreiten.

SÜDAMERIKA

Das State Department schließt sich heute offen den Forderungen der Op*position in Chile an, daß schon* in den nächsten Jahren demokratische Verhältnisse geschaffen werden sollen. „Ich habe mit allen Kreisen gesprochen", berichtete Delegationsmitglied Edward Derwinsky, „und alle sagen, dieser Prozeß sei unaufhaltsam." Die Amerikaner trafen auch den General Fernando Mathhei, den Luftwaffenkommandeur, der ebenfalls für eine frühere Rückkehr zur Demokratie plädiert wie bisher beabsichtigt. General Augusto Pinochet, seit zehn Jahren Präsident, möchte noch bis 1989 regieren, er pocht auf die Verfassung. Am Sonntag erklärte Pinochet, der Prozeß der demokratischen Öffnung werde fortgesetzt, aber: „Wir lassen uns von niemandem drängeln."

Die Opposition, in der die Christdemokraten eine Schlüsselrolle spielen, will ihre im Mai begonnenen monatlichen Protestaktionen so lange durchführen, bis ihr Ziel erreicht ist. Bisher kamen bei Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften mehr als 50 Menschen ums Leben. Die nächste Veranstaltung dieser Art soll am 18. November stattfinden.

Den geringsten Eindruck haben die *Entwicklungen in Argentinien* auf die älteste Militärdiktatur der Welt hinterlassen, Paraguay. Der deutschstämmige General Alfredo Stroessner, der 1954 die Macht übernahm, denkt weder an eine demokratische Öffnung noch an eine Rückkehr zur Demokratie. Er hat jedoch mittlerweile das 72. Lebensjahr erreicht, und die Führer der Oppositionsbewegung „Acuerdo Nacional" (Nationaler Zusammenschluß) verkünden bereits die Endphase der Stroessner-Ära. Sie fühlen sich im Aufwind und hoffen, vom Alfonsin-Effekt bald ähnlich aufgewertet zu werden wie ihre chilenischen Kollegen.

Der künftige argentinische Präsident empfängt diese Woche in Buenos Aires eine Delegation der „demokratischen Allianz" Chiles. Alfonsin unterhält seit seinem Santiago-Besuch im vergangenen Jahr Kontakte zur chilenischen Opposition.

Der Trend zur Demokratie kann jedoch abrupt enden, wenn einige zivile Regierungen unter ihren politischen und wirtschaftlichen Problemen zusammenbrechen und die Generale dann wieder aus ihren Kasernen kommen. Bolivien und Peru ste*hen zur Zeit auf besonders fragilen* Fundamenten. Selbst in Argentinien gibt es skeptische Beobachter, die bezweifeln, daß Alfonsin tatsächlich eine sechsjährige Amtsperiode ohne eine Intervention der Streitkräfte absolvieren kann. (SAD)

Abkommen mit „DDR" in Athen kritisiert

dpa, Athen

Der griechische Oppositionsführer Evangelos Averoff hat ein zwischen der sozialistischen griechischen Regierung und der „DDR" paraphiertes Rechtshilfeabkommen scharf kritisiert. Bei einer Rede in der nordgriechischen Stadt Serres erklärte der Vorsitzende der konservativen „Neuen Demokratie", das Abkommen sei so formuliert, daß es Griechenland verpflichte, jeden „DDR"-Einwohner, den Ost-Berlin anfordere, festzunehmen und auszuliefern. Griechenland sei das einzige Land, das ein derartiges, den internationalen Gepflogenheiten widersprechendes Abkommen paraphiert habe. Averoff betonte, die Vereinbarung habe zu äußerst ernsten Warnungen westlicher Demokraten geführt und würde Griechenland teuer zu stehen kommen, falls sie nicht rückgängig gemacht werde.

Die Bedenken der Bundesregierung gegen das im vergangenen Jahr paraphierte Abkommen sind der griechischen Regierung wiederholt vorgetragen worden, unter anderem beim Besuch des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger, Anfang Oktober in Athen. Der griechische Regierungssprecher hatte Ende September versichert, Griechenland werde an seiner bisherigen Politik festhalten, politischen Flüchtlingen Asyl zu gewähren.

Lambsdorff setzt sich zur Wehr

dpa/rtr, Bonn

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) fühlt sich durch öffentliche Vorverurteilungen in der Parteispenden-Affäre in seinen „Verteidigungsmöglichkeiten eindeutig behindert". In einem Interview mit „Bild am Sonntag" erklärte der Minister: „An einen vergleichbaren Vorgang kann ich mich nicht erinnern."

Über einen möglichen Rücktritt will Lambsdorff erst entscheiden, wenn er die Abschlußverfügung der Staatsanwaltschaft kennt.

Nach einem Bericht des „Spiegel" soll vermutlich in der nächsten Woche in Bonn der Antrag auf Aufhebung der Immunität Lambsdorffs gestellt werden.

Selbstkritik in Peking

Chinas Kulturfunktionäre und Schriftsteller unter Druck

DW. Peking

Der Vorsitzende des Verbandes chinesischer Schriftsteller und Künstler, Zhou Yang, hat in Peking öffentlich Selbstkritik geübt und „Fehler" auf ideologischem Gebiet eingestanden. Zhou Yang, der mehrere Jahre lang auch stellvertretender chinesischer Propaganda-Chef war, ist bisher der prominenteste Spitzenfunktionär, der während der derzeitigen Kampagne gegen „Abweichler" zur Selbstkritik veranlaßt wurde.

Die gegen den 76jährigen erhobenen Vorwürfe beziehen sich auf eine Rede, die er im März bei den Pekinger Gedenkfeiern für Karl Marx gehalten hatte. In seiner Selbstkritik, die auf der Titelseite der „Volkszeitung" abgedruckt wurde, räumt Zhou Yang ein, er habe nicht klar genug zwischen dem marxistischen und dem bürgerlichen Standpunkt in der Frage der „Entfremdung" des arbeitenden Menschen unterschieden.

Die Maßregelung Zhou Yangs gilt bei Beobachtern in Peking als Teil der begonnenen politischen „Überprüfung" der 40 Millionen Parteimitglieder. Dabei verlagert sich die Abrechnung mit den „ultralinken Gegnern" des Reformkurses von Deng Xiaoping zunehmend auf die Auseinandersetzung mit dem „bürgerlichen Liberalismus", für die die Pekinger Presse die Rubrik „Ideologische Verseuchung" eingerichtet hat. Nachdem der prominenten Filmschauspielerin Liu Xiaoqing „extremer Individualismus" wegen einer von ihr geschriebenen kraß-realistischen Biographie vorgeworfen worden ist, wurde am Wochenende auch der chinesische Schriftsteller Bai Hua kritisiert. Die Literaturzeitung „Wenzhai Bao" warf ihm vor, in seinem neuen historischen Schauspiel „Die Geschichte des Königs Goujian" mit „verfälschten geschichtlichen Ereignissen" eine Parabel auf die Gegenwart zu meinen. Wegen seines Stücks „Bittere Liebe" über das Los eines Intellektuellen im heutigen China war Bai Hua bereits vor zwei Jahren zur öffentlichen Selbstkritik gezwungen worden.

Kohl betont Interesse Bonns an Asien

Kanzler konferierte mit der Premierministerin Indiens und dem Präsidenten Indonesiens

B. CONRAD, Neu-Delhi/Jakarta

Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern in Neu-Delhi zum Abschluß seiner einwöchigen Asien-Reise das besondere Interesse der Bundesregierung an diesem Kontinent unterstrichen. „Ich halte es für einen Fehler, daß seit 1969 kein Bundeskanzler mehr Indien besucht hat und daß vor mir überhaupt noch kein Bundeskanzler in Indonesien gewesen war", sagte Kohl, der mit der indischen Premierministerin Indira Gandhi zwei Gespräche führte.

Auf Wunsch von Frau Gandhi hatte der Kanzler seine Rückreise aus Japan und Indonesien für etwa 15 Stunden in Neu-Delhi unterbrochen. Die Inderin, die derzeit der Blockfreien-Bewegung präsidiert, hatte Kohl mitgeteilt: „Und wenn Sie nur eine Stunde bleiben können, dann komme ich zum Flugplatz, um mit Ihnen zu sprechen." Daraufhin entschloß sich der Kanzler, eine Übernachtung in Neu-Delhi einzulegen. In einer Pressekonferenz versicherte er: „Indien ist ein alter Freund von uns. Im Bereich der Blockfreien-Bewegung ist es ein Schlüsselland für den Nord-Süd-Dialog. Es ist die größte Demokratie. Das sind alles Gründe, um gute Beziehungen miteinander zu pflegen. Das will ich tun."

Kohl betonte, er wolle das für ihn wichtige Gespräch mit der Premierministerin möglichst bald fortsetzen, entweder in Deutschland oder in Indien. Er hoffe, daß Frau Gandhi im Frühjahr 1984 Bonn besuchen wird.

In Jakarta waren sich Bundeskanzler Kohl und der indonesische Staatspräsident Suharto darin einig, daß die deutschen Investitionen in dem südostasiatischen Staat erhöht werden sollten. Derzeit beträgt der deutsche Investitionsanteil in Indonesien nur 1,2 Prozent gegenüber einem japanischen Anteil von 41 Prozent. Nach indonesischer Ansicht sollten die Firmen aus der Bundesrepublik hier energischer und effizienter auftreten.

Beeindruckt zeigten sich die Indonesier von dem Hinweis des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bonner *Entwicklungshilfeministerium*, Volkmar Köhler, daß die Bundesrepublik bisher insgesamt 2,5 Milliarden Mark bilaterale Hilfe an Indonesien gegeben habe. Derzeit werde über ein Entwicklungshilfe-Volumen von 159 Millionen Mark für 1984 verhandelt.

Kohl kündigte an, daß Bundespräsident Karl Carstens „sehr bald", wahrscheinlich im Februar 1984, Indonesien einen Staatsbesuch abstatten werde. Bundesforschungsminister Riesenhuber werde ebenfalls 1984 nach Jakarta kommen, um die Gespräche über eine technologische Kooperation fortzusetzen. In Neu-Delhi teilte Staatsminister Alois Mertes vom Auswärtigen Amt mit, daß bald ein deutsch-indischer Kooperationsvertrag für das Gebiet der Raumfahrt und des Flugverkehrs abgeschlossen werden solle.

George: „Wir müssen an die Löhne ran"

dpa, Köln

Mit der Forderung „wir müssen an die Löhne ran" bekräftigte der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Haimo George seine in der eigenen Partei nicht unumstrittenen Ansichten zu einer effektiven Wiederbelebung der Wirtschaft. Auf einer Versammlung des Verbandes angestellter Führungskräfte in Köln bezeichnete George eine überproportionale Entwicklung der Unternehmenserträge als wichtigste Voraussetzung für einen Aufschwung. Die Unternehmen müßten in den nächsten zehn Jahren mindestens zehn Prozent Rendite erzielen. Nach Georges Auffassung sollte der Reallohnzuwachs deshalb in den kommenden Jahren um fünf bis zehn Prozent sinken.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Staatsvolk und Grenzen

„Frage der Ost-Grenze ist noch offen"; WELT vom 25. Oktober

Die WELT hat am 25. Oktober Ex-Bundesrichter Professor Willy Geiger mit dem Zitat des Tages auf der Titelseite zu Wort kommen lassen. Jeder Politiker und jeder Mandatsträger im Bundestag sollte sich über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 klar sein: Das Völkerrechtssubjekt Deutschland ist nicht untergegangen, sondern besteht juristisch in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 weiter. Die Bundesrepublik ist teil-identisch mit dem Deutschen Reich, ebenso die DDR. Dem steht nicht entgegen, daß die DDR sich als staatliche Neubildung versteht und mit dem Deutschen Reich nichts zu tun haben will. Staatsvolk ist die deutsche Nation in West und Ost, die den Willen zur Einheit hat und durch ihn verbunden ist. Im Verhältnis zueinander sind die beiden Staaten nicht Ausland, die zwischen ihnen bestehende Grenze hat besonderen Charakter. Die Ost-Grenze Deutschlands kann erst in einem Friedensvertrag mit Gesamt-Deutschland festgelegt werden. Alle Verfassungsorgane sind verpflichtet, alles für die Wiedervereinigung zu tun, und alles zu unterlassen, was diesem Streben entgegenstehen könnte. Die Siegermächte bleiben Treuhänder des juristisch fortbestehenden Deutschen Reichs und sind zuständig für ‚Deutschland als Ganzes'.

Wissen sollte man, daß dieses Urteil auf die Normenkontrollklage der Bayerischen Staatsregierung ergangen ist, und damit jeder Bundesregierung für ihre politischen Aktionen ein Spielraum abgegrenzt wird. Bayern hat sich mit dieser Klage um Gesamt-Deutschland verdient gemacht.

Dieses Urteil ist manchen in der SPD ein Dorn im Auge, weil es die Ost-Verträge Willy Brandts relativiert. So nennt der Freund des Ex-Bundeskanzlers Helmut Schmidt und Leitartikler einer Hamburger Wochenzeitschrift das Urteil ‚einen unbekömmlichen Brei' und Professor Richard Löwenthal sogar ‚einen juristischen Quark'. Dazu darf man bemerken, daß so etwas in England unter den Begriff ‚content of court/ Verachtung des Gerichts' fallen würde, was sich bei uns die Links-Liberalen erlauben dürfen. Ein besserer Schutz des Ansehens unseres höchsten deutschen Gerichts ist dringend notwendig, wenn wir nicht dem Verfall unserer Staatsgesinnung tatenlos zusehen wollen.

Dr. Herbert Kutschera,
Hürth-Hermülheim

Andere Rechnung

„Apel: SPD hat Mitschuld an kommunaler Finanzmisere"; WELT vom 29. Oktober

Auf dem Kommunalkongreß 1984 des Deutschen Städte- und Gemeindebundes hat Ihrem Bericht zufolge Bundesinnenminister Dr. Zimmermann der nordrhein-westfälischen Landesregierung „massive" Leistungskürzungen zu Lasten der Gemeinden vorgeworfen. Es ist unbestritten, daß Nordrhein-Westfalen im laufenden Jahr seinen Gemeinden Kürzungen zumuten mußte, es wird aber weiterhin von keinem anderen Bundesland in seiner Gemeindefreundlichkeit übertroffen. Hierzu schreibt das Bundesfinanzministerium in einer Dokumentation vom 15. Juli 1983: „Bei einem Vergleich der Nettoleistungen je Einwohner liegt Nordrhein-Westfalen trotz erheblicher Kürzungen mit 726 DM/Einwohner immer noch an der Spitze der Bundesländer, gefolgt von Niedersachsen mit 724 DM/Einwohner und Bayern mit 694 DM/Einwohner. Die niedrigsten Nettoleistungen pro Einwohner weisen das Saarland (573 DM/Einwohner) und Rheinland-Pfalz (542 DM/Einwohner) auf." Es wäre zu begrüßen, wenn diese Einsicht aus dem Bundesfinanziministerium auch im Bundesinnenministerium Berücksichtigung fände.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Barbara Hendricks
Düsseldorf 30

Wer soll richten?

„Eine gelbe Karte für Professor X"; WELT vom 15. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der Autor versucht darzulegen, daß Wissenschaftler ethischen Normen unterworfen sein sollten, die erheblich über das anerkannte Berufsethos der Naturwissenschaftler hinausgehen. Lenk postuliert eine „präventive" Verantwortung der Wissenschaftler für alles, was sich aus den zu gewinnenden Erkenntnissen entwikkeln könnte.

Man muß sich wohl als erstes fragen, wer Schiedsrichter spielen soll, wer nach welchem Wertsystem festlegt, was „gut" oder „böse" ist. Wer ist eigentlich so klug, daß er das könnte?

Auf jeden Fall dürfte naheliegen, daß die Durchsetzung der Forderung Lenks das Erarbeiten neuer Erkenntnisse hemmen, ja stoppen würde. Aber nur neue, weitere Erkenntnisse über unsere so außerordentlich komplexe Welt können dafür sorgen, daß die Menschen mit einer annehmbaren Zukunft rechnen können. Wie ein halbwegs vernünftiges Optimum aussehen und zustande kommen könnte, ist doch in vielen Punkten unbekannt. Und es ist eben nicht so einfach mit dem „gut" und „böse", wie es uns z. B. die schrecklichen Simplifikateure in den öffentlichen Massenmedien täglich weismachen wollen.

Auffallend ist übrigens in dem Aufsatz Lenks, daß er zwar generell von „Wissenschaftlern" spricht, anscheinend aber nur Naturwissenschaftler im Auge hat. Gewiß ist es so, daß die Produkte der sogenannten „Geisteswissenschaftler" nur selten echte Erkenntnisse darstellen, aber dafür tun sie sich um so leichter, ihre Ideen zu verwirklichen. Und das ist es doch, worauf es Lenk ankommt. Was Pädagogen, Soziologen und ähnliche in den letzten Jahrzehnten uns an Experimenten an – insbesondere – jungen Menschen zugemutet haben, ist m. E. in höchstem Maße gravierend.

Mit freundlichem Gruß
Günther Albers,
Hamburg 90

Blinde Politiker

Sehr geehrte Herren,

die Heuchelei ist nicht mehr zu überbieten. Wenn der amerikanische Geheimdienst beispielsweise durch Untergrundarbeit es erreichen würde, in einem jungen demokratischen Staat ausgesprochen linker Prägung einen Umsturz zu erreichen mit dem Ergebnis, daß konservative Kräfte die Macht in dem Staat übernehmen, und z. B. Kuba würde dann auf Wunsch eines Hilferufs der Bevölkerung militärisch eingreifen, dann wäre die Welt in Ordnung. Man würde von einer gerechtfertigten – wie gehabt – Hilfsaktion für die bedrohte Freiheit der demokratischen Rechte in dem betreffenden Lande sprechen.

In Grenada ist es umgekehrt. Dort ist durch Untergrundarbeit die Regierung des Sozialisten Bishop gestürzt worden. Das haben subversive Kräfte aus dem Lande mit Hilfe einer ausländischen Planung vollbracht. Bishop wußte zuviel. Auch hatte er wohl in der Bevölkerung erheblichen Rückhalt. Er war auch im Begriff, die gestörten Beziehungen zu den USA zu bessern. Also mußte er weg. Als dann die Amerikaner, von den Nachbarn zu Hilfe gerufen, kamen, stellte man fest, daß über 1000 Kubaner – natürlich nur Arbeiter für den Bau eines zweiten (überflüssigen) Flugplatzes – sich im Lande befanden, die jedoch alle beim Herannahen der Amerikaner zufällig die für eine kriegerische Auseinandersetzung notwendigen Waffen „fanden".

Der neue Flugplatz war nicht dafür bestimmt, dem Tourismus zu dienen, sondern der logistischen Planung für die Interessen Kubas in Afrika. Schließlich braucht man Stützpunkte, die entgegen dem Flughafen auf der Ilha do Sal abschirmbar sind und nicht die kubanischen Transporte nach Afrika und/oder zurück transparent werden lassen.

Die Reaktion der Öffentlichkeit auf diesen Vorgang zeigt die Unfähigkeit der meisten Politiker, Macht und Wirkung von Untergrundmaßnahmen zu durchschauen und zu würdigen. Man sollte allmählich gelernt haben.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Dieter Moojer.
Hamburg 1

Wort des Tages

„Nicht der Glanz des Erfolges, sondern die Lauterkeit des Strebens und das treue Beharren in der Pflicht, auch der gering scheinenden, wird den Wert eines Menschenlebens entscheiden."

Helmut Graf von Moltke (1800–1891)

Personalien

GEBURTSTAG

Bundeskanzler **Helmut Kohl** hat dem Vorsitzenden des Dokumentationszentrums des Bundes jüdischer Verfolgter des Naziregimes, **Simon Wiesenthal**, zum 75. Geburtstag gratuliert. In seinem Glückwunschtelegramm betonte Kohl, Wiesenthal habe sein Leben in den vergangenen Jahrzehnten in den Dienst der Menschen gestellt, „die wie Sie durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft schweres Leid erfahren haben". In vielen Fällen habe Wiesenthal bei der Wiederherstellung des Rechts mitwirken können.

EHRUNG

Richard von Weizsäcker, Regierender Bürgermeister von Berlin, wird mit dem 20. Theodor-Heuss-Preis ausgezeichnet. Der erste Bundespräsident Heuss wäre am 31. Januar 1984 100 Jahre alt geworden. Zur Verleihung heißt es, die Stiftung werde in Weizsäcker eine Persönlichkeit würdigen, die sich in einem Jahr heftiger politischer Auseinandersetzung trotz ausgeprägter eigener Überzeugung um Fairneß, Toleranz, Glaubwürdigkeit und Verständigung bemühe.

DIPLOMATEN

Dr. Karl Hillermeier, bayerischer Staatsminister des Innern, eröffnet heute in München das kanadische Generalkonsulat am Maximiliansplatz 9. Generalkonsul Kanadas an der Isar ist **Wilmer James Collett.**

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marie Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheffler (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: King-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 4 01 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756.

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,80 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

„Rude Pravo“ druckt Kritik an Sowjet-Raketen

DW./AP, *Prag/Wien*

Die Unruhe über eine Stationierung von sowjetischen Raketen in der Tschechoslowakei nimmt unter der Bevölkerung offenbar immer mehr zu. Äußeres Anzeichen für diese Besorgnis unter den Tschechen und Slowaken, die in der Stationierung eine weitere Zementierung und den Ausbau der sowjetischen Militärstruktur in ihrem Land seit 1968 sehen, ist eine Veröffentlichung in der Parteizeitung „Rude Pravo“.

Die Zeitung berichtete am Wochenende über besorgte Stimmen zum west-östlichen Wettrüsten. Bei der Redaktion, so das Parteiorgan, seien in der jüngsten Zeit „zahlreiche“ Briefe zu diesem Thema eingegangen, die sich kritisch zur geplanten Aufstellung sowjetischer Kurzstreckenraketen äußerten. Die UdSSR hatte im vergangenen Monat die Aufstellung von taktischen Waffen der Typen SS 21, SS 22 und SS 34 in der Tschechoslowakei und der „DDR“.

„Rude Pravo“ schreibt weiter, unter den eingegangenen Briefen seien auch einige gewesen, aus denen man habe Zweifel darüber herauslesen können, ob die angekündigten Schritte zur Stärkung der Verteidigungskraft „in diesem Stadium notwendig“ seien. In anderen Briefen sei die Frage aufgeworfen worden, ob man mit der Ankündigung der Raketenaufstellung nicht besser hätte warten sollen, bis die amerikanischen Raketen stationiert seien, und was wohl „die Verteidiger des Friedens im Westen“ dazu sagen.

Deng hält die Nachrüstung für „unvermeidlich“

DW. **Peking**

Der chinesische Spitzenpolitiker Deng Xiaoping hält nach den Worten des Präsidenten der EG-Kommission, Gaston Thorn, die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa für „unvermeidlich“. Thorn, der am Wochenende mit Deng zusammentraf, sagte, er habe von der chinesischen Regierung den Eindruck vermittelt bekommen, daß sie sich vollauf bewußt sei, daß die USA unvermeidlich die Raketen aufstellen müßten.

„Wir wollten deutlich machen, daß wir keine Position gegen die USA beziehen“

Kohl begründet Stimmenthaltung in der UNO

BERNT CONRAD, **Jakarta**

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich bei der UNO-Abstimmung über die amerikanische Intervention in Grenada der Stimme enthalten, weil sie nach den Worten von Bundeskanzler Helmut Kohl „keine Position gegen unsere amerikanischen Freunde“ beziehen wollte. Die endgültige Meinung Bonns wird wahrscheinlich in der Kabinettssitzung am kommenden Mittwoch formuliert werden. Dabei soll die umfassende Unterrichtung berücksichtigt werden, die von einem Besuch des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Kenneth Dam morgen in Bonn erwartet wird.

Nach widersprüchlichen Äußerungen aus dem Koalitionslager umriß Kohl seinen Standpunkt am Wochenende auf Fragen der WELT vor Journalisten in Jakarta: „Wir waren von dem Schritt der Vereinigten Staaten nicht vorher informiert. Wir sind erst nach Vollzug der Aktion unterrichtet worden. Nach dem mir bekannten Sachstand hätte ich einen anderen Rat gegeben.“

Der Kanzler fuhr fort, nach den *inzwischen bekanntgewordenen* Informationen sei klar, daß in Grenada eine ausgesprochen feindselige Entwicklung in bezug auf die USA eingetreten sei. „Wir hörten zum Beispiel von Bausoldaten, einen Begriff, den wir bisher nicht kannten, und die mit Maschinenpistolen bewaffnet waren. Es gab auch viele andere Vorbereitungen der Subversion. Wir haben daraus die Konsequenz gezogen und haben in der UNO-Generalversammlung Stimmenthaltung geübt, um *deutlich zu machen, daß wir keine* Position gegen unsere amerikanischen Freunde beziehen.“

In der Umgebung Kohls wurde dar*auf hingewiesen, daß US-Botschafter*

GESPRÄCH

Burns bei der ersten Unterrichtung des Kanzlers nach der Besetzung Grenadas kein Wort über einen Hilferuf des Generalgouverneurs oder eine kubanische Militärpräsenz gesagt habe. Was Kohl inzwischen erfahren habe, wisse er aus der Presse. Wenn Washington die Bundesregierung vorher schon nicht habe konsultieren wollen, so hätte es Bonn wenigstens informieren sollen, hieß es.

Kanzlermitarbeiter wiesen darauf hin, daß die von Staatssekretär Boenisch vorgetragene erste Stellungnahme der Bundesregierung nicht nur sinngemäß, sondern sogar im Wortlaut mit Kohl und Bundesaußenminister Genscher abgestimmt worden sei. Es gebe hier keine Differenz zwischen Kanzleramt und Auswärtigem Amt. Der Kanzler habe ja auch in Tokio und unter Berufung auf den damaligen unvollständigen Informationsstand, auch noch in Jakarta, die Erklärung Boenischs wiederholt, wenn man die Bundesregierung vorher konsultiert hätte, hätte sie von der Intervention abgeraten.

Allerdings kann kein Zweifel daran bestehen, daß die inzwischen bekanntgewordenen Tatsachen das Verständnis Kohls für das Vorgehen Washingtons erheblich verstärkt haben. Dem hat auch Staatsminister Alois Mertes in seinem Gespräch mit der WELT Ausdruck gegeben (4. 11.). Diese positiver gewordene Einschätzung konnte Bonn nach Angaben aus der Umgebung Kohls jedoch nicht dazu veranlassen, als einziger EG-Partner in der Vollversammlung gegen die Grenada-Resolution zu stimmen. Die Bundesrepublik Deutschland, so heißt es, hätte sich in diesem Fall innerhalb der EG völlig isoliert, hätte vor der Weltöffentlichkeit den Eindruck eines „amerikanischen Satelliten“ erweckt. Davon hätte Washington keinen Vorteil gehabt. Immerhin hätten sich auch so treue Freunde Amerikas wie Großbritannien und Japan der Stimme enthalten.

Papst würdigt das Werk Luthers

■ Fortsetzung von Seite 1

In protestantischen Kreisen Italiens hat der Papst-Brief ein vorwiegend positives Echo gefunden, wenn auch darauf hingewiesen wird, daß der Geist dieses Dokuments bisher noch keineswegs alles Handeln der katholischen Kirche bestimme. Der Waldenser Theologe Bruno Corsani kommentierte: „Das Dokument scheint mir wichtig zu sein, weil es auf hoher Ebene das Ergebnis der neuesten – auch katholischen – Geschichtsschreibung über den deutschen Reformator akzeptiert. Freilich scheint mir auch ein gewisser Widerspruch zu bestehen zwischen einem Dokument wie diesem und anderen Äußerungen, vor allem aber Handlungen katholischer Autoritäten, die in die entgegengesetzte Richtung zielen – wie etwa das Verbot der Interkommunion von Christen verschiedener Kirchen und die Proklamierung des heiligen Jahres.“

Am 11. Dezember will Johannes Paul II. als erster Papst die evangelisch-lutherische Kirche besuchen: die in der Nähe der Via Veneto gelegene Christuskirche der deutschsprachigen evangelisch-lutherischen Gemeinde Roms. Auch diese Geste wird allgemein im Zusammenhang gesehen mit einer fortschreitenden Revision des katholischen Lutherbildes – ebenso wie die Teilnahme Kardinal Willebrands an den Luther-Gedenkfeiern in der „DDR“.

„Friedensinitiative“ will Bundestag belagern

Auf Aktionstreffen in Köln wurde härterer Kurs festgelegt / DKP ging optisch auf Tauchstation / „Konflikte mit dem Gesetz bewußt in Kauf nehmen“

WERNER KAHL, **Köln**

Das war nicht der Tag der Lila-*Halstuch-Gemeinde. Auf dem zweitägigen* Aktionstreffen der „Friedensbewegung“ in Köln führte der Weg zum überfüllten Auditorium der Pädagogischen Hochschule durch Buttonspaliere und flammendes Rot der marxistischen Informationsstände. Der parlamentarischen Demokratie wurde für den 21. November in Bonn der Kampf angesagt.

„Weiße Tücher in die Fenster“, forderte der Landesverband Baden-Württemberg der „Deutschen Friedensgesellschaft Vereinigte Kriegsdienstgegner“ (DFG/VK), der größten Organisation in der „Friedensbewegung“. Die DFG/VK ist nach den vom Verfassungsschutzbericht wiedergegebenen Erkenntnissen von der moskauhörigen DKP unterwandert. „Wir sind die neuen Parlamentäre“, heißt es in ihrem Aufruf, Leinentücher („sie überdauern den Winter“) – auch „an den Grenzen“, damit auch an der Nahtstelle zwischen der freien Welt und dem Sowjetimperium – herauszuhängen. Weiße Tücher gelten international als Zeichen des Verzichts auf Verteidigung und als Si*gnal zur Unterwerfung.*

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) war optisch auf Tauch*station gegangen*. Der Vorstand hatte die Parole ausgegeben, mehr sein als scheinen. Sichtbare Präsenz wurde abgebaut. Diejenigen unter den mehr *als 800 Aktionisten, die nach Köln* gekommen waren, um sich nur für den Frieden und nichts anderes als für den Frieden zu engagieren, sollten nach der Rückkehr sagen können: „Von der DKP haben wir nichts gemerkt. Die Genossen des Parteivorstandes wußten sich im Plenum und in den 16 Aktionsausschüssen, in denen der Widerstand programmiert wird, von den geschulten Funktionären der Jugendorganisation SDAJ bestens vertreten.

„Wir stehen vor der wichtigsten und schwierigsten Phase“, sagte Jo Leinen, Plenumsmoderator und Sprecher des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). Er verstand es, das brodelnde Auditorium in einem Zustand kontrollierter Spannung zu halten. Keiner solle draußen denken, so Leinen, mit der Widerstandswoche im Oktober sei das Werk des Protestes getan.

Die Probe aufs Exempel der *weitgreifende politische Ziele anpeilen*den „Friedensbewegung“ wird in der Bundestagsdebatte um die Nachrü*stung gesehen*. Der Terminkalender für die jetzt propagierten „neuen, schärferen Aktionen“, zu denen auch die Forderung nach Arbeitsniederlegungen in Betrieben bis hin zu „Schul- und Hochschulstreiks“ reicht, sieht so aus:

In den kommenden Tagen Abgeordnete telefonisch, durch Besuche und öffentliche Mahnungen ultimativ unter Druck setzen; Palamentarier, die nicht zu einem „Nein ohne Wenn und Aber“ bereit sind, an den Pranger stellen und am Vortag der Bundestagssitzung auch auf die Fraktionsbesprechungen einwirken. Um eine wirkungsvolle Belagerung und Blockierung des Bundeshauses zu erreichen, soll der „Tabubereich“ der Bannmeile gebrochen werden: Das Parlament einkesseln! Zugleich wurden die Grünen und Parlamentarier anderer Parteien aufgerufen, eine möglichst große Zahl von Unterstützern in das Bundeshaus einzuladen und einzuschleusen.

Mit der 4. Aktionskonferenz werde „ein mehrjähriges Unternehmen gestartet“, kündigte Jo Leinen an. Jede Gruppe müsse den Zeitraum von drei Jahren – die erwartete Aufstellungsphase der Pershing 2 als Perspektive vor sich sehen. In dieser Zeit sei gleichzeitig zu erwarten, daß sich „politisches Kapital“, das sich für Leinen aus Massenarbeitslosigkeit und Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche zusammensetzt, als Zündstoff ansammelt. Darauf will der Funktionärsapparat der „Friedensbewegung“ die Anhänger vorbereiten: durch stufenweise Entwicklung von einer Anti-Raketen- zu einer antimilitaristischen und schließlich zu einer sozialistischen Bewegung, die, so Leinen, schließlich die gegenwärtige Bundesregierung „in die Enge treiben“ kann.

Die „Basis“ drängt jetzt auf die Radikalisierung, wie aus einem Papier der „Basisgruppen“, zu der eine Fraktion in den „Vereinigten Deut*schen Studentenschaften (VDS)*“ gehört, hervorgeht.

„Nicht nur den Bundestag belagern“ lauten bereits weitergehende Forderungen: jeden Monat künftig ein „Aktionstag“. Dazu „Besetzungen“ von Forschungseinrichtungen, die der Landesverteidigung dienen, in der Diktion dieser Gruppen „Kriegsforschung“, worunter außer mathematisch-naturwissenschaftli*chen Fachbereichen auch Pädagogik*, Psychologie, Informatik und Jura fallen würden, weil sie „Bewußtseinsinhalte militarisieren“.

Auf Flugblättern nur durch den Vornamen „Ulrike“ gekennzeichnet, brachten „autonome Gruppen“ die Anführerin der ersten Terroristengeneration, Ulrike Meinhof, in Erinnerung. Sie wurde als geistige Wegführerin „vom Protest zum Widerstand“ zitiert. Es ist zugleich das Motto einer „Koordinationsstelle Ziviler Ungehorsam“ in Kassel geworden. Die Radikalisierung der Bewegung wurde zudem durch die Ankündigung verdeutlicht, daß die „Friedensbewegung“ bei ihren künftigen Aktionen „unberechenbar“ sein müsse und nicht mehr „kalkulier- und kanalisierbar“ sein dürfe.

Bedenken unter Jugendlichen, bei Aktionen zivilen und militärischen Ungehorsams mit den Gesetzen in Konflikt zu kommen, sollten in Köln zerstreut werden. Es sei „von jedem zu fordern, daß er sich über kleine Repressionen hinwegsetzt und Obrigkeitsängste und den Widerstand radikalisiert“.

Hohe Beteiligung an Wahlen in Türkei

AFP, **Ankara**

Die Beteiligung an den ersten allgemeinen Wahlen in der Türkei nach dreijähriger Militärherrschaft war am Sonntag bereits am frühen Morgen sehr hoch. Die insgesamt 20 Millionen Wahlberechtigten konnten zwischen den drei Parteien wählen, die von den Militärs zugelassen wurden. 13 andere neue Parteien fanden nicht die Billigung der Generale. Keine der ehemaligen politischen Parteien wurde legalisiert.

Berufssoldaten und Häftlinge hatten kein Stimmrecht. Die Wahlen waren von scharfen Sicherheitsvorkehrungen begleitet. In ländlichen Regionen brachte die Armee auch die Bewohner der entlegensten Gebiete, so die Überlebenden des Erdbebens in Ost-Anatolien, zu den Urnen.

Wende zum Besseren

fu (London) – Um mehr als 73 000 ist die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien im Oktober gefallen. Damit sind einschließlich Schulabgänger zwar immer noch 3,094 Millionen Briten ohne Arbeitsplatz, 13 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung. Dennoch muß diese Oktober-Statistik als eine der wichtigsten der letzten Jahre angesehen werden. Denn zum ersten Mal seit vier Jahren weist der Trend der Arbeitslosigkeit im Durchschnitt der letzten drei Monate saisonbereinigt nach unten.

Man mag solchen Tendenz-Betrachtungen skeptisch gegenüberstehen. Doch diesmal sprechen eigentlich alle Anzeichen dafür, daß die Wende zum Besseren zumindest erreicht worden ist. So handelt es sich um den stärksten Oktober-Rückgang der letzten fünf Jahre. Die den Arbeitsämtern mitgeteilten offenen Stellen sind außerdem im fünften Monat in direkter Reihenfolge gestiegen – saisonbereinigt auf 167 000, 47 Prozent mehr als im Oktober vergangenen Jahres.

Ebenso gestiegen ist die Zahl aller Beschäftigten in Großbritannien; die Überstunden in der britischen Wirtschaft nehmen zu bei gleichzeitigem deutlichen Abbau der Kurzarbeit, und der Anstieg der Jugend-Arbeitslosigkeit hat sich merklich verringert.

Natürlich werden jahreszeitlich bedingte Faktoren dafür sorgen, daß die Arbeitslosenzahl spätestens im Januar wieder merklich steigen wird. Doch alles deutet darauf hin, daß inzwischen ein – allerdings erschreckend hohes – Plateau erreicht worden ist, von dem aus es langsam bergab geht, vorausgesetzt, der Kurs zur Verbesserung der britischen Wettbewerbsfähigkeit wird von allen Beteiligten beibehalten.

Reinheit

Ha. – Einen Orden verdient hat der deutsche Europa-Abgeordnete Karl von Wogau. Es gelang ihm nämlich herauszufinden, daß sich andere EG-Länder bei der Zulassung importierter Lebens- und Genußmittel ähnlich „sperrig" verhalten, wie die Bundesrepublik beim Bier. In einem Schreiben an die EG-Kommission kritisierte der CDU-Politiker, daß Italien, Frankreich und Griechenland bei Nudeln ebenfalls eine Art von „Reinheitsgebot" praktizierten. Anderen europäischen Herstellern sei es unmöglich, sich die Vorteile des gemeinsamen Marktes zunutze zu machen. Während in der Bundesrepublik nämlich Teigwaren aus Weichweizen und Eiern gefertigt werden, lassen die Mittelmeerländer nur Spaghetti aus Hartweizen zum Verzehr zu. Was beim Bier gelten soll, muß nach Meinung von Wogau auch für andere Waren gelten. Ein Urteil sollte – falls keine gesundheitliche Gefährdung vorliegt – allein der Verbraucher fällen. Der Abgeordnete wird allerdings kaum eine Auszeichnung erhalten. Er ist nämlich ebenfalls strikter Gegner des deutschen Importverbots für „unreines" Bier.

Kamikaze-Politik

Von JOACHIM WEBER

Man stelle sich vor: Da zittern 17 000 Familien monatelang um das Überleben des Unternehmens, an dem ihre Versorgung hängt, da kämpft eine Landesregierung – als wäre dies ihre einzige Aufgabe – verbissen um jeden Pfennig, der dieses Überleben möglich macht, und auch um jede Möglichkeit, Härten für die Betroffenen zu vermeiden, und da schiebt schließlich auch eine Bundesregierung alle ordnungspolitischen (und etliche andere) Bedenken beiseite, um dem Unternehmen und damit der Region den Schicksalsschlag zu ersparen.

Und fünf Minuten vor Toresschluß, als endlich alle Hilfswilligen – Bund, Land, Banken – durch den Dauereinsatz eines Ministerpräsidenten unter einen Hut gebracht sind, da stellt sich der zuständige Gesamtbetriebsrat hin und verkündet, daß er nicht bereit sei, irgendwelche Kompromisse einzugehen, irgendwelche Opfer der Belegschaft zu akzeptieren, auch auf die Gefahr hin, daß mit dieser Weigerung das ganze Rettungsgebäude zusammenbricht. Horrormärchen, undenkbar? Keineswegs, sondern so geschehen in Sachen Arbed Saarstahl an diesem Wochenende.

Worum geht es? Nachdem Bund und Land weitere finanzielle Zugeständnisse in Höhe etlicher hundert Millionen Mark gemacht haben, nachdem auch die Banken mehr als 400 Millionen Mark zuzuschießen bereit sind, sollen noch die – bisher im Bundesvergleich sehr komfortablen – Sozialpläne für den unumgänglichen Belegschaftsabbau (um 5200 Mitarbeiter) der Finanzlage angepaßt werden.

Statt bisher 90 Prozent ihrer bisherigen Nettobezüge sollen die überwiegend durch Frühpensionierung ausscheidenden Mitarbeiter noch durchschnittlich 82 Prozent erhalten. Zudem werden durch das Austreten von Arbed aus dem Tarifverbund eine oder mehrere „Nullrunden" beim Lohn angestrebt. All dies wohlgemerkt, um überhaupt die Arbeitsplätze erhalten zu können.

Die Argumente des IG-Metall-beherrschten Gesamtbetriebsrats für sein hartes „Nein" sind nicht neu: Die Belegschaft habe in den vergangenen Jahren genügend Opfer gebracht, und zudem gehe es bei den Sozialplänen um Eingriffe in bestehende Verträge. Solche aber habe man sich schon im vergangenen Winter zur Genüge aufs Auge drücken lassen.

Beim hehren Hochhalten ihrer Prinzipien lassen die Betriebsräte freilich das Wichtigste außer acht: Bei der Rettung von Arbed Saarstahl geht es schon lange nicht mehr um die Aufrechterhaltung kapitalistischer Pfründe – die Milliardenbeträge, die bis dato an die Saar geflossen sind, wird das Unternehmen in Jahrzehnten nicht verdienen können. Einziges Ziel ist die langfristige Erhaltung von 12 000 Arbeitsplätzen, an denen 20 000 bis 30 000 weitere im wirtschaftlichen Umfeld hängen, für die Mitarbeiter und ihre Familien, mithin für die ganze Region.

Dabei will das Saarland, durch die Stahlmisere ohnehin am Rand jeglicher finanziellen Möglichkeiten, sogar die Mehrbelastung (rund 40 Millionen Mark bis 1995) für das schonende Verfahren der Frühpensionierung ab 50 Jahren (als Ersatz für die sonst fälligen Massenentlassungen) übernehmen. Zur Erinnerung: Nordrhein-Westfalen und Bremen, wo ähnliche Probleme anstehen, haben bisher jede Übernahme von Sozialplanlasten strikt abgelehnt.

„Mehr ist nicht drin", hat denn auch Ministerpräsident Werner Zeyer den Betriebsräten klargemacht. So heißt die Alternative jetzt schlichtweg: Alles oder nichts. Überlebt Arbed Saarstahl, dann sind nicht nur die 12 000 Arbeitsplätze gerettet, sondern auch 5200 Frühpensionäre ihrer Versorgung sicher. Wird das Unternehmen dagegen endgültig in die Pleite geritten, dann gehen alle 17 000 stempeln. Ihnen stehen dann nur 68 Prozent ihrer letzten Nettoeinkommen zur Verfügung.

Bis jetzt scheinen die IG Metaller davon wenig beeindruckt. Am heutigen Montag um 8 Uhr ist die Erklärungsfrist abgelaufen. Doch noch am Samstag versteifte sich der Betriebsrat auf eine Art unternehmensinterner Urabstimmung. Fast könnte man den Eindruck gewinnen, daß es bei solchen Manövern nicht mehr ums Saarland, sondern um eine bundesweite Gewerkschaftsstrategie geht. Und man könnte auch meinen, daß die Düsseldorfer Spitzenmetaller dem Standort Saar wohl keine großen Chancen mehr geben. Die betroffenen Mitglieder werden es sicherlich zu danken wissen.

HAUSHALTSAUSSCHUSS / Heute beginnt Hearing zu Begleitgesetzen des Etats 1984

Kommunale Spitzenverbände weisen auf erhebliche Einnahmeverluste hin

HEINZ HECK, Bonn

Schweres Geschütz fahren die drei kommunalen Sitzenverbände bei einer Anhörung im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages auf. Es geht um die Wirkungen des Bundeshaushalts 1984 und der Haushaltsbegleitgesetze auf Einkommen, gesamtwirtschaftliche Nachfrage und Beschäftigung. Insgesamt sind 19 Organisationen und Verbände – Bundesbank, Forschungsinstitute, Gewerkschaften und Spitzenverbände – eingeladen, sich heute und morgen dazu zu äußern.

Zu den vorab gestellten Fragen haben der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund in einer gemeinsamen Antwort auf die zu erwartenden „erheblichen Einnahmeverluste" hingewiesen, die zu einem weiteren massiven Rückgang der Investitionen führen würden. Die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) rechnet mit einem Rückgang der Sachinvestitionen der Gemeinden schon in diesem Jahr gegenüber 1981 von 37,9 auf 31,7 Milliarden Mark.

Allein die Bautätigkeit, so die kommunalen Verbände, werde 1983 um zehn bis 15 Prozent „unter dem bisherigen Tiefpunkt" 1977 liegen. „Auf keinen Fall" akzeptieren die Verbände die Entlastungsrechnung des Bundes, wonach sich als Folge der geplanten Verschiebung der Lohn- und Gehaltsanpassung im öffentlichen Dienst Einsparungen von 1,22 und 1,89 Milliarden Mark in den beiden kommenden Jahren für die Gemeinden ergäben.

Trotz der geplanten Verbesserung der Gemeindefinanzen durch die Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer (33,5 auf 34,5 Prozent) schlügen die Gesamtverluste aufgrund der Bonner Steuerbeschlüsse 1984 und 1985 mit 380 und 759 Millionen Mark zu Buche. Zum Ausgleich sollte vor allem die an Bund und Länder zu entrichtende Gewerbesteuerumlage gesenkt werden, heißt es.

Insgesamt gute Noten erhalten die Bonner Gesetzentwürfe, die im Dezember vom Parlament verabschiedet werden sollen, in einer gemeinsamen Stellungnahme der drei Spitzenverbände der Wirtschaft (Deutscher Industrie- und Handelstag, Bundesverband der Deutschen Industrie und Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände). „Mittelfristig gesehen wirkt ... eine glaubhafte und konsequent durchgehaltene Konsolidierungsstrategie insgesamt expansiv, und zwar nicht über zusätzliche Ausgaben, sondern über die Stärkung der Marktkräfte. Als Folge davon wird die Vertrauensbildung an den Währungs- und Kapitalmärkten den Außenwert der D-Mark stärken, einen stabilen Geldwert fördern und niedrigere Zinsen ermöglichen. Dies alles verbessert die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen und setzt sie in den Stand, Arbeitsplätze zu sichern und neu zu schaffen", heißt es in der Erklärung, die zwar nicht direkt auf die Fragen antwortet, aber Kritik an der Fragestellung des Ausschusses übt.

Die vorgesehenen Entlastungen seien zwar „ökonomisch richtig angelegt", doch hätte die Wirtschaft „eine oder nur wenige Schwerpunktmaßnahmen vorgezogen, die eine nachhaltigere Entlastung der Unternehmen bewirkt hätten. Die Halbierung der Wertansätze für das Betriebsvermögen wäre dazu geeignet gewesen." (Statt dessen wurde das verbliebene Entlastungspotential aus der Mehrwertsteuererhöhung auf Vermögen- und Gewerbesteuerermäßigung und Abschreibungserleichterungen verteilt.)

Nachdrücklich wenden sich die Verbände gegen zusätzliche öffentliche Ausgabenprogramme (erst recht gegen ihre Finanzierung durch Bundesbankgewinne) sowie gegen staatliche Zinssubventionen, die letztlich Investitionslenkung bedeuteten und wegen der „Mitnahmeeffekte" von nur geringer Wirkung seien.

Überwiegend skeptisch und kritisch sind dagegen auch die DAG und der Deutsche Beamtenbund (DBB). Letzterer verspricht sich von den steuerlichen Entlastungen nicht „unmittelbar und zwingend" Erweiterungsinvestitionen, sondern fürchtet auch wegen der demographischen Entwicklung „eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit".

US-AKTIENMÄRKTE

Streit über Schuldenberg schürt die Zinsfurcht

H.-A. SIEBERT, Washington

Ein Bild der totalen Konfusion bieten die US-Aktienmärkte. Das ist nicht verwunderlich, angesichts der schwer zu verstehenden Auseinandersetzungen im Senat über die Anhebung der Verschuldungsgrenze des amerikanischen Bundes und des sich verschärfenden Streites über den Abbau der Rekordhaushaltsdefizite innerhalb der republikanischen Partei. Öl ins Feuer hat noch der Zins-Guru der Wall Street, Henry Kaufman von Salomon Brothers, gegossen, der ein erneutes Anziehen der Kreditschraube durch das Federal Reserve Board für die nächsten Monate voraussagte.

Durch ihre Weigerung, dem US-Schatzamt die Emission neuer Schuldverschreibungen zur Defizitfinanzierung – das Repräsentantenhaus beschloß bereits eine Heraufsetzung des Limits von 1,39 auf zunächst 1,45 Billionen Dollar – zu erlauben, wollen streng konservative Senatoren den Kongreß zu Ausgabenkürzungen zwingen. Das kann dazu führen, daß die Treasury Mitte dieses Monats keinen Cent mehr in ihrer Kasse hat. Auktionen mußten verschoben werden.

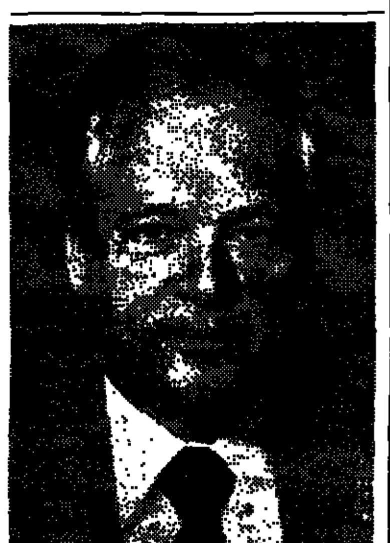
Letztlich müssen die standhaften Senatoren das Handtuch werfen. Aber die Börse befürchtet, daß die dann massiert ausgegebenen Bills, Notes und Bonds Engpässe an den Finanzmärkten auslösen und die Zinsen steigen. In diesem Jahr stehen nur noch 36 „trading sessions" an, allein 20 benötigt das Schatzamt, um 180 Milliarden Dollar unterzubringen. Der Bargeldbedarf beträgt etwa 30 Milliarden Dollar. Drei- und sechsmonatige Treasury Bills verteuerten sich Freitag von 8,66 auf 8,81 und von 8,79 auf 8,95 Prozent.

Torpediert hat Präsident Reagan auch den neuesten Plan des republikanischen Vorsitzenden des Finanzausschusses im Senat, Robert Dole, das Budgetdefizit in drei Jahren um 150 Milliarden Dollar durch höhere Steuern und Opfer in der Sozialversicherung sowie bei der Einkommenssicherung der Farmer zu reduzieren. Das Weiße Haus ließ keinen Zweifel daran, daß es jede neue Abgabenlast mit einem Veto beantworten wird. Die Wall Street sieht in diesem Schlagabtausch eine Bestätigung dafür, daß es vor 1985 keine Defizitlösung geben wird.

Wegen der Zinsangst schoß der Dollar am New Yorker Platz auf 2,67 Mark. Der Dow-Jones-Industrie-Index sackte im Wochenverlauf um 5,19 (Freitag: minus 8,84) auf 1218,29, der breitere Nyse-Index um 0,51 (0,56) auf 93,77 Punkte. Damit sind die US-Aktienmärkte wieder auf ihrem Frühjahrsniveau. Broker rechnen mit einer Wende, wenn die gegen Jahresende üblichen Gewinnmitnahmen und Portefeuille-Korrekturen abgeschlossen sind.

Für eine Kurserholung sprechen die Unternehmensgewinne. Im dritten Quartal registrierten 500 US-Konzerne eine Zunahme um 29 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal. Höhere Umsätze verbuchten im September die Warenhäuser; die Auftragseingänge stiegen um 1,5 Prozent.

AUF EIN WORT



„Als Naturwissenschaftler und Ingenieure tragen wir besondere Verantwortung für eine menschengerechte Umwelt. Die Stahlindustrie hat seit Jahrzehnten hierin eine Vorreiterrolle übernommen."

Dr. G. Theodor Wuppermann, Vorsitzender des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute, Düsseldorf. FOTO: DIE WELT

Gegen Verkürzung der Arbeitszeit

Mk. Bonn

Nach einer Umfrage des Europaverbands der Selbständigen lehnen 90 Prozent der Selbständigen eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit ab. Nur elf Prozent der Befragten rechnen damit, daß durch eine solche Maßnahme zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen würden. Auf die Frage, ob die Verkürzung der Lebensarbeitszeit eine Teillösung der Arbeitslosigkeit bedeute, antworteten 59 Prozent mit Nein. Wenn der Arbeitgeber einen Teil der Kosten dieser Maßnahme tragen müßte, würden nur noch 22 Prozent der Befragten Arbeitnehmer einstellen, die älter als 40 Jahre sind. 69 Prozent würden nur noch jüngere Arbeitskräfte berücksichtigen. Dagegen meinten 53 Prozent, daß mehr Teilzeitarbeitsplätze zur Lösung des Problems beitragen könnten.

EG-FORSCHUNGSMINISTER

„Esprit" muß jetzt noch finanziell dotiert werden

WILHELM HADLER, Brüssel

Gute Vorarbeit für den Athener EG-Gipfel haben am Wochenende die Forschungsminister der Gemeinschaft geleistet. Nach monatelangem Hin und Her gelangen ihnen die noch offenen Detailfragen des geplanten Forschungsprogramms „Esprit" (European Strategic Programm for Research and Development in Information Technologies) zu klären. Es soll Europa den Anschluß an die technologische Entwicklung in den USA und Japan sichern helfen.

Den Staats- und Regierungschefs bleibt damit Anfang Dezember nur noch die Entscheidung über die finanzielle Dotierung. Sie wird davon abhängen, ob inzwischen auch in den anderen Bereichen der geplanten EG-Reform (Agrarpolitik, finanzielle Lastenverteilung) Fortschritte zu verzeichnen sind. Acht Delegationen waren bereits am Samstag gewillt, endgültig „grünes Licht" für „Esprit" zu geben. Sie haben sich auf einen Finanzbetrag von 700 Millionen Ecu für fünf Jahre (rund 1,58 Milliarden Mark) verständigt, wobei ein gleich hoher Betrag von den an dem Forschungsprogramm interessierten Unternehmen aufgebracht werden soll.

Die Bundesrepublik und Großbritannien machten ihre Zustimmung zu diesem Kompromiß davon abhängig, daß beim bevorstehenden EG-Gipfel die Weichen in Richtung auf mehr Sparsamkeit in der Agrarpolitik gestellt werden.

„Esprit" wird gemeinsam mit der Industrie verwirklicht, was Praxisbezogenheit sichern soll. Eine der umstrittenen Fragen war die Beteiligung nichteuropäischer Firmen. Die Kompromißformel lautet, daß alle Firmen Zuschüsse erhalten können, deren Forschung für die EG von besonderem Interesse ist.

VEREINIGTE STAATEN

Weniger Arbeitslose, aber Zweifel an der Statistik

H.-A. SIEBERT, Washington

In den USA hat sich die Arbeitslosenrate im Oktober wieder sprunghaft verringert – diesmal von 9,3 auf 8,8 Prozent. Damit sind seit Dezember, als die Quote am Ende der Rezession 10,8 Prozent erreichte, mehr als 2,8 Millionen Arbeitsplätze geschaffen worden. Die Zahl der amerikanischen Bürger ohne Job verringerte sich seitdem von zwölf auf 9,9 Millionen. Hinzu kommen allerdings 5,7 Millionen Kurzarbeiter und immer noch 1,7 Millionen Amerikaner, die die Suche nach einem Arbeitsplatz aufgegeben haben.

Hinter die neuesten Statistiken muß jedoch ein Fragezeichen gesetzt werden. Es fehlen 553 000 Arbeiter; plötzlich geschrumpft ist die Gesamtbeschäftigung von rund 101,9 auf 101,6 Millionen, was niemand erklären kann. Die Zahl der Beschäftigten soll seit dem Höchststand der Unterbeschäftigung im Dezember nur um 0,6 Prozent gewachsen sein. Das ist aber unwahrscheinlich: Bei dem kräftigen Konjunkturtempo hätte die Zunahme 1,7 Prozent betragen müssen.

Unter diesen Umständen wäre die US-Arbeitslosenrate im Oktober mit 9,8 Prozent viel höher ausgefallen. Dieser Widerspruch vergrößert die Zweifel an der Verläßlichkeit der Erfassungsmethode; ermittelt werden in Amerika die Zahlen durch Umfragen bei 60 000 Haushalten. Würden sie stimmen, dann wäre der US-Arbeitsmarkt den Prognosen weit voraus: Erst im Dezember 1984 sollte die Quote auf 8,7 Prozent sinken.

Vermutlich werden die November-Zahlen korrigiert. In jedem Fall hat sich der US-Arbeitsmarkt gut erholt. Bei den Männern sank die Arbeitslosenrate von 8,7 auf 8,2, bei den Frauen von 7,8 auf 7,4 und bei den Teenagern von 21,8 auf 21,6 Prozent.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Beirat für SMH-Bank bestellt

Frankfurt (dpa/VWD) – Aus dem Kreis des deutschen Kreditgewerbes ist ein Beirat für das Privatbankhaus Schröder, Münchmeyer, Hengst + Co. (Frankfurt, Offenbach, Hamburg) bestellt worden, dem der Bankier Reinhard C. Schroeder vom Bankhaus Georg Hauck und Sohn vorsteht. Dem Beirat gehören außerdem die Bankiers Thomas Wegscheider von der Bank für Gemeinwirtschaft, Piet-Jochen Etzel von der Dresdner Bank, Helmut Guthardt von der DG-Bank und Ernst-Otto Sandvoß von der DGZ-Bank an. Das teilte das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen in Frankfurt nach einer Sitzung des Auffangkonsortiums bri der in finanzielle Schwierigkeiten geratenen SMH-Bank engagierten Kreditinstitute mit.

Weg der Kurse

	4. 11. 83	28. 10. 83
Boeing	39,125	38
Chrysler	26	27
Citicorp	33,25	30,875
Coca-Cola	53,25	52,50
Exxon	38,25	38,25
Ford Motors	63,375	66,25
IBM	122,125	127,875
PanAm	7,75	7,5
US Steel	26,875	27,50
Woolworth	35	35,75

Hohe Arbeitslosigkeit

Paris (J. Sch.) – Die Lage am französischen Arbeitsmarkt hat sich weiter verschlechtert. Zwar ging die Zahl der Stellensuchenden im September saisonbereinigt um 0,1 Prozent auf 2,033 Millionen leicht zurück. Gleichzeitig aber schrumpfte das Stellenangebot um 12,9 Prozent auf 56 500. Das waren 32,9 Prozent weniger als vor einem Jahr.

Neuer Anlauf gefordert

Bonn (rtr) – Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat erneut sein Bedauern über das Scheitern einer Fusion der Stahlunternehmen Thyssen und Krupp ausgesprochen. Im Zweiten Deutschen Fernsehen sagte Lambsdorff am Sonntag, die Fusion hätte zwar wettbewerbspolitische Fragezeichen gesetzt, doch hätten sich andererseits Rationalisierungsvorteile von 400 bis 500 Millionen Mark jährlich ergeben. In derselben Sendung riefen der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau und der Oppositionsführer Bernhard Worms zu einem neuen Anlauf auf, alle Beteiligten an einen Tisch zu bringen.

Höheres Defizit

Washington (Sbt.) – Das Defizit in der US-Leistungsbilanz wird 1983 noch höher als befürchtet ausfallen. US-Handelsminister Malcolm Baldrige geht jetzt von 35 Milliarden Dollar aus – fünf Milliarden Dollar mehr als ursprünglich von ihm vorausgesagt. Im vergangenen Jahr betrug das Minus 11,2 Milliarden Dollar. Baldrige begründete die Zunahme mit dem Rekorddefizit im Warenverkehr, das auf Zahlungsbilanzbasis im dritten Quartal auf 17,9 Milliarden Dollar schnellte. Nach dieser Korrektur muß das US-Leistungsbilanzdefizit 1984 mindestens mit 45 Milliarden Dollar zu Buch schlagen.

Bleifrei reicht nicht

Hamburg (dpa/VWD) – Die Verwendung von bleifreiem Benzin garantiert nur dann eine geringere Umweltbelastung durch Autoabgase, wenn dieser Sprit in Wagen mit katalytischer Abgasreinigung eingesetzt wird. Das betonte der Vorsitzende des Mineralölwirtschaftsverbandes (MWV), Klaus Marquardt, in einem dpa/VWD-Gespräch im Zusammenhang damit, daß am Montag eine freie Tankstelle in München unverbleites Normal- und Superbenzin – allerdings teurer als herkömmliche Sprit – anbieten will.

Londoner Kassapreise

	4. 11. 83	28. 10. 83
Kupfer (£/t)	919	936,5
Blei (£/t)	273	280,5
Zink (£/t)	581,625	585,5
Zinn (£/t)	8580	8580
Gold ($/Unze)	382,375	386,625
Silber (p/Unze)	599,05	602,15
Kakao [1] (£/t)	1468,5	1422,5
Kaffee [2] (£/t)	1838,5	1846
Zucker (£/t)	137	144
Kautschuk (p/kg)	79	78,50
Wolle (p/kg)	401	401
Baumwolle [3] (cts/lb)	89,05	88,75

[1] Abladung März; [2] Abladung Januar; [3] A-Index-Preis Liverpool

IBH-VERGLEICH

Stadt Hannover verspricht Hanomag umfassende Hilfe

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Stadt Hannover will alles tun, um die gut 2600 Arbeitsplätze der Hanomag GmbH zu erhalten. Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg erklärte im Anschluß an eine Sondersitzung des Verwaltungsausschusses am Samstag, wichtigstes Ziel aller Beteiligten bleibe die „kurzfristige Fortführung des Betriebs". Hanomag-Geschäftsführer Wolfgang Freimuth hatte am Freitagabend beim Amtsgericht Hannover Vergleich anmelden müssen, nachdem die Muttergesellschaft, die Mainzer IBH-Holding, zahlungsunfähig geworden war.

Der Verwaltungsausschuß, so Schmalstieg, sehe reelle Chancen, das traditionsreiche Unternehmen zu erhalten. Allerdings könnten zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussagen über Hilfsmaßnahmen der Stadt und des Landes Niedersachsen getroffen werden. Zunächst müsse abgewartet werden, zu welchen Ergebnissen der vom Amtsgericht bestellte Vergleichsverwalter, Egon Kretschmer, kommt. Kretschmer, der diese Funktion bereits bei der hannoverschen Pelikan AG wahrgenommen hatte, will möglichst schnell ein Konzept erarbeiten.

Entscheidend für die Weiterführung von Hanomag ist nach übereinstimmender Meinung aller Beteiligten die Frage, ob die Banken nach dem Desaster der IBH-Hausbank SMH weiter Kreditlinien bereitstellen. Dies wiederum dürfte davon abhängig gemacht werden, ob Hanomag aus dem IBH-Konzern herausgelöst und verselbständigt werden kann. Aufschluß darüber könnte die außerordentliche Aufsichtsratssitzung der IBH-Holding bringen, die für kommenden Dienstag nach Frankfurt einberufen wurde.

DEUTSCHE BUNDESBAHN / Arbeitsgruppe in Sorge um die Finanzsituation

Bundesregierung muß rasch handeln

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Es liest sich schon dramatisch, was der Bankier Hermann-Josef Abs, der früher auch Verwaltungsrats-Vorsitzender der Deutschen Bahn war, nach der Sitzung einer Arbeitsgruppe zur finanziellen Entwicklung des Bundesunternehmens aufgeschrieben hat. Von „größter Sorge" ist da die Rede. Und: „Zögerliches und kompromißhaftes Handeln ist nicht mehr vertretbar."

Zwei Schwachstellen hat die Arbeitsgruppe, der neben Verkehrsexperten auch das Direktoriumsmitglied der Bundesbank, Claus Köhler, und Hans Hermann Reschke, der sich bis vor einem Jahr im Bahn-Vorstand um die Finanzen gekümmert hat und jetzt Privatbankier ist, geortet: So „muß" die auf das Bundeseisenbahnvermögen gegenständlich beschränkte Haftung des Bundes für die Verbindlichkeiten der Bahn nach dem Eisenbahngesetz entfallen. Auch die dramatisch gestiegene Verschuldung gefährde die Kreditfähigkeit der Bahn.

„Legt man die gegebene Bilanzlage und die herrschenden Tendenzen zugrunde, dürfte die Bahn für die Aufnahme von Krediten mit Laufzeiten von zehn Jahren und mehr schon jetzt fraglich werden. Konkrete Anzeichen deuten darauf hin, daß dies vor allem an den internationalen Kapitalmärkten nicht unbemerkt geblieben ist." Dies könnte, so heißt es weiter, schon in naher Zukunft dazu führen, daß die Fungibilität von Bahn-Anleihen und -Schuldscheinen beeinträchtigt wird.

Die mit der Verschuldung verbundene Zinslast verhindere eine Stabilisierung der Gewinn-und-Verlust-Rechnung. Wörtlich: „Kein Unternehmen kann eine echte Zinslast (nach Bundesleistungen) von über zehn Prozent eigenen Erlösen (sieben Prozent bezogen auf Erlöse einschließlich Bundesleistungen) erwirtschaften."

Der Hauptgrund: die unzureichende Kapitalzuführung des Eigentümers, also des Bundes, in den vergangenen zwölf Jahren. So habe die Bahn von 1970 bis 1982 Verluste von 5,3 Milliarden Mark durch Kredite finanzieren müssen. Hinzu kämen 8,8 Milliarden aufgrund zu niedriger Abschreibungen.

Dieses Versäumnis von 14 Milliarden müsse „unverzüglich" korrigiert werden. „Allerdings würde eine zusätzliche Übernahme allein von Zinslasten durch den Bund nur das Problem der Ertragsrechnung lösen, nicht dagegen die Finanzstruktur der Bahn verbessern." Im Bahn-Konzept der Bundesregierung ist eine Milliarde für die Übernahme der Zinsen für Kredite von zwölf Milliarden im Rahmen der plafondierten Bundesleistungen von 13,3 Milliarden vorgesehen. Da der Bundeshaushalt direkte Zuschüsse in der erforderlichen Höhe nicht hergibt, plädiert die Abs-Gruppe für Kapitalaufstockungsanleihen.

ÖSTERREICH / Beschäftigung geht zurück

Aussichten bleiben schlecht

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Der Beschäftigungsrückgang in Österreich hält unvermindert an. Lediglich während der Sommermonate kan es zu der üblichen saisonal bedingten Entspannung auf dem Arbeitsmarkt. Im August jedoch setzte ein neuerlicher Rückgang ein, der sich im September sogar verstärkte.

Per Anfang Oktober waren in Österreich insgesamt 2,776 Millionen unselbständig Erwerbstätige gemeldet. Das ist gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um 30 298 oder rund 1 Prozent und der tiefste Stand seit 1977. Gegenüber dem August ist der Beschäftigtenstand um 18 294 Personen oder 0,65 Prozent gesunken. Der Anteil der Gastarbeiter ging von 5,9 auf 5,4 Prozent zurück. Nur die Zahl der Beamten hat merklich zugenommen. Gleichzeitig stieg auch die Zahl der Arbeitlosen um 6,6 Prozent auf fast 94 000 Personen an.

Die Arbeitslosenrate lag damit bei 3,3 Prozent (August: 3 Prozent), saisonbereinigt erreichte sie jedoch bereits 5,2 Prozent. Dabei hat sich der neuerliche Beschäftigtenrückgang aber insofern noch nicht in der Arbeitslosenstatistik ausgewirkt, als sich gleichzeitig auch das Arbeitskräfteangebot verringert hat.

Auf Grund unterschiedlicher Erfassungs- und Berechnungsmethoden sind die österreichischen Arbeitslosenzahlen *jedoch nur bedingt international vergleichbar*. Wie eine Erhebung ergeben hat, liegt nämlich die Zahl der arbeitssuchenden Österreicher jeweils um gut die Hälfte höher als die offiziell ausgewiesenen Arbeitslosenziffern. Nach Einschätzung der Wirtschaftsforscher ist die stark steigende Zahl der amtlich nicht erfaßtem Arbeitölosen sogar mit 70 000 bis 75 000 anzunehmen, zu denen noch an die 3000 Lehrstellen suchende Jugendliche kommen, die keinen Ausbildungsplatz finden. Für Jugendliche wird es immer schwieriger, eine Beschäftigung zu finden. Binnen Jahresfrist ist der Anteil der Jugendlichen bis zu 25 Jahren an den Gesamtarbeitslosen von 26 auf 27 Prozent gestiegen.

Die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt bis in das nächste Jahr hinein werden von den Experten eher ungünstig beurteilt. Zum einen müsse erneut mit einem Anpassungsschub der Beschäftigung im Winterhalbjahr gerechnet werden, weil die Unternehmer den saisonbedingten Abbau von Arbeitskräften zum Verringern ihrer Belegschaft auch auf mittlere Sicht nützen. *Zum anderen* bedeutet das Belastungspaket der Regierung zur Defizitstabilisierung des Budgets aber nicht nur eine Wachstumsbremse von etwa einem Prozentpunkt, sondern auch einen Anstieg der Arbeitslosigkeit um einige Zehntelprozentpunkte auf durchschnittlich 5,5 *Prozent 1984*.

CHEMIE / Italien hat als einziges westliches Industrieland ein Außenhandelsdefizit

Wandel des Weltmarktes vernachlässigt

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Italien wird auch in diesem Jahr als einziges westliches Industrieland ein Defizit im Chemie-Außenhandel aufweisen. *Rationalisierungsanstrengungen* in allen Bereichen und Bemühungen um verstärkte Präsenz in der Fein- und Sekundärchemie sollen aber, wie der Präsident des Verbandes der Italienischen Chemieindustrie (ASCHIMICI) in Mailand, Gianni Varasi, gegenüber der WELT erklärte, in den nächsten Jahren langsam zur Verminderung des Fehlbetrages führen.

Im Jahre 1982 standen einer Chemieausfuhr von 6737 Milliarden Lire (10,7 Milliarden Mark) (plus fünf Prozent) Einfuhren im Wert von 10 047 Milliarden Lire (plus 14 Prozent) gegenüber, womit das Defizit von 2414 auf 3310 Milliarden Lire und sein Anteil am Inlandsverbrauch von chemischen Erzeugnissen von acht auf 9,8 Prozent zunahm.

Die Gründe für die in den letzten Jahren konstante Verschlechterung der Außenhandelssituation liegen, was die Petro- und Basischemie anbelangt, vor allem in dem Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der verspäteten Kapazitäts- und Personalanpassung der italienischen Produzenten an die am Weltmarkt eingetretenen Veränderungen. *Erst vor wenigen Monaten gelang es* dem privaten Chemiekonzern Montedison, den Großteil seiner Kunststoffkapazitäten an die Chemietochter des staatlichen Energiekonzerns *Eni, Enichimica, abzutreten.*

Dafür steht Enichimica jetzt vor dem Zwang, im Rahmen eines neuen Sanierungs- und Sozialplans Anlagen und Arbeitsplätze marktkonform zu reduzieren. In der Sekundär- und Feinchemie ist es vor allem die vergleichsweise geringe Innovation und Investitionskraft der italienischen Unternehmen, die bisher einer stärkeren Aktivität auf diesem Gebiet entgegenstand. Ein Handikap für die italienischen Firmen der Branche ist auch die in zahlreichen Bereichen der Fein- und Sekundärchemie überra*gende Marktstellung der italienischen* Zweigwerke ausländischer Chemiemultis. Im Durchschnitt der gesamten Primär- und Sekundärchemie beläuft sich der italienische Exportanteil gegenwärtig erst auf 22 Prozent der Produktion gegenüber beispielsweise 47 Prozent in der Bundesrepublik Deutschland und immerhin 36 Prozent in Frankreich.

Den Weg aus der Krise und der Abhängigkeit von der ausländischen Konkurrenz sieht Verbandspräsident Gianni Varasi daher in erster Linie in der Spezialisierung der Basisproduk*tion, wobei das Produkt-Abgren*zungsabkommen Montedison-Enichimica als entscheidender Schritt auf dem richtigen Weg angesehen wird, sowie in der Fein- und Sekun*därchemie, die „Internationalisierung"* und Entprovinzialisierung der italienischen Produktion durch Abschluß von Kapitalverflechtungs- und Kooperationsvereinbarungen mit ausländischen Partnern.

Beispiele für diese internationale Verflechtung der italienischen Chemie sind das vor wenigen Monaten zwischen Montedison und dem US-Konzern Hercules abgeschlossene Polypropylen-Abkommen sowie die Kooperationsgespräche, die derzeit zwischen Montedison und den japanischen Konzernen Sumitomo Chemicals und Asahi Glass im Gange sind. Allerdings haben diese Bemühungen um ausländische Partnerschaft nur Erfolg, wenn auf italienischer Seite konkrete Rentabilitätsaussichten geboten werden. Der Fall der Joint-Venture-Vereinbarung zwischen dem staatlichen Energiekonzern Eni und der US-Firma Occidental Petroleum, die wieder gelöst wurde, weil Eni diese Rentabilität nicht zu garantieren vermochte, zeigt, daß die „Internationalisierung" nur eine Chance hat, wenn sich die italienischen Partner an die harten ausländischen Rationalisierungsgeflogenhei*ten anzupassen bereit sind.*

MATERIALWIRTSCHAFT / Noch Ertragsreserven

Bei Einkauf und Lager sparen

PETER WEERTZ, Berlin

Über die nach ihrer Ansicht noch „ungenutzten Chancen" im Einkauf und der Vorratshaltung haben in Berlin die Mitglieder des Bundesverbandes Materialwirtschaft und Einkauf e. V. diskutiert. Erhebliche Rationalisierungsreserven und Kostenersparnis erkennt Prof. Jürgen Bloech (Universität Göttingen) vor allem bei den Mittel- und Kleinbetrieben im Einkauf und der Lagerwirtschaft. Der Computer mache es schon seit Jahren möglich, Fehlerquellen zu entdecken und die Rationalisierungsmöglichkeiten voll auszuschöpfen. Bei den „ungenutzten Chancen" weist er besonders auf Vorratsdisposition, Einkauf, innerbetriebliche Transporte, Reststoffverwertung und Entsorgung hin.

Wissenschaftler und Praktiker machten auf die Einsparung von Firmenkapital in Milliardenhöhe aufmerksam. Die Reduzierung der „Kapitalkosten" bei den Lagerbeständen erfordere außerdem eine permanente Verringerung der Materialvorräte.

Zitiert wurden in der Diskussion Beispiele aus japanischen Unternehmen, die in der Verringerung der Lagerkosten wie auch in der Disposition als vorbildlich gelten. Zur Mobilisierung unerwarteter Kapitalreserven erörterten die Teilnehmer der Tagung das besonders in Japan entwickelte Prinzip einer durchgängigen Versorgungskette in der Materialwirtschaft der Unternehmen.

In der Diskussion betonten die Teilnehmer, daß Einkäufer und Materialdisponenten die Entwicklung der Warenmärkte stärker als bisher berücksichtigen sollten. Zur Zeit kontrollierten noch zu wenige Unternehmen, ob ihre Materialwirtschaft funktioniere. Die Einkaufs- und Vorratswirtschaft sei jedoch ein Teil der Unternehmensstrategie und eine Herausforderung für die Zukunft der Betriebe.

ITALIEN / Untersuchung der Zentralbank

Leichte Konjunkturbelebung

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienische Wirtschaft erlebt neuerdings eine leichte Aufwärtsentwicklung. Eine Trendwende ist aber noch nicht in Sicht und wird auch ausbleiben, solange keine konkreten Fortschritte in der Stabilisierung des Haushalts und der Lohnkostenentwicklung erreicht worden sind. Das ist die Quintessenz einer Konjunkturuntersuchung, *die jetzt die italienische* Zentralbank in ihrem neuen „Wirtschaftsbulletin" veröffentlicht hat, das künftig zweimal jährlich (Ende Oktober und Ende Februar) erscheinen wird.

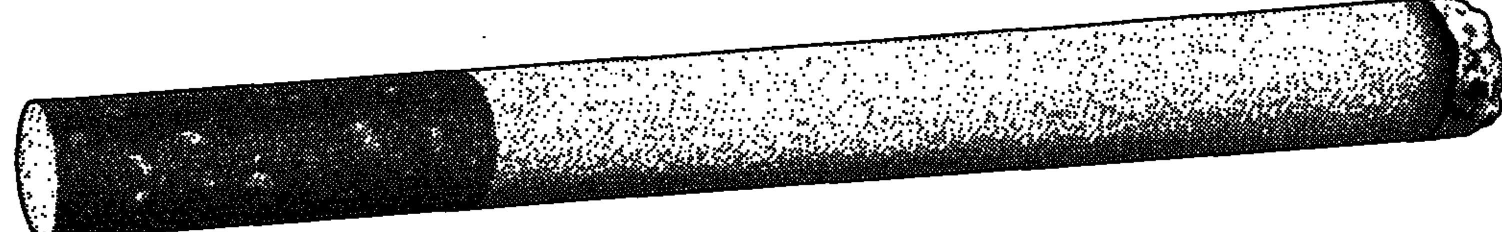
Mit dem Bulletin und dem Jahresbericht, der traditionsgemäß Ende Mai vorgelegt wird, will die Banca d'Italia in Zukunft in regelmäßigen Abständen zu Konjunkturfragen Stellung nehmen. Offizielle Konjunkturprognosen sind in Italien bisher nur von der Regierung selbst und von dem staatlichen Konjunkturinstitut *Isco aufgestellt worden. In der Wirt*schaft war das Bedürfnis nach einer unabhängigen, aber fundierten Stellungnahme und Voraussage daher schon lange vorhanden.

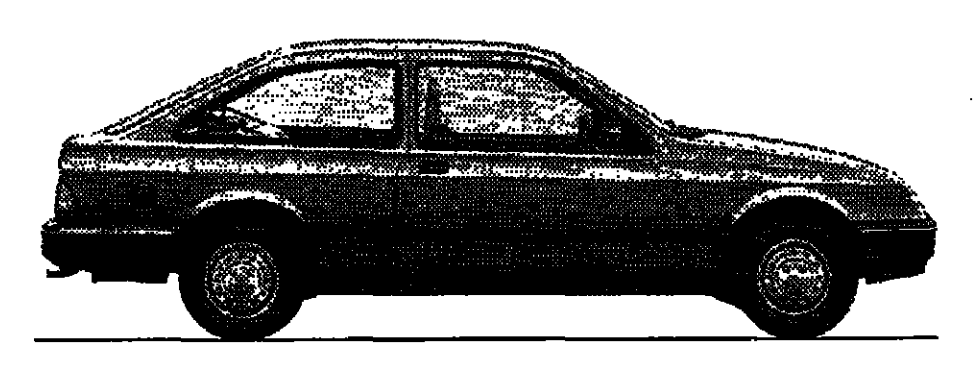
Was die Anlageinvestitionen anbelangt, rechnet die italienische Zentralbank bis zum Jahresende hinaus mit der Fortdauer der bisherigen Schwächetendenz, wobei im Jahresdurchschnitt mit einer Abnahme gegenüber 1982 von real 5,8 Prozent gerechnet wird. Eine Belebung nach einem negativen ersten Halbjahr und einem ebenfalls noch von Stagnation *gekennzeichneten dritten Quartal* dürfte der Zentralbank zufolge dagegen im Falle der privaten Konsumnachfrage eintreten. Auf das ganze Jahr berechnet, wird diese laut Banca d'Italia nur um 0,8 Prozent abnehmen. Für das Bruttoinlandsprodukt wird ein Rückgang von 1,2 Prozent erwartet.

Ebenfalls im Anwachsen ist die Ausfuhr. Hier hat sich seit dem Ende der Sommerpause die vorher nur flache Kurve wieder aufgerichtet, so daß im Jahresdurchschnitt inzwischen eine reale Zunahme von 1,4 Prozent als wahrscheinlich gilt. Weniger ausgeprägt ist diese Erholung auf der Einfuhrseite. Die langsame Wiederauffüllung der Läger hat aber auch hier begonnen ihre Wirkung zu zeigen, so daß für das ganze Jahr der Importrückgang real nur noch auf 0,5 Prozent geschätzt wird.

Wesentlich weniger positiv verläuft in den Augen der italienischen Zentralbank dagegen die Preisentwicklung: In diesem Fall rechnet die Banca d'Italia mit einer Inflationsrate von durchschnittlich 15 Prozent (16,7 Prozent im Jahre 1982), wobei die Verbraucherpreise am Jahresende die von Ende Dezember 1982 um 13,5 Prozent überschreiten dürften. Das heißt, daß die regierungsamtliche Inflationsleitlinie im ersten Fall um zwei und im zweiten Fall um 3,5 Punkte überschritten wird.

Verantwortlich für die verzögerte Stabilisierung sind laut Banca d'Italia vor allem das weiter hohe Haushaltsdefizit und die starke Zunahme der Lohnstückkosten (25 Prozent *zwischen Mitte 1982 und Mitte 1983*).







MAROKKO / IWF leitete Schuldenkonferenz

Neue Kredithilfe für Rabat

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Nachdem Marokko Ende Oktober von seinen zwölf wichtigsten Gläubigerstaaten – vor allem Frankreich, aber auch die Bundesrepublik – die Umschuldung der 1983 und 1984 fällig werdenden Verbindlichkeiten von rund *600 Millionen Dollar* zugesagt erhalten hatte, erklärten sich die Regierungsvertreter dieser Staaten und die Weltbank jetzt bereit, dem Land neue Kredite von von 530 Millionen Dollar einzuräumen. Dies verlautet am Sitz der europäischen Niederlassung des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Paris.

Es ist das erste Mal, daß der IWF eine derartige Schuldenkonferenz geleitet hat. Er selbst hatte Ende September Marokko einen Kredit von 315 Millionen Dollar zugestanden. Die vorangegangenen Schuldenverhandlungen waren im Rahmen des „Pariser Clubs" geführt worden, einer inoffiziellen vom französischen Schatzamt präsidierten westlichen Gläubigerveranstaltung, der sich diesmal Saudi-Arabien angeschlossen hatte.

Die gesamte Auslandsschuld Marokkos wird auf derzeit 10,5 Milliarden Dollar veranschlagt. Für dieses Jahr wird ein Leistungsbilanzdefizit von zwei Milliarden Dollar erwartet. An neuen Krediten hat Rabat von den Gläubigerländern (ohne IWF) 700 Millionen Dollar beantragt. Ob*wohl dem nicht voll stattgegeben* wurde, erklärte der marokkanische Finanzminister Juhari nach der Konferenz, daß sein Land nunmehr wohl bis Ende 1984 keine Zahlungsprobleme mehr zu befürchten brauche.

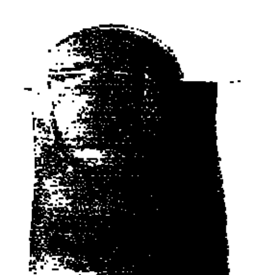
Dank der IWF- und Weltbankbeteiligung an der Marokko-Hilfe kann Rabat damit rechnen, daß sich auch die internationalen Banken zu einer Umschuldung und zu neuen Krediten bereit erklären. Es geht hier um etwa 500 Millionen Dollar. Die Umschuldung der staatlich garantierten Kredite (600 Millionen Dollar) betreffen 85 Prozent der Zins- und Tilgungszahlungen und erstrecken sich über acht Jahre, von denen die ersten vier tilgungsfrei sind. Bei den Pariser Verhandlungen waren die Bemühungen Marokkos um eine Sanierung der durch den Polisario-Krieg stark strapazierten Staatsfinanzen gelobt worden.

RENTENMARKT / Nervöse Ausländer

Vorübergehende Störung

Die Stimmung am Rentenmarkt ist etwas gedämpft. Schuld daran ist nicht nur der leichte Wiederanstieg der amerikanischen Zinsen, sondern auch die SMH-Bank-Affäre. Ihretwegen verbreitete sich im Ausland eine gewisse Nervosität, die zum Teil auf unzureichenden Informationen über die Hintergründe resultiert. Ausländische Anleger, die in der letzten Zeit die Haupttriebfeder der Zinssenkung waren, hielten sich während der letzten Tage vom deutschen Markt fern, was sich auch im Wiederanstieg des Dollarkurses spiegelt. Außerdem hat sich im Zusammenhang mit der SMH-Bank-Rettungsaktion der Geldmarkt versteift. Diese Störungseinflüsse dürften jedoch nur vorübergehender Natur sein. (cd.)

Emissionen	4.11. 83	28.10. 83	30.12. 82	30.12. 81	30.12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,71	7,69	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,70	7,67	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,87	7,88	7,61	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	8,08	8,11	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öff.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,81	7,81	7,65	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,57	7,56	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,25	8,24	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	7,82	7,81	7,63	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,11	8,14	8,45	10,32	8,32



ITALIEN / Stahlsanierungsplan verabschiedet

Kredite nicht gestundet

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die Sanierung der staatlichen italienischen Stahlunternehmen wird ohne Zinsreduzierungen und Kreditstundungen erfolgen. Der jetzt von der Staatsholding Iri, der Muttergesellschaft des staatlichen Stahlkonzerns Finsider genehmigte und der Regierung zugeleitete Sanierungsplan sieht den Schuldenabbau in Höhe von 5000 Mrd. Lire (etwa 8 Mrd. DM) aus der Staatskasse vor. Davon werden 3000 Mrd. Lire auf das Jahr 1984 und 2000 Mrd. Lire auf das Jahr 1985 entfallen. Außerdem soll Finsider die Möglichkeit eingeräumt werden, in der Drei-Jahres-Spanne 1984 bis 1986 zur weiteren Konsolidierung mit Staatsbürgschaften gesicherte Anleihen im Wert von insgesamt 2100 Mrd. Lire zu emittieren.

Bei diesen Finanzspritzen gehen Iri-Finsider davon aus, daß ein Teil der Unternehmensverluste im Stahlbereich bisher durch die zu enge Kapitaldecke hervorgerufen wurde. Die Staatsholding hat jedoch den Vorschlag von Haushalts- und Planungsminister Pietro Longo verworfen, nach dem Vorbild der staatlichen französischen Stahlindustrie die Bankkredite zu stunden und umzuschulden.

Der jetzt verabschiedete Sanierungsplan sieht gegenüber dem im Sommer vorgelegten ersten Planentwurf die Aufgabe von 22 000 Arbeitsplätzen in drei Jahren vor, 3000 weniger als ursprünglich vorgesehen.

Noch offen ist, wie die Arbeitsplatzverminderung auf die vorhandenen Anlagen verteilt wird. Der Sanierungsplan geht davon aus, daß die Rückkehr zum Bilanzausgleich und damit das Ende der Staatszuschüsse, wie von der EG-Kommission gefordert, ab 1985 nur erreicht werden kann, wenn mehr als drei Viertel der Roh- und Walzstahlproduktion auf das Werk Tarent und der Rest auf das derzeit stillgelegte Werk Bagnoli (Neapel) konzentriert, die Anlagen von Cornigliano (Genua) dagegen geschlossen werden. Demgegenüber ist die Regierung nach wie vor entschlossen, in Brüssel für Italien eine zusätzliche Stahlquote von 1,2 Millionen Jahrestonnen herauszuholen.

THYSSEN / Kapazitätsabbau im Massen- und Edelstahlbereich

Strukturkonzepte kosten 9000 Plätze

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Den Abbau von etwa 9000 der jetzt noch vorhandenen 61 000 Stahl-Arbeitsplätze bringen die Alleingang-Strukturkonzepte, die der Branchenführer Thyssen AG, Duisburg, nach dem Scheitern der Fusionspläne mit Krupp und nach Information der Betriebsräte wie der Bundesregierung nun bekanntgibt. Zirka 8000 verschwinden bei der Massenstahlgesellschaft Thyssen Stahl AG, Duisburg. Die Thyssen Edelstahlwerke AG (TEW), Düsseldorf (15 000 Beschäftigte), will ihre Drahtstraße im Werk Witten mit 650 „Planstellen" zugunsten der gleichartigen Walzstraße im Werk Krefeld stillegen und kündigt ferner den Fortgang der Rationalisierung im überbetrieblichen Bereich von Gesamt-TEW an.

In Thyssens Massenstahlbereich geht das Konzept davon aus, daß „in Anpassung an die strukturellen Marktveränderungen und die stahlpolitischen Entwicklungen" (Neukapazitäten in den Entwicklungsländern, Vordringen der Importe, Subventionswettlauf) die technisch vorgehaltene, aber nicht mehr voll personell besetzte Rohstahlkapazität auf 11 (16) Mill. Jahrestonnen verringert wird. Das soll sowohl mit Stillegungen als auch mit Kapazitätsbeschränkungen an fortbestehenden Anlagen geschehen.

Die Maßnahmen konzentrieren sich da naturgemäß auf das am Duisburger Niederrhein massierte große Thyssen-Stahlpotential. Hier sind insbesondere vorgesehen: Reduzierung der Stahlwerkskapazität in Ruhrort, Stillegungen der Block- und Halbzeugstraße (Ruhrort), des Hochofenwerks Hüttenbetrieb, des Kaltwalzwerkes und des Breitflachstahlwalzwerkes (beide Duisburg-Süd). Ferner sollen die Grobblechstraße auf der Henrichshütte in Hattingen/Ruhr und die gleichartige Walzstraße in Oberhausen (nebst Preßwerk) geschlossen werden. Überall sollen zudem die überbetrieblichen Bereiche reduziert werden.

Die Realisierung des Konzepts soll „im wesentlichen" zwei Jahre dauern. Für 1500 betroffene Beschäftigte des Massenstahlbereichs habe man im Rahmen schon laufender Anpassungsmaßnahmen bereits Frühpensionierungen auf Basis bestehender Sozialpläne vereinbart. Für den großen Rest von etwa 6500 Leuten soll ein neuer Sozialplan ausgearbeitet werden.

Anders als das Gros des Massenstahlgeschäfts erlebt zwar auch Thyssens Edelstahlbereich derzeit eine hier branchentypische Geschäftsbelebung, die seit November (und mit Aussicht auf Nachhaltigkeit bis weit in 1984 hinein) hier die Kurzarbeit zumeist zum Verschwinden brachte. Aber für den Sektor „Gewalzter Stabstahl und Draht" registriert TEW seit 1978/79 einen offensichtlich nachhaltigen Rückgang der Auftragsmengen um nunmehr 44 Prozent, und dies zu erheblichem Teil aus Absatzeinbußen zugunsten der Importe. Seit Herbst 1980 seien deshalb die beiden Stabstahl-/Drahtstraßen in Witten und Krefeld stets schlecht ausgelastet. Die entsprechend hohen Verluste, durch Preisabfall noch gesteigert, glaubt man nur noch durch Konzentration auf die Krefelder Anlage beseitigen zu können.

VEITH-PIRELLI / Gesellschafterdarlehen

Aggressive Strategie bleibt

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Veith-Pirelli AG, Breuberg/Odenwald, will in dem stark umkämpften deutschen Reifenmarkt weitere Marktanteile hinzugewinnen. Vorstandssprecher Kurt Weixler und Lutz Radtke, zuständig für Marketing, weisen darauf hin, daß der Verdrängungswettbewerb unverändert anhalte. Vor diesem Hintergrund habe Veith-Pirelli schon vor Jahren eine „ganz auf Angriff eingestellte" Unternehmensstrategie entwickelt. Daran werde sich auch in Zukunft nichts ändern.

Nach den Worten Weixlers hat diese Politik im bisherigen Verlauf des Jahres 1983 zu beachtlichen Erfolgen geführt. Alle verfügbaren Zahlen weisen darauf hin, daß der Marktanteil bei Pkw-Reifen deutlich erhöht wurde, und zwar um ein bis zwei Prozentpunkte auf gut 10 Prozent.

Weil der Gesamtmarkt gegenüber dem Vorjahr sich kaum veränderte, könne davon ausgegangen werden, daß Veith-Pirelli allen anderen Mitbewerbern „etwas weggenommen" habe. Nach Michelin, Conti-Gummi und Dunlop bedeute das Platz vier auf dem deutschen Markt.

Die positive Geschäftsentwicklung wird sich nach Weixlers Ansicht bis zum Jahresende kaum noch verändern, wenngleich das Wintergeschäft einige Fragen offenläßt. Veith-Pirelli rechnet mit einem Umsatzplus von 8 bis 10 Prozent. Für 1982 hatte die AG einen Umsatz von 568 Mill. DM ausgewiesen, 11,2 Prozent mehr als 1981. Im Teilkonzern, der das eigene Händlernetz einschließt, ergab sich 1982 ein Umsatz von 664 (605) Mill. DM.

Vom Gesamtumsatz entfallen knapp 10 Prozent auf technische Produkte. Den Anteil der Lkw-Reifen – in diesem Bereich hat Veith-Pirelli deutliche Zuwachsraten im Markt realisiert – am Reifenumsatz beziffert Weixler auf rund 20 Prozent, den der Landwirtschaftsreifen auf 15 Prozent.

Im Lkw-Bereich arbeitet das Unternehmen an einer neuen Technologie. Die künftigen Reifen, so die Erwartung, würden gegenüber dem jetzigen Niveau um 15 bis 20 Prozent höhere Preise rechtfertigen.

Bei den Pkw-Reifen kommt den Breitreifen die dominierende Stellung zu. Ihr Anteil erreichte 1982 bereits zwei Drittel des Pkw-Reifengeschäfts. Nach Radtkes Worten ist der Breitreifenabsatz im bisherigen Verlauf des Jahres 1983 um 50 Prozent gewachsen. Radtke räumte ein, daß speziell das Breitreifen-Ersatzgeschäft auch ertragsmäßig am lukrativsten ist: „Dort wird Geld verdient."

Die Ertragsaussichten für 1983 bezeichnet Weixler als befriedigend. Mit Sicherheit werde das Ergebnis 1983 besser als im Vorjahr ausfallen. Für 1982 hatte Veith-Pirelli in der AG einen Jahresüberschuß von 2,9 Mill. DM und für den Teilkonzern 4,07 Mill. DM ausgewiesen. Zur Dividende (1982: 8 Prozent für die italienische Mutter und 12 Prozent für die außenstehenden Aktionäre) will sich Weixler allerdings noch nicht konkret äußern.

Um für künftige Aufgaben besser gerüstet zu sein – 1984 sollen die Investitionen kräftig steigen –, soll das Aktienkapital (derzeit 36 Mill. DM) in Form eines Gesellschafterdarlehens Ende des Jahres aufgestockt werden. Dadurch werde das Eigenkapital von 81 Mill. DM auf rund 140 Mill. DM erhöht und die Eigenkapitalrelation (26 Prozent) verbessert.

Zuversichtlich beurteilt Weixler die Aussichten für 1984. Die kürzlich geschlossenen Jahresverträge mit der Automobilindustrie signalisierten für den Pkw-Sektor eine positive Entwicklung.

Im Lkw-Bereich allerdings sei das Niveau nach wie vor unbefriedigend. Veith-Pirelli habe das erklärte Ziel, auch 1984 „organisch weiterzuwachsen". Beschäftigungssorgen für die 3245 (3390) Mitarbeiter gebe es derzeit nicht.

KATHOLISCHE UNTERNEHMER / Mehr Mut und Optimismus gefordert

Lohn- und Einkommensteuer senken

LEO SCHÜTZE, Bonn

Eine Wende zu mehr Mut und Optimismus, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, forderte der Bund Katholischer Unternehmer (BKU) auf seiner Jahrestagung vom 4.–6. November in Bonn. Ein Aufbruch aus sozialer und geistiger Verkrustung tue not. Die Institutionen müssen flexibler, der einzelne dynamischer operieren. Die Arbeit gehe keineswegs aus – wie die wachsende Schattenwirtschaft beweise –, und Rezepte, den Mangel gerechter zu verteilen, führten nur noch tiefer in die Sackgasse. Nicht reagieren, sondern agieren sei erforderlich.

Sechs Punkte werden besonders kritisiert:

- Die Lohnzusatzkosten sind überhöht; sie und die überzogene Lohnsteuer machten die Arbeit zu teuer.
- Zu starre Regelungen der Altersgrenzen – auch der Tarifrente – versuchten die Arbeitslosigkeit auf die älteren Arbeitskräfte abzuschieben.
- Übertriebene Kündigungsschutzbestimmungen verhindern rasche Einstellungen.
- Sozialpläne verursachen hohe Kosten und blockieren oft ein rechtzeitiges Gesundschrumpfen und Sanieren.
- Die zu hohen Arbeitskosten hätten eine Schattenwirtschaft provoziert, die nicht durch neue Bürokratien abgebaut werden könne.
- Durch staatliche Subventionen würden künstlich veraltete und überteuerte Produktionsverfahren erhalten.

Diesem Negativkatalog stellt der BKU einige Postulate einer gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Wende entgegen.

Die nominalen tariflichen Bruttolöhne und -gehälter sind auf absehbare Zeit festzuschreiben. Die Nettolöhne und -gehälter dagegen zu steigern durch Senkung der überhöhten sozialen Abgaben und der überzogenen Lohn- und Einkommensteuer. Die Lohnzusatzkosten können durch eine effizientere Selbstverwaltung und -verantwortung gemindert werden. Die Lohn- und Einkommensteuer müssen um 20 Prozent, das sind 24 Milliarden Mark Lohnsteuer und sechs Milliarden Mark Einkommensteuer pro Jahr, gesenkt werden. Die höheren Nettoeinkommen der Arbeitnehmer bewirken zudem einen Rückgang der Schwarzarbeit.

Die Arbeitszeit muß flexibilisiert werden. Der BKU fordert, einen Freiraum für betrieblich vereinbarte individuelle Lösungen wie Job-Sharing, Teil- und Jahresarbeitszeit usw. und lehnt pauschale Reglementierungen wie z. B. die 35-Stunden-Woche (mit und ohne Lohnausgleich) ab. Auch die Lebensarbeitszeit sollte sowohl nach oben als auch nach unten mit den jeweils Betroffenen selbst vereinbart werden.

Der BKU fordert ferner,

- daß die Förderung des Miteigentums am Produktivvermögen auf freiwilliger Basis konsequent auf dem gesetzgeberischen Weg vorangetrieben wird und
- große Teile des Wirtschaftsvermögens der öffentlichen Hände privatisiert werden. Dadurch wird sich deren Wirtschaftlichkeit erhöhen, und zugleich werden die staatlichen Haushalte entlastet.
- Außerdem soll die Privatisierung vermeintlicher Staatsausgaben tatkräftig betrieben und die staatlichen Monopole (z. B. im Bereich der Post) nicht erweitert werden.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Hans Joachim Enge: Transportversicherung, Gabler Verlag, Wiesbaden 1983, 342 S., 64 Mark.

Das Recht und die Praxis der Transportversicherung ist ein vielseitiges und weitreichendes Versicherungsgebiet. Diese Schrift unternimmt den Versuch, eine systematische Gesamtdarstellung davon zu geben. Wegen der internationalen Bedeutung der Transportversicherung werden die englischen Bedingungen entweder selbständig oder im Vergleich mit den deutschen Bestimmungen dargestellt.

Loebl/Roman: Die Verantwortungsgesellschaft, Wirtschaftsverlag Langen-Müller/Herbig, München 1983, 304 S., (Ln.), 32 Mark.

Ursel Reineke sorgte für eine engagierte Übersetzung dieses Werkes, dessen Originalausgabe unter dem Titel „The Responsible Society" stand. Es fand eine besondere Zustimmung bei Papst Johannes Paul II. Grund dafür war der Widerstreit und die Synthese zweier Prinzipien, die in den beiden Autoren selbst verkörpert sind. Loebl wie Roman sind gebürtige Slowaken. Roman emigrierte bereits in Jugendjahren nach Kanada und brachte es dort zu einem renommierten Mann der Wirtschaft. Loebl wurde in der Tschechoslowakei ein führender Theoretiker des Marxismus, der am Ende der Dubcek-Ära in die USA floh. So unterschiedlich die Denkansätze der beiden auch sein mögen, im Ergebnis kommen sie auf einen Nenner: Dem Menschen muß ein neuer Stellenwert beigemessen werden, sonst unterliegt er im Kräftespiel von Politik und Wirtschaft.

Haegele/Schöner/Stöber: Grundbuchrecht, C. H. Beck Verlag, München 1983, 1248 S., (Ln.), 178 Mark.

Dieses Handbuch ist auf die Bedürfnisse der Praxis zugeschnitten. Es bietet rasche Orientierung und zuverlässige Aussage zu allen einschlägigen materiellen und formellen Fragen des Grundbuchrechts. Der erste Teil des Werkes bietet eine grundlegende Einführung in das Rechtsgebiet. Formulare und Erläuterungen zu allen einschlägigen Rechtsgeschäften und Erklärungen finden sich im zweiten Teil, während der dritte spezielle Rechtsfragen behandelt. (jwh)

Interview mit Präsident Dieter Krüger

Disagio nicht über fünf Jahre verteilen

WELT: Von der Seite Ihres Verbandes ist Kritik geübt worden an den Vorhaben zur Steuerentlastung '84 und an der Änderung der Abgabenordnung '85. Es wäre alles viel zu kompliziert.

Krüger: Ja, das ist richtig. Zum Steuerentlastungsgesetz muß man sagen: Durch die Umsatzsteuererhöhung ab 1. Juni 1983 von 13 auf 14 Prozent wird der Fiskus im 2. Halbjahr eine Mehreinnahme von fast vier Mrd. haben. Diese vier Mrd. sollen nun an die Wirtschaft zurückgegeben werden; und insbesondere dafür haben wir den Entwurf eines Steuerentlastungsgesetzes.

Die Bundesregierung hat Entlastungen vorgesehen, die überwiegend sinnvoll sind, die also auch vom Deutschen Steuerberaterverband begrüßt werden, insbesondere die 10prozentige Sonderabschreibung für Anschaffungen bereits ab 18. Mai 1983 oder die Entlastung bei der Vermögensteuer ab 1. Januar 1984, und *die Beseitigung der ungerechten* Belastung der Vorabausschüttung von Gewinnen, die mit 112,5 Prozent Körperschaftsteuer belegt ist.

Kritisiert werden von uns Dinge, die einschränkender Art sind, insbesondere die das Bauherrenmodell betreffen. Und kritisiert wird der Gesetzentwurf zur Abgabenordnung.

WELT: Bei dem Bauherrenmodell geht es um das Disagio. Da gibt es doch den Grundsatz, in dem Jahr, wo ich etwas ausgebe, kann ich was absetzen. Und in dem Jahr, wo ich was einnehme, muß ich es versteuern. Ist das denn überhaupt haltbar, daß man das Disagio auf fünf Jahre verteilen muß?

Krüger: Nach unserer Meinung ist das gar nicht möglich, denn das verstößt gegen rechtssystematische Regeln, die wir im Steuerrecht ja unbedingt beihalten *müssen. Ich habe* gerade bei einer Anhörung im Finanzausschuß ein Beispiel vorgetragen: Wenn jemand ein Darlehen aufnimmt von 100 000 Mark und er bekommt nur 90 000 Mark ausgezahlt und verwendet diese 90 000 Mark zur Hälfte, um sein Dach reparieren, und zur anderen Hälfte, um sich Wertpapiere zu kaufen, dann würde nach diesem Gesetzentwurf die Folge sein, daß er zwar *die Dachreparatur steuerlich* geltend machen kann, aber das Disagio von 5000 Mark, das er bei diesem Darlehen für die Dachreparatur aufgenommen hat, dieses müßte er auf fünf Jahre verteilen. Während er das Disagio für den Erwerb der Aktien im ersten Jahr voll absetzen kann. Im übrigen kann man zum Bauherrenmodell sagen, daß die Bundesregierung leider immer Abschreibungsgesellschaften und Bauherrenmodelle im gleichen Zusammenhang nennt.

Wir Steuerberater sehen dort deutlich Unterschiede, weil die Bauherrenmodelle eine wichtige Funktion für den Wohnungsbau erfüllen, und in den vergangenen zwei Jahren waren die Bauherrenmodelle oft das Rettungsboot der Bauwirtschaft.

WELT: Der Einfamilienhausbauer ist von der Neuregelung ausgenommen?

Krüger: Der Einfamilienhausbesitzer ist ausgenommen, wenn er selber einzieht, also wenn er es selber nutzt. Da gibt es komplizierte Übergangsregelungen, und der Einfamilienhausbesitzer kann ja solche Finanzierungskosten auch nur dann absetzen, wenn er diese Beträge bezahlt, bevor er *einzieht und dann das Haus selber* nutzt.

Aber es gibt ja schon einschränkende Maßnahmen des Gesetzgebers für Bauherrenmodelle. Ich denke zum Beispiel an ein Verbot der Umsatzsteueroption, die für im Wohnungsbau errichtete Häuser nur noch bis zum 31. 12. 84 möglich ist. Und die Häuser, die bis 31. 12. 84 nicht fertig werden, bei denen kann der Bauherr *nicht mehr zur Umsatzsteuer* optieren.

Das bringt dem Staat schon eine Mehreinnahme von jährlich 300 Millionen Mark und belastet natürlich andererseits die Bauwirtschaft.

Und außer dieser Verteilung der Finanzierungskosten auf fünf Jahre plant nun die Bundesregierung, also alternativ, unter Umständen die Begrenzung der Einkommensteuerersparnis auf 50 Prozent der ursprünglichen Steuer.

Der Bundesrat hat einen anderen Vorschlag gemacht. Er möchte ein Verbot der Herabsetzung der Einkommensteuervorauszahlungen während der Bauphase. Das wäre noch evtl. vertretbar, jedenfalls aus steuerrechtlichen Gründen. Zumindest hätte die Finanzverwaltung weniger Verwaltungsarbeit, wenn also *nicht schon in der Bauphase* die Einkommensteuer herabgesetzt würde, sondern erst im Wege der endgültigen Veranlagung. Außerdem würde dadurch vielleicht eine Gleichstellung von Arbeitnehmern und Einkommensteuerveranlagten getroffen werden.

Es gibt durchaus Lösungen, die von uns weniger kritisiert werden, als die, die ausgerechnet die Bundesre*gierung im Steuerentlastungsgesetz* 84 vorgesehen hat.

WELT: Es ist der Vorwurf laut geworden, diese steuerlichen Maßnahmen könnten die Baukonjunktur abwürgen.

Krüger: Völlig richtig. Im Zusammenhang mit Abschreibungsgesellschaften und Bauherrenmodell hat eigentlich eine furchtbare Diskussion in der Öffentlichkeit begonnen. Aufgrund dieser Diskussionen versuchen nun Politiker zu reagieren und vergessen dabei, daß nicht nur Steuern eingespart werden durch dieses Bauherrenmodell, sondern daß die Bauwirtschaft jetzt auch belebt wird und daß die Bauwirtschaft auch wieder Steuern zahlt.

Es gibt ein Gutachten, da wird *nachgewiesen, daß mit Steuerersparnissen* von jährlich ca. 1,4 Milliarden Mark gerechnet wird. Andererseits würden durch die Zahlung von Steuern der Bauwirtschaft und Berufen, die daran mitbeteiligt sind, bis hin zu den freien Berufen, auch wieder 1,4 Milliarden Mark an St[illegible] [illegible]genommen. Das gleicht sich also aus.

WELT: Arbeitsplätze nicht gerechnet.

Krüger: *Die Arbeitsplätze sind au*ßerdem zu berücksichtigen. Und durch dieses Verbot der Umsatzoptionen ab Ende 1984 verschiebt sich dieses Bild um 300 Mill. zugunsten des Staates.

WELT: Ein anderes Thema sind die kleinen und mittleren Betriebe. Es gibt da eine neue Einheitswertgrenze von 120 000 Mark. Und auch da wurde der Vorwurf erhoben, es wäre alles sehr kompliziert und man müßte neue Feststellungen treffen, was früher nicht notwendig gewesen wäre.

Krüger: Da hat die Bundesregierung inzwischen einen Verbesserungsvorschlag gemacht. Früher waren nämlich die Sonderabschreibungen für diese Anschaffungen begrenzt für Betriebe bis zu einem Einheitswert von 50 000 Mark. Und da haben wir Steuerberater gesagt, diese Grenze ist nicht praktikabel, weil es sie im Steuerrecht gar nicht gibt.

Wir haben vorgeschlagen, die Grenze auf 120 000 Mark heraufzusetzen. Dem ist die Bundesregierung gefolgt.

WELT: Ein weiterer Punkt ist das Wahlrecht, das eingeführt werden soll zwischen Kfz-Steuerermäßigung und Vergünstigungen im öffentlichen Personennahverkehr. Heißt das, ich kann für eine billige Monatskarte optieren?

Krüger: Das ist noch nicht ausgereift. Die Frage, ob die Fahrtkosten dadurch billiger werden, hat man auch noch nicht geprüft. Ich bin der Meinung, daß man das alles etwas einfacher regeln sollte.

Man sollte nicht bei Kfz-Kosten die Grenze so halten, wie sie bisher geschaffen wurde und eine andere Grenze zum Beispiel bei der Benutzung von Privatfahrzeugen im betrieblichen Bereich oder für Arbeitnehmer für Dienstfahrten einführen. Wir haben leider zwei Grenzen. Eine von 36 Pfennig und eine von 42 Pfennig. Das sollte man vereinheitlichen, mindestens auf diese 42 Pfennig.

WELT: Die Änderung der Abgabenordnung; wo ist da der Dollpunkt? Sehen Sie ihn auch in der Gesamtgläubigerschaft, die da neu gebildet werden soll?

Krüger: Ja, das ist auch ein Punkt. Dieser Referentenentwurf eines Änderungsgesetzes zur Abgabenordnung sieht in Paragraph 44 für zusammenveranlagte Personen die Stellung von Gesamtgläubigern vor. Zumindest für den Steuererstattungsanspruch. Uns stört nun dabei, daß die Finanzverwaltung durch Rückzahlung oder Umbuchung oder Aufrechnung einer Steuer bei nur einem Ehegatten sich also hier ihrer Schulden entledigen kann, ohne vorher zu prüfen, wer nun von den Ehegatten die Steuern bezahlt hat.

Die Finanzverwaltung will vereinfachen zu Lasten der vorher zusammen veranlagten Ehegatten. Das ist einer der Punkte.



Steuerzahlung beim Kämmerer, Holzschnitt aus dem „Rechtsspiegel" um 1540

Deutscher 1983 Steuerberatertag

Heute beginnt der Deutsche Steuerberatertag 1983 in Berlin. Und Bundespräsident Karl Carstens und Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg als Gäste zeugen für die Bedeutung und das Ansehen, das dieser Berufsstand genießt. Die Steuerexperten können sich nicht in den Strahlen öffentlicher Anerkennung sonnen. Es gibt drängende Probleme zu lösen. Sie reichen von geplanten Gesetzesvorlagen bis zu der überfälligen Regelung des Verhältnisses zu den Wirtschaftsprüfern. Stets geht es auch um den Steuerzahler, der deshalb die Tagung mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt.

TAGUNG IN BERLIN / Nachwuchs im Visier

Steuerberater dürfen Wandel nicht übersehen

Der Berufsstand der Steuerberater, so wurde einmal formuliert, sei „aus dem Hilferuf der mittelständischen Wirtschaft gegenüber einer komplizierten, undurchsichtigen Gesetzgebung, einer wachsenden Steuer- und Wirtschaftsbürokratie und einer an Konfiskation grenzenden Steuererhebung" entstanden.

An dieser *Definition hat sich nichts* geändert. Im Gegenteil; Mittelständische Wirtschaft und Steuerberater sind mehr denn je auf ein Miteinander angewiesen. Im Interesse dieser Gemeinsamkeit, des Rechts der sich dem Berufsstand der Steuerberater anvertrauenden Staatsbürger, haben die Steuerberater ihr eigenes Recht zu halten und auszubauen.

Das bisher Erreichte in dem noch jungen Berufsstand darf nicht genug sein. Das käme einem Rückschritt gleich. Als politische Standesvertretung ist der Deutsche Steuerberaterverband gefordert, maßgeblich dynamisch und aktiv an dieser Aufgabe mitzuwirken.

Daneben steht die ordnende statische Kraft der Berufskammer als einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, der durch das Steuerberatungsgesetz bestimmte Aufgaben, darunter vornehmlich die standesrechtliche Überwachung, zugewiesen sind. Die Berufskammer ist in bestimmtem Umfang eine behördliche Verwaltung im Rahmen der Selbstverwaltung des Berufsstandes. Die Pflichtmitgliedschaft bei den Kammern und die freiwillige Mitgliedschaft in den Verbänden sind ein weiteres wesentliches Unterscheidungsmerkmal.

Der Berufsstand der Steuerberater ist ein Teil der Wirtschaft und ihren dynamischen Abläufen verhaftet. Höchste Beweglichkeit und Progressivität wird diesem Beruf abgefordert. Den verantwortlichen Organen der Berufskammern aber wird sich in diesem Zusammenhang immer wieder die Aufgabe stellen zu prüfen, ob die berufsrechtlichen Überwa*chungsmaßnahmen der Kammer im* Rahmen des wirklich Notwendigen bleiben, sich nicht zu einer kontrollierenden Bürokratie auswachsen und die lebens- und überlebensnotwendigen dynamischen Kräfte des Berufsstandes über Gebühr lähmen oder behindern.

Kammer und Verband sind Gegenpole, die zusammengehören, sich ergänzen und sich gegenseitig fordern. *Die größte Effektivität* beider Einrichtungen ist gegeben, wenn sie getrennt agieren, aber gemeinsam wirken – mit den gleichen Zielvorstellungen. Der Berufsstand als freiwilliger Zusammenschluß muß von möglichst vielen und aktiven Mitgliedern getragen werden, um seine Ziele zu erreichen.

Viele junge Steuerberater sind neu in den Beruf eingetreten. Sie sind aufgerufen zur Mitarbeit an der Basis und in den Standesvertretungen – vielleicht mit neuen Zielvorstellungen, neuen Konzeptionen, neuen Strategien, um die Zukunft mitzusteuern. Vielleicht müssen völlig neue Töne angeschlagen werden, um diese Ziele zu erreichen?

Aber wo sind die „zornigen" jungen Leute des Berufsstandes? Es sieht so aus, als wäre diese junge Berufsgeneration ausschließlich damit befaßt, den „Gordischen Knoten" der verworrenen Steuergesetze zu lösen. Jeder für sich allein.

So sind viele auf sich selbst und das Heute fixiert, obwohl es gerade die jungen Steuerberater sind, die eine Antwort auf die künftigen Herausforderungen finden müssen. Der Berufsstand unterliegt einem ständigen Wandel. In Abhängigkeit von der Steuer- und Wirtschaftspolitik und den veränderten Anforderungen der Mandanten hat er nicht nur Schritt zu halten, sondern eher einen Schritt voraus zu sein.

Die freien Berufe sind – den Aussagen eines bekannten Politikers folgend – berufen, darüber zu wachen, daß der Staat in seinen Grenzen bleibt. Dieser Aufgabe dürfen sie sich nicht erst dann stellen, wenn ihnen der Sturm ins Gesicht bläst. Sie müssen vielmehr einen Beobachtungsstand für die politische Atmosphäre besetzt halten, um aufziehenden Unwettern zu begegnen.

Der Berufsverband als Kraft der Selbsterhaltung des Berufsstandes ist Verfechter freiberuflicher Individualität. Unzumutbarkeiten und ihre Grenzen zu erkennen, sie aufzuzeigen und abzuwehren, zählt auch künftig zu seinen wesentlichen Aufgaben. Das gilt auch für den permanenten Ausstoß von Praragraphen im Rahmen der Steuergesetzgebung, der abgebremst werden muß.

Der Staat sollte kein Gesetz schaffen – schon gar nicht in bezug auf die freien Berufe –, das eine Gruppe begünstigt und eine andere in ihrer Entwicklung hindert. Es geht nicht an, daß beim GmbH-Prüfungsrecht (EG-Bilanzrichtlinie) Monopolrechte einer Gruppe zugespielt werden, während die andere – gleichermaßen qualifizierte – dann ausgeschlossen wird. Das *kommt einer staatlich ausgesprochenen* Disqualifikation gleich, weil doch, was Leistung angeht, „gut" oder „schlecht" niemals Gruppen zugeordnet werden kann, sondern Sache der Qualifikation einzelner Personen ist (und bleiben muß!).

Das Schicksal eines ganzen Berufsstandes darf nicht in den Büros der Ministerialbürokratie entschieden werden. Es muß jedem einzelnen Berufsangehörigen die Chance erhalten bleiben, seine Leistungsfähigkeit zu beweisen. So ist zu hoffen, daß der Bundestag dem Bundesrat in seiner Auffassung folgt und den Steuerberatern den Zugang zu einem eigenen Prüfungsrecht für die prüfungspflichtige GmbH verschafft. Theoretischen Bedenken gegenüber, die laut geworden sind, wird die Praxis zeigen, daß die dann prüfungsberechtigten Steuerberater ihre neue Aufgabe mit dem notwendigen Sachverstand und der gebührenden Objektivität im Sinne des Gesetzes und des öffentlichen Interesses angehen werden.

FELIX WERNER



Es geht ums Geld

STEUERN SPAREN / Formular entmutigt

Beratung durch Fachmann kann kein Luxus sein

Der erste Blick in das Steuerformular entmutigt bereits viele Bürger, sich zuviel bezahlte Steuern vom Finanzamt erstatten zu lassen. Zu kompliziert erscheinen die Fragen, und zu fremd sind die Begriffe des Steuererklärungsvordrucks.

Hilfe tut not! Aber an wen wendet man sich? Viele Steuerpflichtige scheuen sich, hier den Rat eines Steuerberaters oder Steuerbevollmächtigten in Anspruch zu nehmen; dennoch ist in den letzten Jahren durch intensive Aufklärungsarbeit – unter anderem auch der steuerberatenden Berufe und ihrer Verbände – ein spürbarer Wandel eingetreten. Der „kleine Mann" ist steuerbewußter geworden. Die Inanspruchnahme qualifizierter Beratung durch den Steuerberater oder Steuerbevollmächtigten ist kein Luxus für Gutbetuchte, daß dies zu ihrem finanziellen Vorteil gereicht.

Unter diesen Umständen ist es eigentlich nur schwer vorstellbar, daß sich jemand die qualifizierte Beratung durch einen Steuerberater oder Steuerbevollmächtigten nicht leisten kann, zumal die Gebühr auch noch uneingeschränkt *als Sonderausgabe* absetzbar ist. Praktisch bedeutet das, daß Vater Staat zur Inanspruchnahme des Beraters einen nicht unerheblichen Zuschuß zahlt, der nach individueller Steuerprogression unterschiedlich ist.

Die Tätigkeit des Steuerberaters erschöpft sich bekanntlich nicht nur in der fachkundigen Ermittlung und Erklärung von Besteuerungsgrundlagen. Auch zur Durchsetzung berechtigter und zur Abwehr unberechtigter Ansprüche gegenüber dem Finanzamt ist der Steuerberater oder Steuerbevollmächtigte die richtige Adresse.

O. W.



STEUERBERATERGEBÜHRENORDNUNG / Klare Regelung für alle Beteiligten

Wert-, Betragsrahmen- und die Zeitgebühr – für jeden Tatbestand

Seit dem 1. 4. 1982 sind Steuerberater bei der Honorarberechnung an eine Gebührenverordnung (StBGebV) gebunden, die der Bundesminister der Finanzen mit Zustimmung des Bundesrates erlassen hat. Die Gebührenverordnung regelt die Vergütung des Steuerberaters für seine selbständig ausgeübte Berufstätigkeit, z. B. für die allgemeine Beratung und Vertretung in Steuersachen, für Hilfeleistungen bei der Erfüllung allgemeiner steuerlicher Pflichten sowie steuerlicher Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten, für die Vertretung des Mandanten in Steuerstrafsachen, Bußgeldangelegenheiten sowie im außergerichtlichen und finanzgerichtlichen Rechtsbehelfsverfahren oder im Verwaltungsvollstreckungsverfahren.

Nicht geregelt sind dagegen die Gebühren für Tätigkeiten, die lediglich mit dem Beruf eines Steuerberaters vereinbar sind wie z. B. Vermögensverwaltung, Wahrnehmung von Gesellschafterrechten, Tätigkeiten als Testamentsvollstrecker, Konkurs- und Vergleichsverwalter oder Treuhänder. Für diese Tätigkeiten hat der Steuerberater angemessene Gebühren nach Maßgabe der üblichen Vergütung im Sinne des bürgerlichen Rechts zu berechnen.

Die Steuerberatungsgebührenverordnung gilt auch nicht für Steuerberatungsleistungen der Rechtsanwälte und Wirtschaftsprüfer. Von Rechtsanwälten und Wirtschaftsprüfern, die gleichzeitig Steuerberater sind, muß sie dagegen angewandt werden.

Die StBGebV ist immer für die Honorarberechnung des Steuerberaters maßgebend, wenn der zwischen ihm und dem Auftraggeber abgeschlossene Vertrag keine besondere Gebührenvereinbarung enthält oder aber auf die Gebührenverordnung verweist. Haben Steuerberater und Mandant andere Gebühren vertraglich vereinbart, so sind diese zivilrechtlich verbindlich. Allerdings ist nicht jede vereinbarte Gebühr unter berufsrechtlichen und wettbewerbsrechtlichen Gesichtspunkten zulässig.

Grundsätzlich hat der Steuerberater die Möglichkeit, niedrigere und höhere als in der Gebührenverordnung vorgesehene Gebühren zu berechnen. Zum Schutz des Auftraggebers verlangt die StBGebV, daß die Vereinbarung einer höheren Vergütung schriftlich und gesondert getroffen werden muß.

Eine Unterschreitung der angemessenen Gebühr ist nach den Standesrichtlinien der Steuerberater berufswidrig. Ausnahmsweise darf der Steuerberater bei der Honorarberechnung besonderen Umständen, etwa der Bedürftigkeit eines Auftraggebers, durch Ermäßigung oder Streichung von Gebühren oder Auslagenersatz nach Erledigung des Auftrages Rechnung tragen.

Steuerberater müssen in ihrer Honorarrechnung nicht nur die einzelne Gebühr, sondern auch die angewandte Gebührenvorschrift und bei Wertgebühren den Gegenstandswert angeben. Bei der Berechnung von Zeitgebühren ist die aufgewendete Zeit anzugeben. Daneben muß die Rechnung Aufschluß geben über die Beträge der einzelnen Auslagen und erhaltene Vorschüsse. Die spezifizierte Gebührenrechnung macht die einzelnen Leistungen des Steuerberaters für den Mandanten transparent und befähigt diesen zur Überprüfung der Rechnung. Wichtig ist, daß nur eine vom Steuerberater eigenhändig unterschriebene Gebührenrechnung zur Anforderung des Honorars und der Auslagen berechtigt.

Die StBGebV unterscheidet drei Gebührenarten: die Wertgebühr, die Zeitgebühr und die Betragsrahmengebühr. Für den weitaus überwiegenden Teil der beruflichen Tätigkeiten des Steuerberaters sieht die Verordnung die Wertgebühr vor, so z. B. für die Anfertigung von Steuererklärungen, von Überschußrechnungen bei Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, selbständige Arbeit sowie V + V, bei Anträgen auf Stundung, Anpassung der Steuervorauszahlungen, abweichende Steuerfestsetzung aus Billigkeitsgründen und ähnlichen Einzeltätigkeiten. Die Wertgebühr orientiert sich am Gegenstandswert der Tätigkeit, der entweder in der Gebührenverordnung direkt festgelegt ist oder durch den Wert des Interesses aus der Sicht des Auftraggebers bestimmt wird. Bei der Bestimmung der angemessenen Gebühr hat sich der Steuerberater an einen Rahmen zu halten, der in Bruchteilen (Zehnteln oder Zwanzigsteln) vorgegeben ist.

Die Anwendung der Zeitgebühr ist auf eine geringe Anzahl von Gebührentatbeständen beschränkt. Es sind dies solche Fälle, in denen die Wertermittlung auf Schwierigkeiten stößt oder die ausgeführte Arbeit in erster Linie zeitabhängig ist wie z. B. beim Prüfen einer Buchhaltung, bei der Teilnahme an einer Betriebsprüfung und beim Prüfen von Steuerbescheiden.

Die Betragsrahmengebühr ist nur für einige wenige Tätigkeiten vorgesehen, so z. B. für die Raterteilung in steuerstrafrechtlichen und bußgeldrechtlichen Angelegenheiten sowie für bestimmte Hilfeleistungen bei der Lohnbuchführung. Bei dieser Gebühr wird der Rahmen nicht wie bei der Wertgebühr durch Bruchteile, sondern durch Beträge bestimmt.

Um beim Auftraggeber eine Anhäufung von Gebührenabrechnungen für ständig wiederkehrende Leistungen zu vermeiden, können Steuerberater und Mandant eine Pauschalvergütung vereinbaren. Die Vereinbarung, die schriftlich festgelegt werden muß, ist für mindestens ein Jahr abzuschließen. Kurzfristigere Pauschalvereinbarungen sind nicht zulässig. Gebräuchlich sind Pauschalvergütungen für allgemeine Beratungsfragen, jährlich wiederkehrende Steuererklärungen sowie laufende Arbeiten in der Finanz- und Lohnbuchhaltung. Ausgeschlossen ist die Pauschalvereinbarung z. B. für Erbschaftsteuererklärungen, Anträge auf Gewährung einer Investitionszulage, schriftliche Gutachten und die Teilnahme an Außenprüfungen.

Die Pauschalvergütung ist eine Vereinfachungs-, keine Ermäßigungsvorschrift. Sie darf nicht zu einer berufswidrigen Gebührenunterbietung mißbraucht werden.

Wenn auch immer wieder Zweifelsfragen zu einzelnen Paragraphen auftauchen, so ist die erste amtliche Gebührenverordnung für Steuerberater nach Ansicht der Kommentatoren gut gelungen. Sie schafft die Voraussetzungen für eine angemessene Gebührenberechnung und trägt zum Ausgleich des natürlichen Interessengegensatzes zwischen Steuerberater und Mandant bei der Honorarberechnung bei. ert.

Anzeigen: Hans H. Lange, Hamburg. ISSN 3722 – 1452

ERGEBNISSE

Hamburg – Köln	2:2	(1:1)
Frankfurt – München	0:0	
Düsseldorf – Offenbach	5:0	(2:0)
Bielefeld – Bremen	2:0	(1:0)
Leverkusen – Braunschweig	3:0	(2:0)
K'lautern – M'gladbach	0:2	(0:0)
Stuttgart – Nürnberg	7:0	(0:0)
Uerdingen – Mannheim	1:1	(1:1)
Dortmund – Bochum	1:1	(1:1)

DIE SPIELE

Bielefeld – Bremen 2:0 (1:0)
Bielefeld: Kneib – Wohlers – Geils, Pohl, Meier – Schnier (69. Büscher), Pagelsdorf, Butz – Rautiainen, Grillemeier, Ozaki (70. Hupe). – **Bremen:** Burdenski – Pezzey – Kamp (70. Neubarth), Gruber, Otten – Schaaf, Okudera, Sidka – Reinders, Völler, Meier. – **Schiedsrichter:** Ermer (Weiden). – **Tore:** 1:0 Pagelsdorf (5.), 2:0 Wohlers (55.). – **Zuschauer:** 22 000. – **Gelbe Karten:** Pohl (3), Reinders (3), Meier, Schaaf.

Dortmund – Bochum 1:1 (1:1)
Dortmund: Immel – Rüßmann – Storck, Koch – Tenhagen, Bittcher, Keser, Walz (58. Hein) – Eggeling (68. Reich), Klotz, Dreßel. – **Bochum:** Zumdick – Knüwe – Zugcic, Woelk, Gothe, Bönighausen, Lameck, Oswald, Schulz – Kuntz, Schreier. – **Schiedsrichter:** Stäglich (Bonn). – **Tore:** 1:0 Eggeling (9.), 1:1 Schreier (45.). – **Zuschauer:** 30 000. – **Gelbe Karten:** Keser (3), Gothe (2). – **Rote Karte:** Klotz.

Düsseldorf – Offenbach 5:0 (2:0)
Düsseldorf: Kleff – Zewe – Theis, Kuczinski – Bockenfeld (75. von Diericke), Bommer, Fach (67. Löhr), Dusend, Weikl – Wenzel, Thiele. – **Offenbach:** Herr – Franusch – Kutzop, Demuth, Paulus – Grünewald, Riedl, Sandner (19. Bein), Trapp – Michelberger, Hofeditz (71. Krause). – **Schiedsrichter:** Barnick (Schenefeld). – **Tore:** 1:0 Bockenfeld (7.), 2:0 Wenzel (16.), 3:0 Zewe (47., Foulelfmeter), 4:0 Dusend (71.), 5:0 Bommer (74.). – **Zuschauer:** 20 000. – **Gelbe Karten:** Riedl (3), Franusch.

Frankfurt – München 0:0
Frankfurt: Pahl – Sziedat – Körbel, Kraaz – Berthold (86. Schreml), Sievers, Mohr (68. Müller), Kroth, Falkenmayer – Borchers, Svensson. – **München:** Pfaff – Lerby – Dremmler, Beierlorzer – Del'Haye, Kraus, Nachtweih, Pflügler, Dürnberger – Mathy (72. Hoeneß), M. Rummenigge. – **Schiedsrichter:** Uhlig (Dortmund). – **Zuschauer:** 55 000. – **Gelbe Karten:** Körbel (3), Pflügler (3), Del'Haye, Beierlorzer.

Hamburg – Köln 2:2 (1:1)
Hamburg: Stein – Groh – Wehmayer, Jakobs, Brefort (75. H. Stein) – Rolff, Steffen, Magath – Wuttke, Schatzschneider, von Heesen. – **Köln:** Schumacher – Strack – Prestin, Steiner, Hönerbach – Reif, Hartmann, Engels – Littbarski, Fischer, Allofs. – **Schiedsrichter:** Brückner (Darmstadt). – **Tore:** *1:0 Steffen (30.)*, *1:1 Littbarski (37.)*, 1:2 Littbarski (60.), 2:2 Magath (83.). – **Zuschauer:** 28 000. – **Gelbe Karten:** Jakobs (3), Prestin (4), Hartmann.

K'lautern – M'gladbach 0:2 (0:0)
Kaiserslautern: Hellström – Dusek – Wolf, Briegel – Melzer, Brehme, Bongartz (46. Hoos), Eilenfeldt (79. Brummer) – Geye, Nilsson, Allofs. – **Mönchengladbach:** Sude – Bruns – Herlovsen, Ringels, Frontzeck – Krauss, Matthäus, Rahn, Schäfer, (65. Hochstätter) – Mill, Lienen. – **Schiedsrichter:** Wiesel (Ottbergen). – **Tore:** 0:1 Mill (71.), 0:2 Matthäus (81.). – **Zuschauer:** 24 778. – **Gelbe Karte:** Frontzeck (4).

Leverkusen – Braunschweig 3:0 (2:0)
Leverkusen: Vollborn – Bast – Posner, Gelsdorf – Winklhofer, Hörster, Vöge (89. Geschlecht), Röber (46. Bittorf), Wojtowicz – Tscha, Waas. – **Braunschweig:** Franke – Hollmann – Lux, Bruns – Studzizba, Geiger (46. Scheike), Kindermann (83. Posipal), Geyer, Tripbacher – Keute, Worm. – **Schiedsrichter:** *Huster (Lahnstein)*. – **Tore:** 1:0 Waas (18.), 2:0 Vöge (42.), 3:0 Vöge (89.). – **Zuschauer:** 7000. – **Gelbe Karten:** Tripbacher (2), Kindermann (2), Worm (2).

Stuttgart – Nürnberg 7:0 (0:0)
Stuttgart: *Roleder – Makan* – Schäfer, K.-H. Förster – B. Förster, Niedermayer (68. Kempe), Allgöwer, Buchwald – Reichert (74. Müller), Sigurvinsson, Kelsch. – **Nürnberg:** *Kargus* – Weyerich – Täuber, Brunner, Habiger (16. Lieberwirth; 64. Wabra) – Lottermann, Heidenreich, Burgsmüller, Hintermaier – Heck, Trunk. – **Schiedsrichter:** Pauly (Rheydt). – **Tore:** 1:0 Allgöwer (46.), 2:0 Allgöwer (47.), 3:0 Schäfer (50.), 4:0 Kelsch (66., Foulelfmeter), 5:0 Sigurvinsson (73.), 6:0 Kempe (75.), 7:0 Allgöwer (87.). **Zuschauer:** 20 000. – **Gelbe Karten:** B. Förster (4/2), Schäfer (4), Heidenreich (3), Täuber (3). – **Rote Karte:** Trunk.

Uerdingen – Mannheim 1:1 (1:1)
Uerdingen: Vollack – Klinger – Buttgereit, van de Loo – Jusufi, Herget, Hofmann (67. Feilzer), Raschid (74. Vengels), Funkel – Gulich, Sackewitz. – **Mannheim:** Zimmermann – Sebert – Knapp, Schlindwein – Quaisser, Dickgießer, Scholz, Hein, Schön – Makan (89. Böhni), Walter. – **Schiedsrichter:** Horeis (Buchholz). – **Tore:** 1:0 Jusufi (2.), 1:1 Walter (15.). – **Zuschauer:** 14 000. – **Gelbe Karten:** Herget (3), Gulich, Schlindwein (3), Walter.

FUSSBALL / Nun auf Platz zwei: Bundesliga staunt über Fortuna Düsseldorf – Mönchengladbach auf dem Vormarsch

Lothar Matthäus bat die Kollegen: „Ihr müßt mir helfen"

BERND WEBER, **Mönchengladbach**

Die vergangenen acht Tage, das kann man sicherlich so sagen, die waren für den kleinen Mönchengladbacher Nationalspieler Lothar Matthäus nicht von Pappe. Sie begannen mit einem tollen Spiel, das er gegen den HSV hinlegte. Und wohl aus der Euphorie über den 4:0-Sieg, mehr vielleicht noch aus der Freude über die eigene gute Leistung, ließ Matthäus in seinem Heimatort Herzogenaurach die Becher kreisen. Der Rest ist bekannt: Er setzte sich ans Steuer seines *60 000-Mark-Mercedes* und baute prompt einen Unfall. Man muß davon ausgehen, daß der zuständige Verkehrsrichter in dieser Sache noch in Aktion treten wird, denn Matthäus selbst erklärte später: „Es war eine fröhliche Runde, und bestimmt haben wir nicht nur Milch getrunken."

Gewiß, Alkohol am Steuer ist längst kein Kavaliersdelikt mehr. Und wenn sich herausstellen sollte, das wird wohl in den nächsten Tagen geschehen, daß Matthäus mehr Pro*mille im Blut hatte, als es die Gesetze* erlauben, dann wird der Sünder entsprechend bestraft werden müssen. Das ist die eine Seite. Die andere hat Paul Breitner gestern in einer Kolumne für WELT am SONNTAG so und wohl auch *richtig* umrissen: *Hier* handele es sich nicht um einen jungen Fußball-Profi, der zu viel Geld in den Hals gesteckt kriegt, ausflippt, ein sündhaft teures Auto kauft und angesäuselt einen Unfall baut. Breitner *wörtlich: „Der Matthäus ist ein* ganzer Kerl auf dem Platz. Der leistet Großes für dickes Geld."

Von dieser These konnten sich die Zuschauer am Samstag auf dem Betzenberg beim 2:0 von Gladbach über den 1. FC Kaiserslautern *nun in der* Tat überzeugen. Lothar Matthäus war, wieder einmal, der Vater des Erfolges. Er schoß ein wunderschönes Tor und rackerte sich darüber hinaus so ab, daß ihm die „Bild am Sonntag" die Note „stark" gab und *der Sportinformationsdienst ihn* in die „Mannschaft des Tages" einreihte. Matthäus selbst fühlte sich am Samstagabend, da mußte er in einer Auswahlmannschaft beim Kölner Sportpressefest noch einmal ran, *„ganz einfach happy". Denn vor dem* Spiel, das gab er freimütig zu, habe er doch erheblichen Bammel gehabt. Denn: „Wenn wir verloren hätten, wenn ich schlecht gespielt hätte, dann hätte mit Sicherheit alle Welt *mit den Fingern auf mich* gezeigt und gespottet, ist doch klar, wer säuft, kann natürlich keine Leistung bringen."

Und eben weil er die Befürchtungen hatte, hat Matthäus vor dem An*pfiff* in der Kabine eine kleine Ansprache an seine Mannschaftskameraden gehalten. Der wesentliche Satz daraus: „Heute müßte ihr alle mithelfen, mich aus der Patsche zu holen."

Die Borussen haben zwar nur selten spielerische Glanzlichter setzen können, aber gekämpft haben und gerannt sind sie alle – durch den Sieg inzwischen sogar auf den vierten Tabellenplatz. Das kann man, nachdem die Mannschaft in nahezu gleicher Besetzung vergangene Saison tief im Abstiegsstrudel steckte, fast als Fußballwunder bezeichnen.

Die Wandlung der Verhältnisse resultiert nicht zuletzt aus der Wandlung des Lothar Matthäus. In den vergangenen Jahren haben alle, auch sein Trainer Jupp Heynckes, die Fähigkeiten des kleinen Energiebündels unterschätzt. Meist bekam er nur die Aufgabe zugewiesen, den gegnerischen Spielmacher zuzudecken. Matthäus: „Schuld daran waren zwei Länderspiele gegen Argentinien und Brasilien, in denen ich die Weltstars Maradona und Zico ausgeschaltet habe. Danach war ich halt als Sonderbewacher abgestempelt." Doch Zug um Zug, und mit dem ihm eigenen unbändigen Ehrgeiz, entfloh er dem Klischeebild. Zuerst in Mönchengladbach, wo sich die Zuschauer anfangs noch erstaunt die Augen rieben, wenn Matthäus' Pässe über 40, 50 Meter haargenau ankamen. Zuletzt beim Länderspiel gegen die Türkei durfte der Gladbacher, zumindest eine Halbzeit lang, sein großes Können auch auf großer Bühne zeigen. Zur WELT sagte er: „Das hat mir richtig gut getan." Allerdings, später wurde er von Bundestrainer Jupp Derwall wieder in die alte Rolle gepreßt, weil Kollege Uli Stielike mit dem Türken Erdal Keser nicht klarkam. Matthäus erledigte die Aufgabe souverän.

So könnte er denn, was seine Leistungen in der Vergangenheit, und speziell die in den letzten acht Tagen betrifft, rundum zufrieden sein. Er ist es nicht. Die Nationalmannschaft macht ihm nach wie vor Kummer: „Weil ich es nach fast dreijähriger Anlaufzeit immer noch nicht geschafft habe, einen Stammplatz zu ergattern." Andere, das hat Matthäus zumindest halblaut überlegt, hätten es da wohl einfacher, weil sie aus renommierten Klubs kämen und eine dementsprechend größere Lobby hätten. Es ist kein Geheimnis, an wen der Gladbacher da denkt. Natürlich an Bayern Münchens Klaus Augenthaler, dessen Position nach nur zwei Länderspielen wirklich erstaunlich gefestigt ist. Weil Matthäus die Verhältnisse so einschätzt, werden den Verantwortlichen bei Borussia Mönchengladbach in nächster Zeit wohl noch ein paar graue Haare wachsen. Selbstverständlich würden Manager Helmut Grasshoff und Trainer Heynckes den Lothar lieber heute als morgen dazu bewegen, seinen am Saisonende auslaufenden Vertrag zu verlängern.

Matthäus schiebt das Thema indes beharrlich an die Seite.

Klemmes Rundschlag, Kindermann und ein „komischer Teppichhändler"

Von HEINZ STUMM

Holger Klemme (31), Berater mehrerer Bundesliga-Stars, und dem Deutschen Fußball-Bund (DFB) in dieser Eigenschaft ein ständiger Dorn im Auge, liebt es gerne aufregend. So verließ er am Samstag, fünf Minuten vor Abpfiff des Düsseldorfer Torspektakels (5:0 gegen Offenbach) das Rheinstadion und flitzte mit seinem PS-starken Mercedes nach Wiesbaden, wo er als Gast des ZDF-Sportstudios sehnlichst erwartet wurde. Dichter Nebel veranlaßte den Brillenträger, seinen Wagen am Stadtrand abzustellen und sich von einer Taxifahrerin zum Funkhaus lotsen zu lassen.

Vor dem Bildschirm war er dann in seinem Element. Den Nürnberger Präsident **Michael A. Roth** (48) nannte der redegewandte Jung-Unternehmer zum Beispiel einen „komischen Teppichhändler". Daß es DFB-Staatsanwalt **Hans Kindermann** (61) ablehnt, sich mit dem Manne an einen Tisch zu setzen, dem er brennend gern ein Verfahren anhängen möchte, hakt Klemme unter Arroganz der Funktionäre ab. Kindermanns Bemerkung, „ich werde noch ermitteln, wenn es den Herrn Klemme nicht mehr gibt", löst indes nicht nur beim Angegriffenen Schmunzeln aus: Kin*dermann ist schließlich 30 Jahre* älter als Klemme.

Doch zurück zum aufregenden Tage: Nach dem Fernsehauftritt raste Klemme in einer Stunde und fünf Minuten nach Köln zurück und traf in der *Nobel-Discothek Déja Vu* die Kölner Lizenz-Spieler **Toni Schumacher** (29), **Gerd Strack** (28) und **Paul Steiner** (25) in Begleitung ihrer Frauen. Matthias Hönerbach (21) hatte sich als Junggeselle angeschlossen.

*

Alter schützt vor Siegen nicht und bei **Wolfgang Kleff** (30), so scheint's, lindert die Droge Erfolg sogar den körperlichen Schmerz. Der *Torhüter der Düsseldorfer Fortuna*, einer der letzten Originale der Branche, fühlt sich seit Wochen wohler als noch vor einem Jahr. Zitat aus der Vergangenheit: „Einen Tag nach dem Spiel komme ich mir immer vor wie ein *Rentner*." Zitat aus der Gegenwart: „Wenn es Spaß macht, und zur Zeit macht es Spaß, da steckt man die körperlichen Wehwehchen glatt weg."

Trotz Wohlbefinden und sportlichen *Höhenflugs im Spätstadium* seiner Karriere ist der Abgang von der Fußball-Bühne fest programmiert: Mit einem Freund in seiner Wahl-Heimat *Straeten* steigt er nach Saisonschluß in den Vertrieb von exotischen Blumen ein.

Vorher will Kleff mit der Fortuna zumindest noch einen UEFA-Pokal-Platz erreichen, der spätestens nach dem 5:0 gegen Offenbach auch für den Skeptiker Kleff keine Illusion mehr bleiben muß. „Wir und die Gladbacher könnten in die Lücke springen, die durch den Ausfall von Dortmund und Kaiserslautern in dem oberen Drittel entstanden ist", meint er.

Noch weiter denken möchte Kleff trotz frisch-fröhlichen Angrifffußballs in Düsseldorf (noch) nicht. „Ich habe schon heute Angst vor dem Tag, wo wir einmal gezwungen sind, einem Rückstand hinterherzurennen oder ein Ergebnis halten zu müssen. Das können wir nämlich nicht."

Der Torhüter meint, die Mannschaft sei so struktuiert, daß sie zum Stürmen verdammt ist. „Tore machen können wir, verhindern fällt uns viel schwerer", sagt er und begründet diese These: „Wir haben praktisch nur zwei gute Defensiv-Leute." Ganz besonders gefällt dem einstigen Helden vom Bökelberg die Art und Weise, wie Trainer **Willibert Kremer** (45) sich im Kreis der Spieler gibt und die Art, wie **Gerd Zewe** (33) Fußball spielt.

Kleff zu Kremer: „Vielleicht ist bei der Fortuna auch deshalb auch deshalb physisch alles so intakt, weil wir mit dem Willibert einen Trainer haben, der zu den wenigen zählt, die beim Training auch einmal lachen können. Und einen Spieler auf die Seite nehmen, wenn er mal down ist." Kleff zu Zewe: „Wenn es die Position des Liberos nicht gäbe, dann müßte sie für den Gerd erfunden werden."

„Otto", wie Kleff wegen seiner Ähnlichkeit mit **Otto Waalkes** (35) gerufen wird, findet es schlicht unbegreiflich, wie konsequent **Jupp Derwall** (55) seinen Kollegen übersieht, nur weil er ein paar Jahre mehr auf dem Buckel hat wie die weniger gute Konkurrenz.

Andererseits, diese Erkenntnis drängt sich dem Ex-Nationalspieler auf, war es noch nie so leicht wie heute, zu einem Länderspiel zu kommen. „Früher mußte man Jahre warten und kam praktisch nur rein, wenn man in einer erfolgreichen Mannschaft spielte. Heute genügt es schon, wenn man jung ist".



*

Ähnlich sieht es **Rolf Rüßmann** (33), der in die Ehrengalerie der „Vierhunderter" einzog: Beim 1:1 gegen Bochum macht er sein 400. Bundesligaspiel: „Wenn man heute so schnell in die Nationalelf rutscht, hat es natürlich auch etwas damit zu tun, daß es viel weniger Klasseleute gibt als früher." Auf die Frage, wie man die runde Zahl von 400 Bundesligaspielen erreicht, antwortet der Dortmunder Profi: „Man muß bewußt leben, nie resignieren und vor allem nicht in ein Spiel mit dem Gefühl hineingehen, es könnte einem was passieren." Dann nämlich, so argumentiert der WM-Teilnehmer von 1978, passiert garantiert etwas. Schlechte Noten in Sonntagsblättern, vor Jahren noch Anlaß für ihn, „aus der Haut zu fahren", lassen ihn heute relativ kalt. „Da denke ich oft an **Wolfgang Overath**, der in den letzten Jahren viel schlechte Kritik wegstecken mußte und trotzdem weitergemacht hat."

Gestern übte Rüßmann Selbstkritik: Die „3", die ihm der Reporter der „Welt am Sonntag" für seine Leistung gegen Bochum gab, hält er für übertrieben: „So gut war ich wirklich nicht."

Während sich Rüßmann in Gedanken mit der Zeit danach beschäftigt (er strebt ein Manageramt an), hat für einen alten Weggefährten aus erfolgreichen Bundesliga- und Nationalmannschaftszeiten die Zukunft schon begonnen: **Bernd Cullmann** (34) wird Professor **Gerd Biehl**, der Chefarzt des Kölner Franziskus-Hospitals, diese Woche bestätigen, daß er für den Fußball-Beruf gesundheitlich nicht mehr geeignet ist. Nach einer Operation im März (Arthrose in den großen Zehen, Achillessehnen-Operation und Entfernung eines Fersensporns) will der Porzer jetzt einen Antrag auf Sportinvalidität stellen und sich in den nächsten Wochen für einen neuen Job entscheiden. Cullmann, am Samstagabend für seine Verdienste um den Fußball und sein vorbildliches Auftreten als Sportsmann mit der „Ente der Kölner Sportpresse" ausgezeichnet, muß sich nicht sorgen: „Ich habe genug Angebote." Möglicherweise nimmt er ein Angebot des Kölner FC-Präsidenten **Peter Weiand** (63) beim Nordwest-Lotto an.

*

Daß der HSV zur Zeit keine Meistermannschaft ist und aufgrund der vielen Ausfälle eigentlich auch nicht sein kann, zeigte sich nach dem 2:2-Spiel im Volksparkstadion gegen Köln anschließend auch beim Sportpressefest. Eine FC-Mannschaft, verstärkt durch **Wolfgang Overath** (38), siegte gleich 7:2. **Dieter Schatzschneider** (25), **Wolfgang Rolff** (20), **Jimmy Hartwig** (27) („Wenn die Kölner nicht geschlafen hätten, könnte ich heute beim FC spielen"), **Wolfram Wuttke** (22) und **Günter Netzer** (39) waren der Dynamik und Spielkunst von Overath (vier Tore), **Pierre Littbarski** (23), **Gerd Strack**, **Lothar Matthäus** (22) und **Paul Steiner** nicht gewachsen.

Hallen-Sprecher **Hans-Gerhard König** (52) rieb sich besonders an dem HSV-Manager, der für den indisponierten **Felix Magath** (30) eingesprungen war. „Günter, geht's noch?" fragte König hinterlistig, weil Netzer Mühe hatte, dem Spieltempo zu folgen.

*

Fußball-Profis, so sagt man gemeinhin, seien vor allem besonders am Geldsammeln interessiert. Nun, auf **Jean-Marie Pfaff** (30) scheint das nicht unbedingt zuzutreffen. Der belgische Torhüter des FC Bayern wollte als Gewinner des „Super-Sechskampfes" beim Sportpressefest in Köln den Preis (eine Citroën-Ente) einer wohltätigen Organisation stiften. Doch die Partnerin, **Cornelia Hanisch** (26), Ex-Weltmeisterin im Fechten, legte sich quer.

Beim abschließenden Bankett der Kölner Sporthalle spielte **Dieter Schatzschneider** am Tisch seines früheren Geldgebers **Jean Löring** (49) einmal mehr den Verdrängungskünstler. Er weigerte sich zu glauben, daß HSV-Trainer **Ernst Happel** (57) das Zitat „Schatzschneider läuft wie eine Schildkröte" wirklich von sich gegeben habe. „So etwas sagt der Happel nicht."

*

Ab 1. Januar 1984 hat Bayer 05 Uerdingen einen neuen Manager für den nach Dortmund gewechselten **Hans-Dieter Tippenhauer** (38). Es wird nicht der ARD-Mann **Holger Obermann** (46) sein, sondern der frühere Profi von Bayer 04 Leverkusen und dem 1. FC Köln, **Reinhard Roder** (44).





„Otto" und seine nackten Füße

Die Ähnlichkeit mit dem Blödelbarden Otto Waalkes ist wirklich verblüffend. Wie der Ostfriese ist Düsseldorfs Torwart Wolfgang Kleff (Foto oben) auch zu jedem Spaß zu haben. Nach dem 5:0 über Offenbach ließ sich Kleff im Ermüdungsbecken ablichten und zeigte seine nackten Füße. Natürlich hat er auch noch einen flotten Spruch auf den Lippen: „Solange Gladbach einen Platz hinter uns steht, *können die nur Vizemeister wer*den." In Mönchengladbach spielte Kleff mehrere Jahre. – Väterlich freundlich legte Trainer Rudi Kröner den Arm um Dieter Trunk (Foto rechts). Der Nürnberger wurde nach einem Foulspiel vom Platz ge*stellt. Auf die Nürnberger kommen* nach der 0:7-Niederlage in Stuttgart harte Zeiten zu. – Gar nicht mehr hinschauen wollte Dortmunds neuer Trainer Dieter Tippenhauer (Foto unten). Die Augen hat er geschlossen, die Hand hält er verschreckt vor den Mund. Auch mit Tippenhauer kamen die Dortmunder nicht aus der Krise, gegen den Ruhrpott-Rivalen aus Bochum reichte es nur zu einem mageren 1:1-Unentschieden.

FOTOS: HORSTMÜLLER, WEREK, GEBEL



VORSCHAU

Freitag, 11. 11., 20.00 Uhr:

Bremen – Düsseldorf	(2:2)

Samstag, 12. 11., 14.30 Uhr:

Mannheim – Leverkusen	(–:–)

Samstag, 12. 11., 15.30 Uhr:

Braunschweig – Bielefeld	(3:0)
Offenbach – Stuttgart	(–:–)
Nürnberg – Frankfurt	(3:1)
München – Hamburg	(2:2)
Köln – Kaiserslautern	(3:0)
Mönchengladbach – Dortmund	(2:3)
Bochum – Uerdingen	(–:–)

In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

Der 13. Spieltag: 217 000 Zuschauer und 27 Tore, aber gleich zwei Platzverweise

							Heim	Auswärts
1. Hamburg	13	8	3	2	26:16	19:7	12:2	7:5
2. Düsseldorf	13	7	3	3	33:18	17:9	11:3	6:6
3. Stuttgart	13	6	5	2	26:13	17:9	12:2	5:7
4. Gladbach	13	7	3	3	28:16	17:9	11:1	6:8
5. München	13	7	3	3	26:14	17:9	10:2	7:7
6. Bremen	13	6	4	3	20:13	16:10	11:1	5:9
7. Köln	13	6	2	5	28:19	14:12	10:2	4:10
8. Leverkusen	13	5	4	4	22:18	14:12	12:2	2:10
9. Uerdingen	13	6	2	5	27:26	14:12	9:5	5:7
10. Bielefeld	13	5	3	5	17:19	13:13	9:5	4:8
11. Bochum	13	5	2	6	25:29	12:14	10:2	2:12
12. Mannheim	13	4	4	5	18:23	12:14	8:4	4:10
13. Braunschweig	13	5	0	8	22:28	10:16	8:5	2:12
14. K'lautern	13	3	3	7	25:31	9:17	9:5	0:12
15. Dortmund	13	3	3	7	17:31	9:17	7:7	2:10
16. Offenbach	13	4	1	8	18:37	9:17	9:3	0:14
17. Nürnberg	13	4	0	9	19:31	8:18	8:4	0:14
18. Frankfurt	13	1	5	7	17:32	7:19	7:7	0:12

● **Rote Karten:** Schon wieder zwei Platzverweise: Bernd Klotz (Dortmund) und Dieter Trunk (Nürnberg) sahen am 13. Spieltag die roten Karten Nummer neun und zehn in dieser Saison. Das sind bereits so viele, wie in der vergangenen Saison bis zur Winterpause verteilt wurden. Bernd Klotz mußte innerhalb von zehn Monaten zum zweiten Mal vorzeitig in die Kabine, und Borussia Dortmund verlor dadurch innerhalb von einer Woche nach Zorc schon den zweiten Spieler durch Feldverweis.

● **Tore:** Eine torreiche Saison scheint sich abzuzeichnen. Am Samstag fiel in Düsseldorf durch Gerd Zewe das 400. Saisontor. Insgesamt wurden bislang 414 Treffer erzielt und damit 64 mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Größer geworden ist auch der Kreis der erfolgreichsten Stürmer: Am 13. Spieltag erweiterten Pierre Littbarski (Köln) und Herbert Waas (Leverkusen) das führende Trio Schatzschneider (Hamburg), Rummenigge (München) und Burgsmüller (Nürnberg) zum Quintett mit je acht Treffern.

● **Zuschauer:** Trotz des verkaufsoffenen Samstags zog die Bundesliga ihre Fans wieder in Scharen in die Stadien. Nur am ersten Spieltag dieser Saison kamen mehr Zuschauer als die 217 278 des 13. Spieltags. Allein 53 000 davon wollten Frankfurts erstes Heimspiel unter dem neuen Trainer Weise sehen. Streit um Zuschauerzahlen herrscht in Bielefeld, wo Frank Pagelsdorf 2000 Mark Geldstrafe zahlen muß, weil er die niedrigen offiziellen Angaben anzweifelt. Erst ab 19.000 Besuchern sind die Spieler an den Einnahmen beteiligt.

● **Premieren:** Gleich sechs Spieler gaben ihren Einstand in der Bundesliga, davon drei in derselben Mannschaft: Dieter Brefort, Holger Stein und Kai Steffen, der auch gleich sein erstes Tor erzielte, mußten den personellen Notstand beim Meister Hamburger SV beheben. In Uerdingen wurde Uwe Vengels zum erstenmal eingesetzt, und für Braunschweig debütierte *Michael Scheike. In die Fuß*stapfen seines Vaters, des früheren Nürnberger Torwarts Roland Wabra, trat Sohn Klaus, der sein erstes Spiel für Nürnberg bestritt.



HANDBALL / Letzter Platz für die deutsche Nationalmannschaft beim Supercup der Weltmeister und Olympiasieger

„Bis auf die Torhüter und Uli Roth alle rausschmeißen“

dpa/sid, Dortmund

Die deutsche Handball-Nationalmannschaft hat ihren absoluten Tiefpunkt erreicht – der Weltmeister von 1978 ist nur noch ein Schatten seiner selbst: Mit der 18:24- (10:12-)Niederlage gegen die „DDR“ belegte die DHB-Auswahl beim dritten Supercup in der Sporthalle in Unna den achten und letzten Platz. Das 100. Jubiläumsspiel des ehemaligen Torjägers Sepp Wunderlich vor knapp 1000 Zuschauern wurde ein einziges Trauerspiel. Das Team von Simon Schobel kassierte gegen die „DDR“ seit der Olympia-Qualifikation 1975 bei zwei Unentschieden die sechste Niederlage hintereinander.

Ausgestattet mit der roten Laterne, finanziell mit magerer Bilanz und einem Star – Erhard Wunderlich –, der sich in der Krise befindet, das also bestätigt die derzeitige Misere des hiesigen Handballsports. „Seit einiger Zeit sind wir nun zweitklassig und hinken der Elite hinterher. Das wird sich auch so schnell nicht ändern“, prophezeit Heiner Brand.

Der 131malige Nationalspieler und frühere Kapitän war in der Dortmunder Westfalenhalle Augenzeuge eines kuriosen Ereignisses der hiesigen Sportszene, als die deutsche Junioren-Auswahl das Schobel-Team beim 16:14 der Lächerlichkeit preisgab. Anatoli Jewtuschenko, Cheftrainer des Weltmeisters UdSSR, zeigte für diese einmalige Demontage kein Verständnis: „So etwas könnte bei uns nicht passieren. Abgesehen vom sportlichen Kräfteverhältnis gibt es Absprachen, mit denen man sich einen solchen Witz ersparen kann.“

Die Souveränität von Handball-Bundestrainer Simon Schobel ist angekratzt. Die Nationalmannschaft steckt in ihrer tiefsten psychologischen Krise. 14 Tage nach dem selbst für Schobel überraschenden Sieg beim Vierländerturnier in Dänemark – „es kam alles viel zu früh und weckte große Hoffnungen“ – verlor die neuformierte Mannschaft beim Supercup jegliches Selbstbewußtsein.

Flüchtige Erfolge verdeckten eklatante Fehler, die die rasante Talfahrt des Weltmeisters von 1978 begleiteten, der sich nach dem Abstieg in die Zweitklassigkeit bei der Weltmeisterschaft 1982 in Dortmund und der B-WM im März in Holland nie wieder erholt hat. Die Verantwortlichen müssen sich vorwerfen lassen, von der Bank her taktische Fehler gemacht zu haben, und daß die Spieler ihre offensichtliche Angriffsschwäche nicht ablegen konnten. Den radikalen Umbruch zugunsten des hoffnungsvollen Nachwuchses hat Schobel schon angekündigt.

Vor einem Jahr glänzte der 33jährige Diplom-Sportlehrer bei seinem Debüt als Bundestrainer mit dem Vierländerturniersieg in Frankfurt und erlebte sein Waterloo mit einer Mannschaft in Amsterdam, die um Sepp Wunderlich das Ziel „Olympia 1984“ verpaßte. 1983 heißt eines seiner unbewältigten Probleme nach Dänemark und der Pleite beim Supercup immer noch Wunderlich. Der Name ist geblieben, aber die Schwierigkeiten mit dem 26jährigen Nationalspieler vom FC Barcelona haben sich verlagert.

Seine Reintegration nach dem spektakulären Wechsel von Gummersbach für 2,5 Millionen Mark nach Barcelona hat nicht nur dessen Neider, sondern auch Kritiker auf den Plan gerufen, die massiv die Kritik des 2,04 Meter großen Spielers aus der DHB-Auswahl forderten. Veränderte Lebensbedingungen hat der sensible Einzelgänger überhaupt nicht verkraftet. Er ist, wie er selbst zugibt, völlig außer Form.

Simon Schobel scheint bei dem Für und Wider um den einzigen deutschen Feldspieler mit Weltklasseformat auch noch keine klare Linie gefunden zu haben. „Wir brauchen Sepp in Superform, wir brauchen ihn als Joker, weil wir für ihn noch keinen Ersatz haben“, sagt Schobel. Aber er betont auch in aller Öffentlichkeit: „Ich habe mich von seiner angeblichen Fitneß täuschen lassen. In dieser Verfassung kann ich ihn nicht gebrauchen. Ich muß das Team ohne ihn aufbauen.“

Beim Supercup war Wunderlich ein Außenseiter, still, verschlossen, mürrisch. Vor der Mannschaft entschuldigte er sich für sein Verhalten nach dem vergebenen Siebenmeter, als er Autogramme schrieb, während seine Kameraden sichtlich geknickt in die Kabine schlichen.

Doch das frühe Scheitern in der Vorrunde hat die Realitäten wieder zurechtgerückt. „Bis auf die Torhüter und Uli Roth alle rausschmeißen“, forderte ein altgedienter Nationalspieler. So radikal wird der Umbruch zwar nicht aussehen, doch die Pleite gegen die eigenen Junioren war Blamage und Perspektive zugleich.

„Nach der Junioren-WM Anfang Dezember werden wir aus zwei Mannschaften eine bilden“, erklärte Schobel. Einige vertraute Gesichter wie Frank Dahmann (Gummersbach), Karl-Heinz Schulz (Berlin) oder Thomas Springel (Essen) wird man im Nationaltrikot kaum wiedersehen. Aus dem begeisternden Junioren-Team stehen fünf bis sechs Spieler auf dem Sprung. Klühspieß, Ehret und Heiner Brand sagten: „Man darf jetzt nicht über Simon Schobel herfallen. Man soll sich auch an die Anfangszeit von Vlado Stenzel erinnern.“





Tränen der Enttäuschung
Tränen der Enttäuschung vergoß Uli Roth nach dem Unentschieden (17:17) gegen Jugoslawien, denn damit hatte die deutsche Handball-Nationalmannschaft beim Supercup der Weltmeister und Olympiasieger das Halbfinale verpaßt (Foto oben).
Selbstvergessenheit? Nachdenklichkeit? Für Erhard Wunderlich wird es sehr schwer. Der frühere Torjäger sollte als Spielmacher fungieren. Doch daraus wurde nichts. Bundestrainer Simon Schobel will nun eine neue Mannschaft Anfang des kommenden Jahres ohne den Star des FC Barcelona aufbauen. Beim Supercup war Wunderlich weit von seiner Bestform entfernt (Bild rechts).
FOTOS: GEBEL, TOP

TURNEN / Chinesen setzen Glanzpunkte

Achtungserfolge für Winkler und Geiger

dpa/sid, Stuttgart

Die chinesischen Mannschafts-Weltmeister Xu Zhiquiang und Li Xiaoping waren die unbestrittenen Stars und sorgten gemeinsam mit ihrem Landsmann Huang Yubin, dem Ersatzmann von Budapest, für die Glanzpunkte. Doch sie waren nicht allein verantwortlich dafür, daß der 3. Internationale Pokal-Wettbewerb des Deutschen Turnerbundes (DTB) in Stuttgart hoffähig wurde. Vielmehr sorgten 6000 Zuschauer am Samstag und nochmals 9000 am Sonntag dafür, daß der DTB-Pokal aus seinem bisherigen Mauerblümchendasein in Wiesbaden und Völklingen heraustrat und eine deutliche Aufwertung erfuhr.

Das ist nicht zuletzt ein Verdienst von Robert Baur, dem rührigen Geschäftsführer des Schwäbischen Turnerbundes (STB), der diese Veranstaltung in die neue Schleyer-Halle holte. Er aktivierte damit in frischer Erinnerung der Weltmeisterschaften die Turnbegeisterten des Landes, die Bundeskunstturnwart Herwig Matthes schlicht „als in der Bundesrepublik unerreichbar“ bezeichnete.

Dennoch hielt sich der groß angekündigte Wettbewerb in sportlich von vornherein begrenztem Rahmen. Nur die Chinesen, die sich mit überlegenen 174,95 Punkten die Trophäe nach dem Sieg der Riege des Deutschen Turnerbundes (1981) und der USA (1982) sicherten, und die Schweizer waren neben den Gastgebern mit einer Elite-Riege am Start. So hatten es die Deutschen Jürgen Geiger (Herbolzheim), Andreas Japtok (Hannover) und Daniel Winkler (Heusenstamm), die ohne Ausfall gute Leistungen boten, relativ leicht, mit 172,90 Punkten Platz zwei vor den Japanern (172,20) zu erobern, weil Miura Masakazu im letzten Durchgang vom Reck fiel.

Wie dominant die Chinesen auftraten, demonstrierte ihr Doppelsieg in der Einzelwertung des Kür-Sechskampfes durch Zhiquiang (58,75) und Xiaoping (58,60), der am Pferd zudem mit der Traumnote „10“ glänzte. Der Amerikaner Scott Johnson und der Ungar Zsoltan Borkai (beide 58,05) blieben klar auf der Strecke. Hinter ihnen feierten Winkler (57,80) und Geiger (57,65) als Fünfter und Sechster einen Achtungserfolg. Die Ausgeglichenheit der DTB-Riege dokumentierte Japtoks neunter Rang (57,45), wobei der deutsche Reckmeister sein Gerät mit 9,85 Punkten überraschend sogar am besten beherrschte.

Stuttgart könnte dennoch für den DTB-Pokal so etwas wie ein Wendepunkt gewesen sein. Für die vierte Auflage wäre man mit einem derartigen Publikumszuspruch im Rücken sogar in der Lage, die komplette Weltspitze anzulocken. Wobei man sich überlegen muß, ob nicht der B-Wettbewerb mit elf Nationen, den am Freitag vor fast leerem Haus in Heilbronn die Schweiz B mit 166,35 Punkten vor der B-Auswahl des DTB (165,40) gewann, als finanzielles Zuschußgeschäft zu streichen wäre.

„Die Sowjets haben uns bei den Weltmeisterschaften in Budapest wissen lassen, daß sie an einer Teilnahme interessiert sind“, berichtete Bundeskunstturnwart Herwig Matthes. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die Veranstalter dann auf die Mannschaftswertung verzichten, weil sonst die Sowjets fürchten, sie würden an einer verkappten Europameisterschaft teilnehmen. Ein neuer Modus ohne Mannschaftswertung, aber mit der Teilnahme von Kunstturnerinnen, wird bereits erarbeitet.

GEWICHTHEBEN

Drogen geschmuggelt

sid, Montreal

Drogen-Skandal um kanadische Gewichtheber. Vier Mitglieder der kanadischen Nationalmannschaft, die bis zum 31. Oktober an den Gewichtheber-Weltmeisterschaften in Moskau teilgenommen hatten, wurden bei der Rückkehr auf dem Flughafen in Montreal bei der illegalen Einfuhr von Drogen erwischt. Sie werden am 7. Dezember von einem Gericht in Quebec angeklagt.

Zöllner hatten bei einer Durchsuchung im Gepäck der vier Heber Mario Parente, Terence Hadlow, Jacques Demers und Michel Pietracupa 22 515 Anabolika-Tabletten, 414 Testoteron-Pillen und einige Spritzen gefunden.

Jacques Demers und Michel Pietracupa waren Mitglieder der kanadischen Mannschaft bei den Panamerikanischen Spielen im August dieses Jahres. Damals waren unter den elf des Anabolika-Mißbrauches überführten Hebern zwei Kanadier, Guy Greavette und Michel Viau. Greavette hatte aus diesem Grund eine Gold- und eine Silbermedaille verloren, Viau mußte seine beiden Bronzemedaillen zurückgeben.

Exekutiv-Direktor Keith Nesbitt und der Technische Direktor Richard Campion waren zunächst zu keiner offiziellen Stellungnahme des kanadischen Gewichtheber-Verbandes bereit. Erst nach einer Absprache mit Verbands-Offiziellen verlas Campion später ein Statement: „Der Verband verurteilt den Gebrauch solcher Substanzen. Aber er kann wegen dieses Vorfalles nicht verantwortlich gemacht werden, weil die Aktionen der Sportler privat waren.“

Schon vor den Welt- und Europameisterschaften in Moskau hatte der internationale Verband insgesamt 14 Heber wegen des verbotenen Mißbrauchs von Dopingmitteln bei den panamerikanischen Spielen im Sommer in Caracas (Venezuela) gesperrt.

HOCKEY / Interview mit dem Bundestrainer

Kleiter: ‚In Los Angeles spielen wir um Medaillen'

JAN MULDERS, Karachi

„Der dritte Platz hat meine Erwartungen übertroffen“, lautet das Fazit von Hockey-Bundestrainer Klaus Kleiter nach der 5. Champion's Trophy, „wir werden in Los Angeles ein gewichtiges Wort bei der Medaillenvergabe mitreden.“ Kritisch äußerte sich der 39jährige Limburger zur Strafeckenausbeute in Karachi: „Es zeigte sich, daß die spezielle Vorbereitung fehlte, aber mit Blick auf Los Angeles mache ich mir diesbezüglich keine Sorgen. Olympiafavorit ist aufgrund des hohen Reifegrades der Mannschaft uneingeschränkt Australien.“ Der Sportinformationsdienst Düsseldorf (sid) sprach nach Abschluß dieses wichtigen Hockey-Turniers in Pakistan mit Klaus Kleiter.

Frage: Bei der Europameisterschaft erreichte Deutschland nicht einmal das Finale, in Karachi stellte es dagegen seine Zugehörigkeit zur Weltspitze eindrucksvoll unter Beweis. Wie ist dieser Wandel binnen weniger Monate zu erklären?

Kleiter: Wir haben wieder zu mannschaftlicher Geschlossenheit gefunden, sowohl auf dem Platz als auch zwischen den sportlichen Auftritten. Der dritte Platz hat meine Erwartungen übertroffen. Es war ja sogar ein Turniersieg möglich. Aber ich bin nicht enttäuscht, daß wir ihn letztlich nicht geschafft haben, denn sonst wäre man verführt, über immer noch vorhandene spielerische Mängel allzuleicht hinwegzusehen.

Frage: Es fehlte wohl vor allem an der Cleverness beim Torschuß?

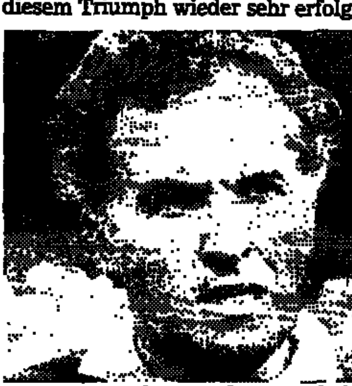
Kleiter: Zweifellos. Darin müssen wir in der Vorbereitung auf Los Angeles noch hart arbeiten. Erschreckend war auch unsere Strafeckenausbeute. Hier machte sich das Fehlen einer speziellen Vorbereitung auf dieses Turnier stark bemerkbar. Mit Blick auf Los Angeles mache ich mir diesbezüglich allerdings keine Sorgen.

Frage: Zu dem erfreulichen Umschwung sowohl in spielerischer Hinsicht als auch in der Stimmung dürften die jüngeren Spieler einiges beigetragen haben?

Kleiter: Ja, vor allem Markku Slawyk und Andreas Keller. Slawyk entspricht meiner Idealvorstellung von präziser Abwehrarbeit verbunden mit sofortiger Umsetzung in die Offensive. Keller imponierte mir durch seine uneingeschränkte Bereitschaft zur mannschaftlichen Zusammenarbeit.

Frage: Reift also jetzt wieder ein Siegerteam heran?

Kleiter: Wir hatten im Karachi-Team sieben Junioren-Weltmeister von 1982, die jetzt mit einigem Abstand zu diesem Triumph wieder sehr erfolgshungrig sind. Wenn wir eine gesunde Spannung in der Mannschaft erhalten können, glaube ich, daß wir bei der Medaillenvergabe in Los Angeles ein gewichtiges Wort mitreden werden. Nach Karachi wissen wir wieder, daß wir jede Mannschaft der Welt schlagen können. Mit einer Ausnahme, denn Australien ist aufgrund des hohen Reifegrades seines Teams uneingeschränkter Olympiafavorit.



Zufrieden mit den jungen Spielern: Bundestrainer Klaus Kleiter.

OLYMPIA / NOK in Saarbrücken – Neureuthers Laudatio für Garmisch

Berchtesgaden ist Olympiakandidat Daumes heftige Kritik an Samaranch

sid, **Saarbrücken**

Den werbewirksamen Titel eines Olympiakandidaten für die Winterspiele 1992 hat Berchtesgaden mit den Dependancen Inzell, Siegsdorf, Ruhpolding, Reit im Winkl, Königssee und Bad Reichenhall gewonnen. Gegen den Konkurrenten Garmisch-Partenkirchen entschied die Mitgliederversammlung des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland (NOK) in Saarbrücken mit 51:29 Stimmen, nachdem sich eine unabhängige Fachkommission mit 7:2 und das NOK-Präsidium nach Konsultation dieses Expertenteams mit 11:2 Stimmen für den Bewerber Berchtesgaden ausgesprochen hatten.

Trotz dieser Vorgaben war die Atmosphäre in der Saarlandhalle spannungsgeladen. Die Präsentation des Olympiagastgebers von 1936 überzeugte, und die Sprecher für Garmisch-Partenkirchen waren an diesem Nachmittag einfach besser. Es verdiente hohen Respekt, wie der Garmischer Skirennläufer Christian Neureuther in einem bewegenden rhetorischen Versuch („Olympia der kurzen Wege") die Versammlung umzustimmen gedachte. Die schon 1980 in Lake Placid begonnene Öffentlichkeitsarbeit von Berchtesgaden schlug jedoch durch. Der Slogan „Olympia der Vernunft" war psychologisch gut angelegt, wurde dabei doch auf die Bundesleistungszentren Bob, Rodeln und Eisschnellauf mit den entsprechenden weltmeisterlichen Anlagen in Königssee und Inzell angespielt, die unterschwellig Heimvorteil signalisieren.

Ob aus dem Olympiakandidaten Berchtesgaden ein Olympiaausrichter wird, entscheidet die Vollversammlung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) im März 1986 in Lausanne. Weitere sechs Bewerber treten an: Alma Ata (UdSSR), Cortina d'Ampezzo (Italien), Sofia (Bulgarien), Lillehammer (Norwegen), Falun (Schweden) und Albertville Tarantaise (Hochsavoyen/Franreich).

In diesem starken Kreis der Konkurrenz sprechen für Berchtesgaden zwei Punkte: einmal die Einbindung Salzburgs und damit des österreichischen Nachbarn in das kulturelle und touristische Angebot des Kandidaten, und zum zweiten die im Vorfeld der Bewerbung stattfindenden Weltmeisterschaften in Ruhpolding, Inzell und Königsee mit Ski-Zweikämpfern (Biathlon), Eisschnell-Läufern und Bobfahrern.

Die anderen Tagesordnungspunkte der NOK-Mitgliederversammlung, die auch ohne Neuwahlen sechs Stunden dauerte, wurden so abgehandelt:

OLYMPIAMANNSCHAFTEN: Für Sarajevo (7. bis 19. Februar 1984) und Los Angeles (28. Juli bis 12. August) werden die Olympiateams über die schon jetzt bestehende Kernmannschaft erweitert und nominiert. Für Sarajewo sind 41 Aktive plus 20 Eishockeyspieler, für Los Angeles bislang 210 Sportler und Sportlerinnen festgehalten.

OLYMPIALOGISTIK: Ohne die in diesem speziellen Fall unerwünschte Presse reist die Olympiamannschaft für Sarajevo in einem Sonderzug der Deutschen Bundesbahn (Schlafwagen) nach Serbien. In verschiedenen Schüben wird im Sommer nach Los Angeles geflogen; Zwischenstops sind möglich.

VERMARKTUNG: Die Vermarktung olympischer Symbole wurde geregelt. Die wirtschaftliche Verwertung und finanzielle Nutzung des ideellen Wertes der Ringe beispielsweise oder der Olympiamannschaft und ihrer Kämpfer soll in Absprache zwischen NOK, Deutscher Sportbund und Stiftung Deutsche Sporthilfe erfolgen.

WERBUNG AM MANN: Weil die Leitlinien des Deutschen Sportbundes (DSB) für die Werbung im Sport „nicht mehr konsensfähig sind" (NOK) als Folge von Mißachtung auf vielen Ebenen, setzt das NOK den Vollzug seines auf die Olympischen Spiele projizierten Beschlusses „bis auf weiteres" aus. Gemeint ist das Verbot der Trikotwerbung für Olympioniken ab 1. Oktober 1983.

DOPING: Das NOK tritt weiter für das Verbot jedweder Art der Manipulation im Hochleistungssport ein, will jedoch gesichert wissen, daß im Zweifelsfall für den Athleten entschieden wird. Bekenntnis zum humanen Sport.

SPORTPOLITIK: NOK-Präsident Willi Daume, dessen Abneigung für jedwede Art von Sportverwaltung bekannt ist, warf dem IOC, dessen langjähriges Mitglied er ist, vor, zuviel zu verwalten und zu wenig zu denken. Dem IOC-Präsidenten, Juan Antonio Samaranch, dem er nicht gewogen ist, bescheinigte er ein zu beklagendes Maß an Führungslosigkeit in geistigem Sinne.

Seite 3: Olympia am Watzmann?

NACHRICHTEN

Moser will Stundenrekord

Mailand (dpa/UPI) – *In* Mexiko-Stadt trifft Francesco Moser, Italiens früherer Straßen-Radweltmeister, derzeit Vorbereitungen für einen Rekordversuch. Im April will er den 11 Jahre alten Stunden-Weltrekord des Belgiers Eddy Merckx (49,4 km/h) angreifen.

Hartmann siegt durch K. o.

Mannheim (dpa) – Neuer deutscher Schwergewichtsmeister der Berufsboxer wurde der Frankfurter Reiner Hartmann. Der 25jährige holte sich den Titel durch seinen K.-o.-Sieg in der 6. Runde über Titelverteidiger Bernd August (Berlin), der bereits in der ersten Runde zweimal zu Boden ging und damit nach neun Jahren seinen Titel verlor.

Wightman-Cup an USA

Williamsburg (sid) – Mit einem 6:1-Erfolg holten sich die Tennisspielerinnen der USA den 45. Sieg in der Geschichte des Wightman-Cups. Die Engländerinnen gewannen diesen Länderkampf, der seit 1923 zum 55. Mal ausgespielt wurde, zuletzt 1978.

Israel nicht eingeladen

Kuwait (dpa) – Die 5. Asiatischen Leichtathletik-Titelkämpfe, die bis Mittwoch in Kuwait durchgeführt werden, dürfen nicht als „Asien-Meisterschaft" bezeichnet werden. Der Internationale Leichtathletik-Verband (IAAF) erlaubt nur die Bezeichnung „5. Asiatisches Leichtathletik-Treffen, Kuwait 1983", weil der Veranstalter Israel nicht eingeladen hatte.

Nur Fervers plaziert

New York (sid) – Mittelmäßig blieben die Leistungen der deutschen Reiter in den verschiedenen Prüfungen beim Offiziellen Springreiterturnier in New York. Für die herausragende Leistung sorgte Michael Fervers (Kaarst), der mit Hypo Sport im Mächtigkeitsspringen den 3. Platz erreichte.

Göteborg ist Meister

Göteborg (sid) – Titelverteidiger IFK Göteborg ist zum 4. Mal schwedischer Fußball-Meister. Nach dem 1:1 im Hinspiel wurde Finalgegner Östers Växjö in der zweiten Begegnung mit 3:0 besiegt.

Knapper Vorsprung

Berlin (dpa) – Mit einem Zwei-Tore-Vorsprung beendete Wasserball-Meister Spandau 04 Berlin das Hinspiel im Halbfinale des Europa-Pokals. Mit 11:9 wurde der holländische Meister ZC Alphen bezwungen.

Carson vor Piggott

London (sid) – Willie Carson ist neuer Champion der britischen Flachrennjockeys. Trotz mehrerer Sperren wegen rücksichtsloser Reitweise ritt Carson in diesem Jahr 159 Sieger. Auf 149 Sieger kam Titelverteidiger Lester Piggott, der bereits zehnmal britischer Champion war.

Bunge/Borg ausgeschieden

Houston (sid) – In der zweiten Runde der sogenannten „Mixed-Weltmeisterschaft" kamen die deutsche Weltranglisten-Achte Bettina Bunge und ihr Partner Björn Borg über die zweite Runde nicht hinaus. Im Endspiel des Tennis-Turniers von Houston stehen sich Chris Lloyd-Evert/Jimmy Connors und Andrea Jaeger/Roscoe Tanner gegenüber.

Legale Wassereinspritzung

Paris (dpa) – Der Internationale Automobilsportverband (FISA) hat die von Ferrari und Renault in der abgelaufenen Saison verwendete Wassereinspritzung bei ihren Turbo-Motoren für legal erklärt, weil sie es als erwiesen sah, daß dadurch keine Leistungssteigerung erbracht wurde. Damit wurde der Protest der Rennställe Tyrell und Williams von höchster Instanz abgelehnt.

FUSSBALL

Brasilien ganz schwach

dpa, **Rio de Janeiro**

Während in Uruguays Hauptstadt Montevideo die Menschen auf den Straßen tanzten und den Sieg ihrer Fußball-Nationalmannschaft im Südamerika-Cup feierten, breitete sich in Brasilien die bittere Erkenntnis aus, daß im größten lateinamerikanischen Land der Fußball nur noch ein Schattenbild seiner einstigen Weltklasse bietet.

Trotz hervorragenden Spiels der ersten Halbzeit vermochte Brasilien in dem mit 86 000 Menschen überfüllten Fonte-Nova-Stadion von Salvador im Bundesstaat Bahia gegen Uruguay nur ein 1:1-Unentschieden zu erkämpfen. Nachdem die Brasilianer im ersten Durchgang des Endspiels um den Südamerika-Cup gegen Uruguay 0:2 verloren hatten, reichte den Gästen aus dem südlichen Nachbarland das Unentschieden zur Meisterschaft.

„Offen gesagt: Das war nicht der brasilianische Fußball, der einst den Respekt der Welt errungen hat", kommentierte die Tageszeitung „Jornal do Brasil". Die Zeitung „O Globo" zog den Schluß: Die Brasilianer gaben (nach dem Gegentreffer Uruguays) auf und hatten nicht mehr die Kraft zum Sieg.

Brasiliens Trainer Carlos Alberto Parreira gab nach dem enttäuschenden Ergebnis zu, daß der brasilianische Fußball eine schwierige Phase durchlaufe. „Es fehlen Talente. Oder besser gesagt: Ihnen fehlt noch die Reife. Und vom Talent hängt alles im Fußball ab." Parreira will bis Juni 1984 eine neue Brasilien-Auswahl zusammenstellen, in der vor allem Nachwuchsspieler zum Zuge kommen sollen.

ZWEITLIGA / Karlsruhe gewinnt Spitzenspiel

Trotz Niederlage – mit Schalke ist zu rechnen

dpa, **Karlsruhe**

Für Lothar Späth, den Ministerpräsidenten im „Musterländle", war das 3:0 des Karlsruher SC im Schlagerspiel der Zweiten Fußball-Bundesliga gegen die Schalker in jeder Linie ein Erfolg Baden-Württembergs, zumal zur gleichen Zeit der VfB Stuttgart gegen Altmeister 1. FC Nürnberg sieben Treffer erzielt hatte. Späth zollte den Schalkern Anerkennung, „denn sie waren eine technisch brillante Mannschaft, die dem KSC das Siegen nicht leicht machte".

Schalkes Trainer Diethelm Ferner fügte hinzu: „In diesem Spitzenspiel zeigten wir, daß mit uns trotz der Niederlage weiter gerechnet werden muß." Der Karlsruher Werner Olk sieht sogar in den Schalkern den Top-Favoriten für den Aufstieg. Bescheiden rückte er seine Mannschaft auf die zweite Aufstiegsposition, denn „wir müssen noch mehr eine Mannschaft werden", und „wir haben noch einigen Leerlauf". Dies machte sich insbesondere in der ersten Halbzeit bemerkbar, als die Schalker den Ton angaben, technisch brillierten und den KSC blaß aussehen ließen.

Ferner haderte mit dem Schicksal, als zweimal seine Stürmer freie Schußbahn hatten und nur durch Halten am Weiterstürmen und Toreschießen gehindert worden waren.

Tatsächlich hätte keiner der 40 000 Zuschauer den Führungstreffer der Schalker kritisieren können, denn sie zeigten nicht nur eine herausragende Leistung, sondern bewiesen auch ihren Willen, bei der Vergabe der Meisterschaft ein entscheidendes Wort mitzureden. Pech für sie, daß sie von der 75. Minute an mit nur zehn Akteuren spielen mußten, nachdem Ex-Nationalspieler Bernard Dietz mit einer Wadenzerrung ausgeschieden war. Zu diesem Zeitpunkt hatte Ferner bereits zweimal ausgewechselt.

Die Ergebnisse

Aachen – Saarbrücken	2:1 (0:1)
Essen – Lüttringhausen	4:0 (4:0)
Hannover – Osnabrück	3:2 (0:0)
Freiburg – Ulm	1:1 (0:1)
Duisburg – Solingen	1:2 (0:0)
Köln – Oberhausen	3:1 (0:0)
Karlsruhe – Schalke	3:0 (1:0)
SCC Berlin – Stuttgart	2:1 (1:0)
Wattenscheid – Kassel	2:0 (1:0)
Darmstadt – Hertha BSC	4:3 (3:0)

DIE TABELLE

1. Schalke	14	9	4	1	34:13	22:6
2. Aachen	15	8	6	1	21:10	22:8
3. Karlsruhe	14	9	3	2	35:17	21:7
4. Kassel	14	8	3	3	32:15	19:9
5. Duisburg	14	7	4	3	25:12	18:10
6. Solingen	14	6	5	3	22:17	17:11
7. Freiburg	14	6	5	3	18:20	17:11
8. Köln	14	5	5	4	28:24	15:13
9. Hertha BSC	14	4	6	4	25:20	14:14
10. Darmstadt	14	5	4	5	19:27	14:14
11. Essen	15	5	3	7	25:24	13:17
12. Saarbrücken	15	5	3	7	22:31	13:17
13. Ulm	14	4	4	6	26:28	12:16
14. Hannover	15	3	6	6	20:29	12:18
15. Wattensch.	14	3	5	6	16:23	11:17
16. Osnabrück	15	4	3	8	13:26	11:19
17. Oberhausen	14	3	3	8	14:21	9:19
18. SCC Berlin	14	4	1	9	13:26	9:19
19. Lüttringh.	15	3	3	9	12:26	9:21
20. Stuttgart	14	2	4	8	16:27	8:20

Vorschau

Die nächsten Spiele: Freitag, 11. November, 20.00 Uhr: Osnabrück – Duisburg; Samstag, 12. November, 14.30 Uhr: Ulm – Karlsruhe, Kassel – Aachen, Stuttgart – Darmstadt; 15.30 Uhr: Oberhausen – Essen, Hertha BSC – Hannover; Sonntag, 13. November, 14.30 Uhr: Lüttringhausen – SCC Berlin; 15.00 Uhr: Solingen – Freiburg, Schalke – Wattenscheid, Saarbrücken – Köln.

Das „Ost-West-Magazin" des Deutschen Fernsehens: „Kontraste"

Kein Platz für Bildschirm-Gaukler

Im permanenten Festival der TV-Magazine ist es das ARD-Paradestück des „Senders Freies Berlin". Und „Kontraste" – anscheinend gilt hier: nomen est omen – kontrastiert auch ein wenig zu anderen Polit-Sendungen. Die Beiträge zur Lage in den Warschauer-Pakt-Staaten wirken niemals wie die Kaninchen, die aus dem Hut der Moderatoren herausgezaubert wurden. Und diese haben bei „Kontraste" weder den Charakter von Bildschirm-Gauklern noch von TV-Priestern, welche mediale Botschaften verkünden.

Das hängt wohl auch ein wenig damit zusammen, daß die Berliner das Montesquieusche Prinzip der Gewaltenteilung strikt anwenden. Moderator und Redaktionsleiter sind – im Gegensatz zu anderswo – nicht identisch, sondern personenverschieden. „Dies ist eine Frage der Organisation und keine Glaubensfrage. Die Trennung ist arbeitsökonomisch und nicht ideologisch bedingt", meint Johannes Parthum, Abteilungsleiter „Kontraste". Er moderiert niemals. Das überläßt er – wie heute abend – Joachim Braun, seit zwei Jahren Chefredakteur, oder dessen Stellvertreter, dem Hauptabteilungsleiter Zeitgeschehen, Peter Schultze. Dieser ruhige und erfahrene 61jährige Berlin-Troupier, der 1946 beim RIAS anfing und 1963 zum SFB ging, alternierte bereits mit Brauns Vorgänger Peter Pechel.

Es war Pechel – gebürtiger Berliner wie Schultze – der 1966, gleich nach seinem Dienstantritt als SFB-Chefredakteur, einen weißen Fleck auf der Medienkarte entdeckte und keine Ruhe ließ, bis dieser durch ein Ost-West-Magazin gefüllt wurde. Endlich, *am 18. Januar 1968, war es soweit.* Da kam estmals „Kontraste" auf den Bildschirm. Zu dem Moderatorengespann Pechel/Schultze gesellte sich als erster Redaktionsleiter Gottfried Kludas. 1973 wurde er von Johannes Parthum – von Anfang an mit von der „Kontraste"-Partie – abgelöst. Ihn eskortieren die Redakteure Hans von Brescius, Hermann Engelbrecht und

Kontraste – ARD, 21.15 Uhr

Joachim Trenkner. Anfangs kam „Kontraste" an zwölf Donnerstagabenden des Jahres, jeweils dreiviertelstündig. 1978 wurde es auf den Montag vorgezogen und ein wenig gekürzt. Seitdem wird es sechsmal 45 Minuten lang und sechsmal – wie *heute abend – 30 Minuten lang* gesendet. Die Einschaltquote liegt zwischen 14 und 16 Prozent.

Die ersten „Kontraste"-Folgen wurden 1968 sehr stark von dem Dubcekschen Reformkurs in Prag und von dessen tragischem Ende bestimmt. Seit etwa anderthalb Jahren liegt der Schwerpunkt auf den deutsch-deutschen Beziehungen.

So soll es auch heute abend sein. Da bringt Wolfgang Klein, ARD-Korrespondent in der „DDR", den Beitrag: „Mit Grünen und anderen Friedenstauben – *Erich Honecker* zeigt sich nach allen Seiten offen": eine – durch die jüngsten spektakulären Auftritte der „Grünen" in Ost-Berlin motivierte – Untersuchung über die Verrenkungen der „DDR"-Staatspartei im Umgang mit der westdeutschen Friedensbewegung, bei gleichzeitiger Verfolgung der Pazifisten im eigenen Lande.

Wie wenig etablierte Kommunisten von Friedensdemonstranten halten, wenn diese vor der eigenen Haustür kehren – das beweisen drei weitere „Kontraste"-Beiträge. Aus Prag berichtet Dieter Möller: „Der staatlich gelenkte Frieden – In der CSSR hat eine unabhängige Bewegung keine Chance." Dabei wird auch die Unterdrückung der katholischen Kirche – die in der CSSR weitaus weniger Spielraum als im benachbarten Polen hat – deutlich.

„Frieden als Lernfach – Impressionen aus einer Moskauer Schule" ist das Thema des Moskauer ARD-Korrespondenten Lutz Lehmann. Sein Kollege Peter Bauer analysiert hingegen den Militarismus in der UdSSR: „Ich diene der Sowjetunion – Die Selbstdarstellung des Militärs im sowjetischen Fernsehen."

Es handelt sich also um ein Themen-Quartett, das so recht in die politische Landschaft hinein- und zugleich wohl manchen westlichen Friedensbewegten, welche Kommunisten als Bündnispartner akzeptieren, wenig in den Kram paßt.

GISELHER SCHMIDT

KRITIK

Es bleibt in der Familie

An der Verfilmung der Stendhal-Novelle **Die Truhe und das Gespenst** (ARD) sind die personellen Hintergründe interessanter als das, was sich auf dem Bildschirm abspielt. Roger Hanin, der Regisseur und Drehbuchverfasser des 1981 im französischen Fernsehen uraufgeführten Streifens, ist in Frankreich als „Herr Schwager" bekannt. Unter seinen Mitarbeitern wird auch die Filmproduzentin Christine Gouze-Renal genannt. Sie ist in Wirklichkeit Frau Hanin und, was noch wichtiger ist, die Schwester der Frau des französischen Staatspräsidenten. Und jeder Franzose weiß, daß Hanin im *Mittelpunkt des Hofstaates steht,* der sich um Mitterrand aus Familienmitgliedern und aus Gefährten der Kampfzeit gebildet hat. Manche sind sogar der Meinung, daß im Volksfront-Frankreich alle wichtigen Entscheidungen in diesem Kreis gefällt werden.

Vor diesem Hintergrund staunt man doppelt über die grausame Operation, die Hanin an der Novelle vorgenommen hat. Stendhal läßt sie bewußt in Südspanien spielen, da diese düster-grandiose Geschichte von erzwungener Ehe und unterdrückter politischer Freiheit ohne die traditionellen spanischen Ehrbegriffe unverständlich bliebe. Hanin hielt es jedoch für richtig, sie mit Rücksicht *auf das französische Publikum* frischfröhlich in das Frankreich der Restaurationszeit zu übertragen.

Das erinnert daran, daß für den Durchschnittsfranzosen Spanien in erster Linie das Land ist, das billige Dienstboten liefert. Unter dem Volksfront-Regime von Hanins Schwager hat sich diese Geringschätzung des Nachbarn hinter den Pyrenäen noch verstärkt – keine bürgerliche Regierung behandelt die sozialistische Regierung in Madrid so schlecht, wie das Mitterrand tut.

Die gewaltsame Verpflanzung der Story hat dem Film geschadet. Er ist zwar eine Spur besser als die beiden kürzlich aus Frankreich importierten Balzac-Verfilmungen („Nana", Glanz und Elend der Kurtisanen"). Mit der spanischen Härte fiel jedoch auch die unterirdische erotische Spannung der herrlichen Novelle weg. Der Film nähert sich mit Busengrabscherei und Grimassen leider teilweise dem Vaudeville-Stil der Pariser Boulevardtheater.

ARMIN MOHLER

STUDIO

Friedensnobelpreisträger **Lech Walesa** ist die Hauptfigur eines zweistündigen Fernsehspiels, das der britische Dramatiker Tom Stoppard („Rosenkrantz und Güldenstern sind tot") verfaßt hat. Stoppards Stück befaßt sich mit den sechs Monaten vor der Verhängung des Kriegsrechts in Polen. Der Titel „Die Quadratur des Kreises" ist ein Zitat aus einer Rede in dem Stück und verdeutlicht die Problematik des Versuchs, westliche Freiheiten mit dem sowjetischen Kommunismus in Einklang zu bringen.

*

Eine **kontinuierliche Zusammenarbeit** bei musikalischen Veranstaltungen und Produktionen haben das Zweite Deutsche Fernsehen und der Hörfunk des Westdeutschen Rundfunks vereinbart. Begonnen hat diese Zusammenarbeit bereits im Oktober, als das ZDF für seine Sendung „Hätten Sie heut' Zeit für uns" die Big Band des WDR unter Leitung von Werner Müller engagierte. Im kommenden Jahr soll es sechsmal zu der bislang seltenen Zusammenarbeit zwischen den Anstalten Köln und Mainz kommen.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Ich heirate eine Familie ...
10.50 Machen wir's in Liebe
12.40 Tagebuch (ev.)
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Zeit zum Tanzen
Über die neue Lust am Jazz-Tanz
Film von Harald Eberhard und Utz Weber
17.15 Spaß muß sein
Mit Hanni und dem Walroß
17.40 Tele-Lexikon
Stereo-Mikroskop
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Rote Erde
5. Die Grube brennt
21.15 Kontraste
Mit Grünen und anderen Friedenstauben – Erich Honecker zeigt sich *nach allen Seiten offen / Der* staatlich gelenkte Frieden – In der CSSR hat eine unabhängige Bewegung keine Chance / Frieden als Lernfach – Impressionen aus einer Moskauer Schule / „Ich diene der Sowjetunion" – Die Selbstdarstellung des Militärs im sowjetischen Fernsehen
Moderation: Joachim Braun
21.45 Sieh an, sieh an
Ein Unterhaltungsmagazin von und mit Karin von Faber
Vorgesehen sind Beiträge über Pierre Cardin / Peter Peyton / Sandra Milo / Mstislav Rostropowitsch
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Passion
Franz.-schweiz. Spielfilm, 1982
Mit Isabell Huppert, Hanna Schygulla
Ein polnischer Regisseur dreht in der Schweiz *unter wachsenden* Schwierigkeiten einen Film. Dazu holt man Komparsinnen aus einer benachbarten Fabrik, wo eine entlassene junge Arbeiterin ihre Kolleginnen zu solidarisieren versucht.
00.30 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mathematik und Experiment
Letzte Folge: Mathematische Naturbeschreibung?
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Heiter bis wolkig
6. Mädchen mit Brille
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Alice mit „Carthago"
17.50 Die Straßen von San Francisco
Tod in der High Society
dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Ich heirate eine Familie ...
20.15 Gesundheitsmagazin Praxis
Soziale Initiativen gesucht – Start eines bundesweiten Wettbewerbs / Katastrophenschutz im Krankenhaus – Eine notwendige *Warnung / Haartransplantationen* – Enttäuschte Hoffnungen?
Moderation: Hans Mohl
21.20 Das Fernsehspiel der Gegenwart
Datenpanne – das kann uns nie passieren
Film von Daniel Christoff
Mit Wolfgang Bathke, Gabriele Garsoffky u. a.
Wir befinden uns im Jahre 1991: Der Ex-Botaniker Thilo Meier, der nach mehr als zweijährigem spontanem Aussteiger-Aufenthalt in Fernost nach Hause zurückkehrt, muß erfahren, daß sich in den Jahren seiner Abwesenheit hier Entscheidendes geändert hat. Durch seine abgelaufene Identitätskarte bleibt er schon in der Flughafenkontrolle hängen – das ist sozusagen normal.
23.00 Filmforum:
Black Cinema
Das Kino der schwarzen Amerikaner
Anschl.: Ratschlag für Kinogänger „Das Osterman-Weekend"
23.50 heute



Der Fabrikbesitzer (Michel Piccoli) beobachtet eine seiner Angestellten während der Mittagspause (Passion – ARD, 23.00 Uhr)

FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Perle der Karibik
21.45 Ehrenbürger Hitler
22.15 Sport-Platz

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Flexible Pensionierung – sanft in den Ruhestand
19.00 Familientraining II (1)
19.15 Hochbegabte – eine vernachlässigte Minderheit?
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Fenster
21.00 Für Leser und Liebhaber
21.15 Leute
22.45 Tote Technik
23.10 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Spaß im Dritten mit
Bills Klamottenkiste
19.00 Produkte für den Frieden
19.30 Elternstammtisch
20.00 Tagesschau
20.15 Horizonte
21.00 Drei aktuell
21.15 Task Force Police (6)
Beutejäger
22.05 Bücher-Report

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Chemie (4)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Bonanza
20.20 Menschen unter uns:
Otto E., Farmer in England.
Ein Kriegsgefangener, der nicht heimkehren wollte
21.05 Opas Weltraum-Utopien:
Flash Gordons Flug zum Mars
Der Rauch des Vergessens
21.25 Jazz am Montagabend
22.00 Der kleine Tod
Kulturgeschichte der Drogen

BAYERN
18.15 Da schau her!
18.40 Der Paddington-Bär
18.45 Rundschau
19.00 Oktave der Angst
19.05 Hände wie Samt
Italien. Spielfilm, 1979
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Z. E. N.
22.05 Nachwachsende Rohstoffe
22.50 Playback
Aus „Columbo"
23.55 Rundschau

Sport in Zahlen... Sport in Zahlen... Sport in Zahlen...

FUSSBALL

Erste englische Division: Arsenal – Sunderland 1:2, Birmingham – Coventry 1:2, Manchester United – Aston 1:2, Norwich – Southampton 1:0, Nottingham – Wolverhampton 5:0, Queen's Park – Luton 0:1, Stoke – Tottenham 1:1, Watford – Leicester 3:3, Bromwich – Notts 2:0, West Ham – Ipswich 2:1. – **Tabellenspitze:** 1. Manchester United 25 Punkte, 2. Liverpool 23, 3. West Ham 23, 4. Luton 22.

„DDR"-Oberliga, 9. Spieltag: Chemie Leipzig – Erfurt 2:1, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) – Frankfurt 2:2, Jena – Riesa 4:6, Magdeburg – Dynamo Ost-Berlin 4:1, Union Ost-Berlin – Rostock 1:1, Halle – Lok Leipzig 1:3, Dresden – Aue 6:0. – **Tabellenspitze:** 1. Dresden 23:8/13:5, 2. Magdeburg 23:10/13:5, 3. Lok Leipzig 19:10/13:5, 4. Dynamo Berlin 26:16/12:6.

EM-Qualifikation „Unter 16": Deutschland – Norwegen 4:3 (2:2).

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 10. Spieltag: Bayreuth – Wolfenbüttel 80:74, Köln – Osnabrück 93:72, Heidelberg – Leverkusen 51:60, Charlottenburg – Gießen 67:69, Göttingen – Hagen 78:72. – **Bundesliga, Damen, 6. Spieltag:** Köln – Nürnberg 58:58, München – Leverkusen 84:66, Düsseldorf – Leimen 107:44, Marburg – Porz/Hennef 50:45.

EISHOCKEY

Bundesliga, 13. Spieltag: Iserlohn – Rosenheim 3:6, Köln – Mannheim 4:3, Freiburg – Kaufbeuren 4:3, Düsseldorf – Landshut 2:4, Schwenningen – Riessersee 7:1.

HANDBALL

Supercup, Herren, Vorrunde, 3. Spieltag, Gruppe A: UdSSR – „DDR" 27:20, Rumänien – Deutschland B 27:19. – Gruppe B: CSSR – Schweden 23:25, Jugoslawien – Deutschland A 17:17. – Halbfinale Gruppe B: Deutschland A – Deutschland B 14:16, Schweden – „DDR" 24:23, Gruppe A: Jugoslawien – UdSSR 23:27, CSSR – Rumänien 26:27.

Länderspiele der Damen: Deutschland – China 28:28, Deutschland – China 24:22.

Bundesliga, Damen, 4. Spieltag: Gruppe Nord: Eilbeck – Kiel 18:17. – Gruppe Süd: Malsch – Frankfurt 19:13.

Supercup, Trostrunde: Spiel um Platz sieben: Deutschland A – „DDR" 18:24. – Spiel um Platz 5: Deutschland B – Schweden 20:27.

RINGEN

Bundesliga, 12. Wettkampftag, Gruppe West: Aschaffenburg – Bonn-Duisdorf 20,5:16,5, Goldbach – Schifferstadt 13:23, Aldenhoven – Königshofen 27:13, Witten – Köllerbach 32:7. – Gruppe Süd: Hallbergmoos – Aalen 12:27,5, Urloffen – Freiburg-St. Georgen 27:12,5, Reilingen – Wiesental 19,5:18, Freiburg-Haslach – Triberg 18,5:16,5.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 6. Spieltag: Bad Hamm – Jülich 5:9, Düsseldorf – Reutlingen 6:9, Herbornseelbach – Grenzau 4:9, Bremen – Heusenstamm 9:3, Saarbrücken – Altenar 9:1. – **Bundesliga, Damen, 6. Spieltag:** Frankfurt – Stuttgart 9:4, Kiel – Donauwörth 9:6.

1. Saarbrücken	6 6 0 0	54:14	12:0
2. PSV Düsseldorf	6 5 0 1	51:28	10:2
3. TTC Grenzau	6 4 1 1	47:35	9:3
4. Reutlingen	6 4 0 2	43:33	8:4
5. TTC Altena	6 3 0 3	41:36	8:4
6. TuS Bejmen	6 3 0 3	33:41	6:6
7. TTC Jülich	6 2 1 3	43:44	5:7
8. GW Bad Hamm	6 1 1 4	36:47	3:9
9. Heusenstamm	6 0 1 5	21:53	1:11
10. Herbornseelb.	6 0 0 6	16:54	0:12

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren, 7. Spieltag: Fort. Bonn – Leverkusen 2:3, Frankfurt – München 3:2.

1. USC Gießen	6	18:1	12:0
2. VBC Paderborn	6	15:4	10:2
3. Hamburger SV	6	14:9	8:4
4. VC Passau	6	13:10	8:4
5. Orplid Frankfurt	7	15:14	8:6
6. 1860 München	7	15:18	6:8
7. Fortuna Bonn	7	11:17	4:10
8. TuS 04 Leverkusen	7	9:18	4:10
9. SSF Bonn	6	8:17	2:10
10. SC Norderstedt	6	6:16	2:10

Bundesliga, Damen, 4. Spieltag: Oythe – Darmstadt 3:0, Münster – Godesberg 3:0, Vilsbiburg – Feuerbach 3:1, Stuttgart – Augsburg 0:3, Berlin – Lohhof 0:3.

1. VfL Oythe	4	12:0	8:0
2. USC Münster	3	9:0	6:0
3. SV Lohhof	2	6:0	4:0
4. Viktoria Augsburg	3	7:4	4:2
5. SG JDZ Feuerbach	4	7:7	4:4
6. TSV Vilsbiburg	4	6:9	4:4
7. TuS Stuttgart	3	3:7	2:4
8. Godesberger TV	4	5:10	2:6
9. TSV Rudow Berlin	3	1:9	0:6
10. Orplid Darmstadt	4	2:12	0:8

Europapokal-Qualifikation: Gießen – Hapoel *Hamapil 3:1,* CCV Verbund/Niederlande – Passau 3:0.

JUDO

Deutsche Einzelmeisterschaften der Damen in Langenfeld, bis 48 kg: 1. Emich (Rüsselsheim), bis 52 kg: 1. Schmidhuber (München), bis 56 kg: 1. Philips (Bad Godesberg), bis 61 kg: 1. Wahnsiedler (Frankfurt), bis 66 kg: 1. Scheiber (Leverkusen), bis 72 kg: 1. Kutz (Braunschweig), über 72 kg: 1. Bickmann (Ostbevern).

BOXEN

Profiboxen in Mannheim: Leichtgewicht: Weller (Pforzheim) techn. K.-o.-Sieg 5. *Rd.* – *Grimbert.* – *Mittel:* Rocchigiani (Berlin) PS 4. *Rd.* – Lefeber (Holland). – Mittel: Katende (Uganda) PS 8 Rd. – Uusivirta (Finnland). – Superwelter: Theodossiadis (Griechenland) PS 4 Rd. – Schulz (Berlin).

KUNSTTURNEN

Internationaler DTB-Pokal in Stuttgart: Mannschaftswertung: 1. China 174,95 Punkte, 2. Deutschland (Geiger/Japzok/Winkler) 172,90, 3. Japan 172,20, 4. Ungarn. – **Einzelwertung:** 1. Xu 58,75, 2. Li 58,60, 3. Johnson 58,05, 4. Borkai 58,00, 5. Winkler 57,80, 6. Geiger 57,65, 6. Teraao 57,65, 8. Huang 57,60, 9. Japtok 57,45, 10. Takeuchi 57,40.

REITEN

CSIO in New York, Weltcupspringen (Nordamerikaliga): 1. Matz (USA) Jet Run o. Fehlerpunkte/29,29 Sek., 2. Godignon (Frankreich) Je t'adore 0/30,04, 3. Deslauris (Kanada) Aramis 4/29,50, 4. Monahan (USA) Noren 4/29,64, 5. Cheska (USA) Eavendale 4/29,76, 6. Jenkins (USA) Coast Line 4/30,42, alle im Stechen.

WASSERBALL

Europapokal, Halbfinal-Hinspiel: Spandau 04 – Alphen/Holland 11:9.

GALOPP

Rennen in Köln: 1. R.: 1. Slenderella (G. Bocskai), 2. Wonder Star, 3. Palomas, Toto: 20/11, 14, 20, ZW: 68, DW: 316, 2. R.: 1. Bolschoj (M. Hofer), 2. *Arcturus, 3. Gläsecke, Toto: 38/14, 15,* 34, ZW: 84, DW: 1920, 3. R.: 1. Nathia (M. Hofer), 2. Tomahawk, 3. Waldzauber, Toto: 28/13, 14, 15, ZW: 76, DW: 320, 4. R.: 1. Nicode (R. Malinowski), 2. Kavalkade, 3. Congora, Toto: 32/18, 28, 54, ZW: 240, DW: 4660, 5. R.: 1. Junior-Lombard (M. Hofer), 2. Treiber, 3. Ako, Toto: 20/11, 15, ZW: 52, DW: 208, 6. R.: 1. Ostkönigin (K. H. Hoffmann), 2. Ad Ludo, 3. Playa, Toto: 28/14, 13, 34, ZW: 124, DW: 1552, 7. R.: 1. Trentino (T. Kelleher), 2. Tapajos, 3. Boran, Toto: 424/86, 54, 54, ZW: 1960, DW: 13620, 8. R.: 1. Renate (D. Ilic), 2. Omura, 3. Inachos, Toto: 68/20, 15, 20, ZW: 364, DW: 1804.

TENNIS

Weltmeisterschaften in Houston, Mixed: Jäger/Tanner (USA) – Nastase/Mandlikova (Rumänien/CSSR) 2:6, 7:5, 7:5, Evert-Lloyd/Connors (USA) – Walts/Nagelsen (USA) 7:6, 6:2.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 13, 15, 24, 30, 43, 47, Zusatzzahl: 7. – *Spiel 77: 4 2 6 1 3 3 0.* – **Toto:** Elferwette: 0, 0, 1, 1, 1, 2, 1, 0, 2, 1, 1. – **Glücksspirale:** Endziffern: 67, 061, 4821, 56 599, 379 960, 6 396 434. – Prämienziehung: 844 914, 631 001, 875 466.

(Ohne Gewähr)



Pankraz, die Polizei und die Stadtlaternen

Gut entwickelt hat sich bei uns in den letzten Jahren die sogenannte Kulturgeschichtsschreibung, die sich mit der Entstehung technischer Geräte und industrieller Groß- und Kleinformen beschäftigt. Leider haben viele der jüngeren einschlägigen Autoren ein marxistisches Brett vor dem Kopf, was die Freude an der Sache beträchtlich mindert. So las Pankraz in einer Geschichte des Beleuchtungswesens, die „herrschende Klasse" habe seinerzeit nur deshalb Laternen in den Städten installiert, um dem heimlichen Treiben der „Unterklasse" auf die Spur zu kommen; das neue Licht habe von Anfang an einen „polizeilichen Klassenauftrag" gehabt. Deshalb seien denn auch in der Französischen Revolution die Aristokraten bevorzugt an Laternen aufgeknüpft worden.

Ein anderer Autor, der an einer Geschichte des industriellen Designs laborierte, konstatierte im Gegensatz zu seinem Beleuchtungskollegen eine „kapitalistische Ästhetik des Verbergens". Die neuen Produktionsmittel seien Instrumente der Ausbeutung und Unterdrückung gewesen, scheußlich in ihrem nackten Anblick, und deshalb hätten sie die Designer mit glatter Außenhaut umhüllen müssen. Besonders die Stromlinie um moderne Autos und Lokomotiven sei nichts weiter als ein Ausdruck des Faschismus.

Ob also Beleuchtung oder Verdunkelung, scharf funktionelle Kontur oder mollige Umhüllung – den Ideologen kann man es nie recht machen. Sie schlagen alles über einen einzigen Leisten. Dabei wäre es äußerst reizvoll, einmal der Dialektik von Enthüllung und Verbergung im Zivilisationsprozeß ohne Scheuklappen näherzutreten. Zweifellos hat man es hier mit zwei der wichtigsten Kulturmotive zu tun, deren geschichtliches Auf und Ab das Leben des einzelnen wie der Sozietät ganz entscheidend geprägt hat und weiter prägt.

In der Kleidermode, in der Architektur, bei den sexuellen Gebräuchen und religiösen Riten, in der Dichtung und in der Art und Weise des täglichen Sprechens – überall läßt sich diese Dialetik von Entbergung und Verbergung nachweisen. „Nackte" Perioden stehen neben „angezogenen", und nicht immer ist das nur zeitlich zu verstehen. In Afrika finden wir beispielsweise Stämme, die die Sexualorgane in ihrer Mode geradezu prunkend ausstellen, unmittelbar neben anderen, die sie gnädig verhüllen; im alten Athen gab es neben den gewaltigen, schreiend bemalten Götterbildern verschwiegene, labyrinthisch ummauerte Tempel, die dem „Deus absconditus", dem „verborgenen Gott", geweiht waren. Dichterschulen, die „alles auszusprechen" lehrten, konkurrierten mit solchen, die das Sprechen in Andeutungen bevorzugten und zur höchsten Raffinesse vortrieben.

Näher hin zum Zeitalter der Industrie finden wir Fabriken, die wie gotische Kathedralen oder orientalische Moscheen gebaut sind, ihre eigentliche Funktion mithin perfekt verbergen. Sie werden im „Bauhaus" abgelöst von Gebäuden, die die Funktion nicht nur rücksichtslos offenlegen, sondern in denen auch noch die Funktion der einzelnen Bauelemente selbst überdeutlich herausgestellt wird. Der „Bauhaus"-Stil ist begleitet von einer aggressiven „Bauhaus"-Ideologie, in dem es von Vokabeln wie „Ehrlichkeit", „Aufklärung", „ungeschminkt" oder „offen" nur so wimmelt. Die Dialektik von Entbergung und Verbergung wird resolut aufgelöst: Einzig die Entbergung darf noch einen positiven sozialen Rang beanspruchen, die Verbergung dagegen ist bloße Reaktion, „Ewiggestriges", „Dunkelmännertum".

Überhaupt neigt die Moderne in ihrem bisherigen Verlauf überwiegend zur Apologie der Entbergung. Das „Licht" des Fortschritts wurde zur stehenden Redewendung, die englische Vokabel „to entlighten" meint sowohl Beleuchtung und Aufklärung wie auch Belehrung, Klügerwerden. Der Gestus des Enthüllens genießt hohes Ansehen, der Typ des Detektivs, der „etwas aufdeckt", wird allumfassend. Wissenschaftler, Journalisten, Kochbuchverfasser: Sie alle gerieren sich als Detektive.

Erst in jüngster Zeit schlägt das Pendel wieder zurück; unser oben zitierter Beleuchtungshistoriker ist Symptom dafür. Die Zahl der Schattenliebhaber wächst wieder, vielleicht noch nicht an den Urlaubsstränden, dafür aber unter Mythenforschern, Literaturliebhabern, „postmodernen" Architekten. Gewisse Dinge möchte man gar nicht mehr so genau wissen, oder man behält sein Wissen für sich, teilt es ungern mit dem anderen, vor allem wenn es sich bei dem anderen um eine Datenbank handelt. „Licht" wird mit „Polizei" assoziiert. Die Mode zeigt wieder große Faltenwürfe, die mehr verbergen als enthüllen und der Phantasie viel Raum geben.

Der Pendelausschlag hat seinen guten Grund, so einfältig und unbequem auch manche seiner Äußerungsformen sein mögen. Letztlich verkümmert ja nicht nur die Phantasie, sondern darüber hinaus jedes klare Unterscheiden und Denken, wenn alles in ein gleichmäßig helles Licht getaucht ist. Alles Licht setzt Dunkelheit voraus und wird nur Helligkeit durch den Gegensatz zu diesem Dunkel. Wenn es keine Geheimnisse mehr gibt, gibt es auch nichts mehr zu erforschen und aufzuklären. Andererseits gilt freilich auch: Nur dem forschenden Geist wird die wahre Macht und Erhabenheit des Geheimnisses bewußt. Es ist ein Geben und Nehmen, bei dem keiner Seite das Prä der vornehmeren Abstammung zukommt.

Bei alledem sollte man nicht vergessen (dies gegen die marxelnden Industriehistoriker): Daß wir durch einen einzigen Knipser ganze Häuser und Städte in strahlendes Licht tauchen können, ist und bleibt eine großartige Sache. Jeder ehemalige Kerzenputzer aus der Unterklasse würde das bestätigen.

Pankraz

Malerei als lebenslange Camouflage: Die große Francis-Picabia-Retrospektive in Düsseldorf

„Jede Überzeugung ist eine Krankheit"

Mit vollem Namen hieß er Francis Maria Martinez della Torre y Picabia. Er wurde 1879 als Sohn einer französischen Mutter und eines spanischen Vaters in Paris geboren, wo der Vater als kubanischer Botschafter akkreditiert war. Das garantierte gewissermaßen die „Jeunesse dorée" des Sohnes. Ende November 1953 starb der lebenslängliche Anarchist in seinem Pariser Geburtshaus als Ritter der Ehrenlegion. Seine finanzielle Unabhängigkeit erlaubte es ihm, zeitlebens Anarchist und Nihilist zu sein; ohne profane Existenzsorgen konnte er malen und experimentieren, provozieren und schokkieren, Kollegen, Kritiker und die Kunst selber desavouieren. Was sollte ihn hindern, permanent revolutionär zu sein oder sich so zu gebärden? Er nützte es aus mit einer grimmigen Lust an der Paradoxie.

Picabia gleicht auf seine Art dem Schriftsteller Francis Scott Fitzgerald. Er liebte Glanz und Luxus, schnelle Autos und schöne Frauen. Über sein Charakterbild gibt es unterschiedliche Darstellungen; sie sind so widersprüchlich wie sein Werk und seine eigenen Äußerungen, in denen starke Worte mit poetischen Sentenzen immerzu wechseln. Ludmilla Vachtova zum Beispiel schildert ihn als einen scheuen, an Depressionen leidenden Menschen mit empfindlichen Nerven, der vergeblich aus seiner gesellschaftlichen Prädestination auszubrechen versuchte. Der Dadaist Hans Richter dagegen beschreibt das Auftreten des zeitweiligen Dadaisten Picabia in Zürich so: „Geist, Geld, Gedichte und einen Goya-Kopf direkt auf dem Brustkorb ohne den Umweg über den Hals, zynisch und mit der Vitalität eines andalusischen Stiers. Ein Weltenbummler mitten im Weltkrieg!"



Aus der Epoche der Monster und Transparenzen: „Im Theater" (1935) von Francis Picabia, aus der Düsseldorfer Ausstellung FOTO: WALTER KLEIN

Tatsächlich war Picabia ein Vagabund in jeder Beziehung. „Man muß Nomade sein", sagte er, „durch die Ideen ziehen, wie man durch Länder und Städte zieht." Dementsprechend wechselte er ständig seinen Wohnort wie seine Autos, seine Freunde und Freundinnen, seine Ideen, seinen Stil. Man hat versucht, seine Stilperioden in einen fünfjährigen Rhythmus einzuteilen; und es gibt regelrechte Kalender, die diesen Rhythmus wieder in genau begrenzte Phasen zerlegen, etwa so: Bis 1907 versucht er sich, mit wenig Glück, in der Malerei des Impressionismus und des Fauvismus, beginnt dann mit abstrakten Zeichnungen, nähert sich dem Kubismus und Futurismus und entdeckt 1911 den „Goldenen Schnitt"; 1912 setzt die Periode des Orphismus ein.

In New York, 1915, begegnet er Marchel Duchamp und wird Dadaist; es entstehen die berühmten „mechanischen" oder „mechanomorphen" Zeichnungen und Gemälde. Ab 1918 gehört er zu den führenden Dada-Köpfen in Paris und Zürich, bis es zum Zerwürfnis kommt; dann beschimpft er die Dadaisten als „blöde Hammel" und wendet sich dem Surrealismus zu, malt ab 1924 wieder gegenständlich, sogenannte „Monster", „Transparenzen" und fragwürdige Nuditäten, deren „Phasen" sich vielfach überschneiden. Nach dem Krieg, 1945, kehrt er zur Abstraktion zurück, diesmal zur informellen.

Es ist schwer auszumachen, wieviel Ironie oder Ernsthaftigkeit, wieviel Anpassung, Zynismus oder Persiflage bei seinen vielen Wendungen und Eskapaden jeweils im Spiel war. „Jede Überzeugung ist eine Krankheit", pflegte er zu sagen und malte Bilder für den Salon und für den nordafrikanischen Markt. Kritikern, die das so geschmacklos fanden wie manche seiner Bilder, antwortete er: „Der gute Geschmack ist so langweilig wie die gute Gesellschaft."

Picabia war sicher kein Charakterheld und als Maler gewiß kein Genie; aber er war ein unruhiges, proteisches Talent von stupendem Ideenreichtum und einer geradezu wuchernden Bildphantasie, das von sich selbst überzeugt war: „Lieben Sie nur meine Bilder! Morgen werden Sie sie schön finden und übermorgen wunderbar." Er hat recht behalten. Seine Bilder werden auf dem Markt fünfstellig gehandelt, und die Museen der Welt zeigen sie als wichtige Zeugnisse der Kunstgeschichte unseres Jahrhunderts, auch jene, mit denen seine Interpreten lange Zeit nichts anzufangen wußten und die seine Freunde eher in Verlegenheit als in Hochstimmung versetzten.

Daran hält sich auch die große Picabia-Ausstellung der Düsseldorfer Kunsthalle, die mit über 180 Gemälden und Zeichnungen das Werk des umstrittenen Alleskönners zum ersten Mal in Deutschland in solchem Umfang zeigt. Sie scheut sich nicht, auch die schlimmen Kitschbilder zu präsentieren und auch zweit- und drittrangige Arbeiten, die in einer redlichen Retrospektive gewiß nicht fehlen dürfen.

Vieles, was einmal als fragwürdig galt, ist durch die allgemeine Kunstentwicklung der letzten Jahrzehnte inzwischen „rehabilitiert" worden, und Picabia steht unversehens wieder wie vor 60 Jahren als ein Vorläufer da, dessen Anregungen von der Pop-art über den modernen Realismus bis zu den Neuen Wilden, von Richard Lindner und Jasper Johns bis zu Hans Erni und den surrealen Expressionisten unserer Tage zu spüren sind (bis 4. 12. 83; Katalog 35 Mark; 3. 2.–25. 3. 84 Kunsthaus Zürich, 7. 4.–27. 5. Moderna Museet Stockholm).

EO PLUNIEN

„Berlin – ein Meer des Friedens": Uraufführung einer Groteske von Einar Schleef in Heidelberg

Die Zimmerschlacht als Vorspiel zur Sintflut

Nur der Fernseher bleibt ganz. Selbst an dem kritischsten Punkt dieses an Temperamentsausbrüchen nicht eben armen Familien-Fernsehabends, an dem Facharbeiter Walter seiner Gemahlin Hilde den Kopf mit schon beängstigender Wucht gegen die Flimmerkiste schlägt – „so, jetzt hast du deine Mattscheibe" –, erweist sich das ewig dudelnde Gerät als unverwüstlich. Die übrige Wohnungseinrichtung hingegen hatte Walters überschüssiger Kraft zuvor fast keinen Widerstand entgegengesetzt: Die im volkseigenen Möbelwerk hergestellte Wohnzimmergarnitur war unter seinen Händen ebenso willig zu handlichem Bruch für den Müllschlucker zerborsten wie das bunte Porzellan, aus dem man die süßen Leckereien aus der volkseigenen Schokoladenfabrik genascht hatte.

Alles in dieser Ostberliner Zweizimmerwohnung geht im Verlaufe des Fernsehabends, der da auf der Bühne gezeigt wird, kaputt – nur der schwarzweiße Bilder sprudelnde Kasten funkt weiter, bringt „Bonanza" und „Ein Kessel Buntes", funkt Unwetter, Nachrichten und Wasserstandsmeldungen, funkt auch noch, als das Hochwasser die Wohnung erreicht. Schließlich versinkt alles in den Fluten, die Kinder schwimmen vorbei, von keiner Mauer mehr aufgehalten. „Es gibt keine Grenze", sagt der Vater, „nur offenes Meer."

Der Schriftsteller Einar Schleef, der als Regisseur und Bühnenbildner am ehemaligen Brecht-Theater in Ost-Berlin Mitte der siebziger Jahre kurze Zeit für Aufsehen sorgte, bis er vor ein paar Jahren in den Westteil der Stadt ging, hat in dem Einakter „Berlin – ein Meer des Friedens" die Beobachtungen und Erfahrungen aus seiner Ostberliner Zeit zu einer wütenden Spießergroteske zusammengeschmolzen. Das Stück, das jetzt im Heidelberger Zimmertheater uraufgeführt wurde, hat seine besten Momente immer dann, wenn es im Realistischen verharrt. Da wird sehr schön erzählt, wie die kurzen Phasen privater Harmonie zwischen den beiden Protagonisten zugleich mit euphorischen Bekenntnissen zu Staat und Staatspartei einher gehen, während dann, wenn im Wohnraum die Fetzen fliegen, auch die staatliche Willkür und Unterdrückung erkannt und lautstark kritisiert wird. Details wie diese präpariert das Stück sauber und präzise heraus.

Und doch ist Schleefs Wohnzimmer-Apokalypse alles in allem ein unbefriedigendes Etwas: Unentschieden zwischen dem sozialkritischen Jargonstück Marke Kroetz und den visionären Unheilsbeschwörungen eines Heiner Müller hin und her schlingernd, gerät das Stück zum überhitzten Bubenstreich, in dem es nur deshalb kracht, weil die Anwesenden sich wundern sollen. Da Schleef seinen Figuren zudem eine eigene Sprache verweigert und sie nur schreien und grölen läßt, ist der einzige Kontrapunkt zu den krachenden Möbeln und den krachenden Deichen das Krachen der Stimmbänder in Kehlen der Schauspieler.

Sigrid Wiegenstein hat Schleefs Stück in Heidelberg geradezu ehrfürchtig in Szene gesetzt – und so dessen Schwächen munter ausgeplaudert. Dietrich Hollinderbäumer ist der Mann: In seinem Sessel wie in einer Festung hockend, hat er manchmal etwas von einem lauernden Höhlenbewohner. Barbara Klein als seine Frau bleibt daneben blaß, trotz schrill bonbonfarbener Kleidung. Nach eineinhalb Stunden ist der Spuk vorbei, ohne jemals wirklich beängstigend gewesen zu sein.

JENS FREDERIKSEN

JOURNAL

Polen gründet neuen Schriftstellerverband

AFP, Warschau

Ein neuer Schriftstellerverband ist am Wochenende in Polen gegründet worden. Die linientreue Organisation hat den Namen ZLP von der im August aus politischen Gründen aufgelösten früheren Vereinigung übernommen. Verbandsvorsitzende ist Halina Auderska. Die Zahl der ZLP-Mitglieder wurde nicht genannt. Pressemeldungen zufolge haben sich in der Organisation Autoren zusammengeschlossen, welche „die verfassungsmäßigen Grundsätze des sozialistischen Systems der Volksrepublik Polen" akzeptieren und die „gesellschaftliche Rolle der Schriftsteller und der Literatur" in Polen wiederherstellen wollen.

Fellini dreht ein zweites „Dolce Vita"

SAD, Rom

Federico Fellini will sein klassisches Leinwandepos „La Dolce Vita" neu verfilmen. Das süße römische Leben der fünfziger Jahre soll auf das der achtziger Jahre übertragen werden. Der 63jährige Regisseur hat sich auch schon eine Schöne ausgesucht, die im Trevi-Brunnen auf den Spuren Anita Ekbergs baden soll: Heather Parisi, eine Amerikanerin. Doch Fellini vergißt Anita Ekberg nicht: Sie soll im neuen Film (Arbeitstitel: Dolce Vita Nr. 2) als Nonne auftreten, die Unterschriften für eine Aktion gegen Pornographie sammelt.

Zeffirelli eröffnet die Scala-Saison

DW. Mailand

Die Mailänder Scala geht in der kommenden Saison mit zwei Inszenierungen in den Sportpalast der Stadt. Die Uraufführung der Oper von Karlheinz Stockhausen „Samstag aus Licht" sowie das Ballett „Dionysos" von Maurice Béjart werden dort und nicht im Teatro alla Scala gezeigt. Eröffnungspremiere am 7. Dezember ist „Turandot" von Giacomo Puccini in der Regie von Franco Zeffirelli. Dirigent ist Lorin Maazel, es singen Placido Domingo, Eva Marton und Katia Ricciarelli. „Ariadne auf Naxos" von Richard Strauss wird in der Inszenierung der Bayerischen Staatsoper angekündigt. Außerdem stehen die beiden Kurzopern von Leonard Bernstein, „Trouble in Tahiti" und „A quiet Place", auf dem Spielplan. Aus Geldmangel verzichtet die Mailänder Oper in der kommenden Saison auf die Benutzung der „Piccola Scala", ihres kleinen Hauses.

Hauptmann-Preis an F. Roth und E. Y. Meyer

dpa, Berlin

Der Gerhart-Hauptmann-Preis 1983 der Freien Volksbühne in Höhe von 10 000 Mark ist in diesem Jahr zu gleichen Teilen den Schriftstellern Friederike Roth und E. Y. Meyer zuerkannt worden. Friederike Roth veröffentlichte seit 1970 Lyrik, Prosa und Hörspiele und erhielt 1977 den Leonce-und-Lena-Preis. E. Y. Meyer war einige Jahre Lehrer und lebt heute als freier Schriftsteller in Bern. Der 37jährige Autor veröffentlichte unter anderem die Erzählungen „Ein Reisender in Sachen Umsturz" (1972) und den Roman „Die Rückfahrt" (1977).

„DDR" will ihren Buchexport verstärken

AFP, Leipzig

Der Generaldirektor des Leipziger Außenhandelsbetriebes Buchexport, Siegfried Hoffmann, hat die Verlage in der „DDR" aufgefordert, in stärkerem Maße für den Export zu produzieren. Zwar konzipierten die Verlage ihre lang- und kurzfristigen Pläne auch unter dem Gesichtspunkt, ihre Literatur international zu verbreiten. Dennoch sei es erforderlich, stärker darüber nachzudenken, welcher Titel, zugeschnitten auch auf bestimmte Zielgruppen außerhalb der „DDR", zusätzlich in die Programme aufgenommen werden könne. Um im Ausland noch wirksamer werden zu können, sollten die vielfältigen Vertriebsmöglichkeiten des kapitalistischen Marktes besser genutzt werden.

Hölderlin-Haus wurde abgerissen

dpa, Bad Homburg v. d. H.

Das historische Hölderlin-Haus in Bad Homburg, für dessen Rettung sich neben einer örtlichen Bürgerinitiative auch Prominenz, vom Geiger Yehudi Menuhin über Heinrich Böll bis zum „DDR"-Schriftsteller Stephan Hermlin, eingesetzt hatte, ist abgerissen worden. Der vom Landesamt für Denkmalspflege genehmigte Abbruch wurde nur eineinhalb Tage nach einem entsprechenden Beschluß des Magistrats vollzogen. Das denkmalgeschützte Barockhaus in der Nähe des Landgrafenschlosses, in dem der Dichter Friedrich Hölderlin in den Jahren 1804 und 1805 lebte, war erst vor drei Jahren von der Stadt Bad Homburg gekauft worden, um nach der fälligen Sanierung darin eine Gedenkstätte einzurichten.

Tritt Engelmann ab?

„Ich bin zu Konsequenzen bereit"

Die Rufe nach dem Rücktritt des VS-Vorsitzenden Bernt Engelmann werden lauter. Der erste Mann des „Verbandes deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier" war erneut ins Kreuzfeuer der Öffentlichkeit geraten, nachdem er u. a. den Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, Manès Sperber, aufgefordert hatte, den Preis „umgehend zurückzugeben". Jetzt wurde ein Telegramm des Schriftstellers Reiner Kunze an Sperber bekannt, in dem Kunze schärfste Kritik an Engelmann übt. Es werde, schreibt er bitter, „wohl keinem von uns etwas anderes übrig bleiben, als eines Tages vor Personen wie Herrn Engelmann dahinzusterben".

Inzwischen hat sich Engelmann selbst verschiedentlich zu der neuen Affäre um seine Person geäußert. In einem dpa-Gespräch sagte er, er habe über Sperber „einige zu scharfe Worte geäußert", habe ihn aber nicht aufgefordert, den Preis zurückzugeben. Auch habe er weder den Autor noch den Menschen Sperber „in Zweifel ziehen wollen". In einem Interview mit den „Stuttgarter Nachrichten" sagte er weiter: „Wenn man Engelmann nicht will, muß man das sagen." Die Bemerkung von Günter Grass, Funktionäre im VS repräsentierten die „Macht des Mittelmaßes und der Vereinsmeierei", sei jedoch „beleidigend und kränkend".

Der Vorstand des VS und die Vorstände der einzelnen Landesverbände, die – wie Engelmann selbst – erst vor kurzem neu gewählt wurden, stehen bisher zu ihrem Vorsitzenden. Der Landesverband Hessen des VS hat sich auf seiner Jahreshauptversammlung am Wochenende in Herborn (Lahn-Dill-Kreis) mit ihm solidarisch erklärt. Der VS, hieß es in der Erklärung, sei Teil der Friedensbewegung, und deshalb sei es Engelmanns Recht gewesen, Angriffe auf diese Friedensbewegung durch Sperber zurückzuweisen.



Verläßt sich noch auf seine Basis: VS-Vorsitzender Bernt Engelmann FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Auch der Vorstand des Hamburger VS schickte eine „Solidaritätsadresse". Der bayerische VS-Vorsitzende Bleuel sprach von „zustimmenden und klaren Sätzen" für Engelmann, die ihn aus der Mitgliedschaft erreicht hätten. Auch der VS-Vorsitzende des Saarlands, Buchhorn, stellte sich hinter den Bundesvorsitzenden. Sollte sich aber die Kritik an Engelmann auf den unmittelbar bevorstehenden restlichen Jahresversammlungen der VS-Landesverbände verdichten, würde seine Position wohl definitiv unhaltbar.

ANDREAS WILD

Der Titelheld fehlte auf der Bühne: Thomas Braschs neues Stück „Mercedes" in Zürich

Warum sagt man Gedichte im Kopfstand auf?

Thomas Brasch hat wieder einmal Laut gegeben. Der Enddreißiger, in England als Sohn jüdischer Emigranten geboren, in der „DDR" aufgewachsen und von dort, obwohl sein Vater in der Partei ein großes Tier war, drangsaliert, ins Gefängnis gesteckt, vor allem verboten, in die Bundesrepublik ausgewandert, von dort nach Zürich, von wo er nach nur einjährigem Aufenthalt auch wieder weg will, weil er auch hier mit nichts einverstanden ist. Er hält die Zürcher, zumindest die leitenden Männer des Schauspielhauses (frei nach Lenin), für „nützliche Idioten" und hat von ihnen den Auftrag angenommen, ein Stück zu schreiben. Als die Uraufführung im Frühjahr angekündigt wurde, war von dem Stück noch wenig vorhanden, nicht einmal ein Titel. Es heißt „Mercedes". Warum? Weil sich alles in einem piekfeinen Mercedes abspielt – angeblich.

Ein junger Mann fährt ihn, aber nur als Angestellter des Werks, überführt ihn für seinen jeweiligen Besitzer. Der Mercedes, der laut Probenberichten auf der Probenbühne aufgebaut war, wird in der Premiere überhaupt nicht sichtbar. Es wird nur von ihm – ausgiebig – geredet.

Das Thema, besser: die Themen der Dialoge: die Probleme eines arbeitslosen, ausgeflippten Jungen, der, um die Zeit totzuschlagen, zur Bundeswehr will; die Probleme eines Mädchens, das seinen Lebensunterhalt in Supermärkten und Warenhäusern zusammenstiehlt, gelegentlich auch mal auf den Strich geht. Dann gibt es noch einige Szenen mit einem alten Mann, der einmal eine große Fabrik aus dem Nichts aufgebaut hatte. Er wird gekreuzigt. Die alte Generation ist ja so überflüssig.

Das alles ist kein Stück. Es sind nicht einmal Szenen. Der Lautsprecher deklariert sie als Versuche, es gibt da einen „ersten Versuch", einen „zweiten Versuch", eine „Versuchsanordnung", Behauptungen, wie etwa „der Beobachtete verändert den Beobachter" oder „Zwischenergebnisse". Das alles besagt nicht viel oder eigentlich gar nichts.

Wie inszeniert man so etwas? Matthias Langhoff läßt, wie gesagt, die Titelfigur, das Auto, gar nicht erst auftreten. Die Bühne bleibt bis auf gelegentliche Versatzstücke – Sofa, Autoreifen etc. – leer. Sie wird von zwei quer über das Spielfeld verlaufenden Neonröhren beleuchtet. Regisseur Matthias Langhoff läßt sich viele Gags einfallen. Manche sind sinnlos oder störend, wie etwa der, daß ein schönes Gedicht über Zeit und Arbeitslosigkeit vom Darsteller auf dem Kopf stehend aufgesagt werden muß – mit dem Effekt, daß niemand zuhört, alle nur gespannt darauf warten, ob er nicht herunterpurzeln wird. Oder der, daß Mann und Frau für einen kurzen Auftritt die Kostüme wechseln: Sie kommt in seiner Kluft, er in ihrem Kleid. Warum?



Solo für zwei Schauspieler: Katharina Thalbach und Christoph Waltz in „Mercedes" FOTO: KAPPELER

Das Positive der Aufführung: die interessante Musik von George Gruntz. Und die Führung der Protagonisten Christoph Waltz und Katharina Thalbach. Christoph Waltz, erst unlängst an der gleichen Bühne unzureichend als Hamlet, weil völlig unzulänglich geführt, agiert hier stupend mit glattrasiertem Schädel, hart, naiv, böse, zynisch, gleichgültig, authentisch wie das Foto eines verlorenen Jugendlichen. Katharina Thalbach, gestern ebenfalls noch ein Opfer der Hamlet-Regie (als Ophelia eine Nutte), ist nun wirklich eine, wie direkt von der Straße geholt.

Das Erstaunlichste an der kurzen Produktion: das Publikum. Es lachte beständig, obwohl die Sache doch eher traurig ist. Es klatschte so häufig, wie das heute an diesem Theater üblich ist, und jubelte am Ende. Buhrufe kamen nur vereinzelt, als Brasch erschien. Vermutlich, das heißt nach dem, was er in den letzten Jahren hat verlauten lassen, wird ihm nichts gleichgültiger gewesen sein, auch daß sein Werk nur sechsmal und außer Abonnement laufen wird. Er wird ja bald weiterziehen.

CURT RIESS

Lebenslang für Massenmörder Nilsen

CLAUS GEISSMAR, London

Der mit einer lebenslänglichen Gefängnisstrafe abgeschlossene Prozeß gegen den englischen Massenmörder Dennis Nilsen (37) hat das britische Strafrechtssystem an mehrere Grenzen justizieller Belastbarkeit geführt. Aber auch Englands Medien haben neue Probleme. Große überregionale Tageszeitungen, darunter nicht nur der „Daily Mirror", sondern auch die „Times", müssen mit einem gerichtlichen Nachspiel rechnen. Als die zwölf Geschworenen noch in der Beratung saßen, Nilsen also noch nicht verurteilt war, erschienen alle Zeitungen mit den blutigsten „Hintergrundberichten" über den Massenmörder. Nach englischer Rechtsauffassung war das ein unzulässiger Eingriff in ein schwebendes Verfahren und eine Mißachtung des Gerichts.

Probleme mit Geschworenen

Daß ein ganzes Justizsystem durch einen Massenmörder in Schwierigkeiten gebracht werden kann, wurde an den zwölf Geschworenen am deutlichsten. Sie konnten kein einstimmiges Urteil finden.

Englands Juristen sind stolz darauf, daß im britischen Strafverfahrenssystem nicht „im Namen des Volkes", sondern vom Volk selbst entschieden wird. Während es in der Bundesrepublik Deutschland und in anderen westeuropäischen Ländern üblich ist, „unbescholtene Bürger" als Laienrichter (Schöffen) auszusuchen, kann sich in England jedermann auf einer Geschworenenbank wiederfinden. Der Unterschied besteht darin: Nach dem deutschen System werden nur solche Bürger ausgewählt, die sich im kommunalen Leben bereits als integer bewiesen haben. In England gilt ein reines Losverfahren – auch der Dümmste wird nicht ausgeschlossen. Und das führt zu ganz praktischen Problemen. Auf der Jury-Bank mögen zwar redliche Leute sitzen. Aber sie können völlig überfordert sein.

Gegen den Massenmörder Nilsen hatten in zwei Prozeßwochen drei der angesehensten Psychiater Englands ausgesagt. Ihre Diskussionen mit den Juristen waren die reinsten akademischen Wortgefechte. Alle drei Gutachter kamen zu dem Ergebnis, daß der Massenmörder nicht geisteskrank ist. Aber zwei wollten ihm – allein wegen der Grausamkeit seiner Taten – eine verminderte Zurechnungsfähigkeit zubilligen.

Die zwölf Geschworenen standen daher am Schluß des Prozesses vor der Aufgabe, daß sie es als Laien besser wissen mußten als die angesehensten Mediziner. So war es nicht verwunderlich, daß auch nach zwei Beratungstagen keine Einstimmigkeit zustande kam. Nach zwölf Stunden und 26 Minuten hatten sich endlich zehn Geschworene darauf geeinigt, daß der Massenmörder voll zurechnungsfähig ist. Diese Mehrheit von zehn zu zwei reicht nach englischem Strafprozeßrecht aus.

Unglaubliche Grausamkeit

Nilsen, der sich selbst als „Mörder des Jahrhunderts" bezeichnet hat, wird mit Sicherheit in die englische Rechtsgeschichte eingehen. Minuten nach dem Urteil führten Scotland-Yard-Beamte Pressefotografen und Fernsehkameras den kupfernen Kessel vor, in dem Nilsen die Köpfe seiner letzten Opfer gekocht hat. Aber nicht nur diese fast unglaublichen Grausamkeiten des Massenmörders wird man in den Lehrbüchern der gerichtlichen Medizin wiederfinden. Strafjustiz und Psychiatrie werden ihr Verhältnis zueinander neu überdenken müssen. Der Fall dieses Massenmörders, der 15 Menschen umbrachte und keine klaren Motive hatte, bewies Juristen und Medizinern im Saal Nr. 1 des Londoner Old Bailey: Wenn sich menschliche Abgründe auftun, die so tief liegen wie bei Dennis Andrew Nilsen, dann fangen Juristen und Mediziner an, aneinander vorbeizudenken. (SAD)

Glanzvolle Nacht in Bonns feinstem Festzelt



Das Präsidenten-Ehepaar der Bundesrepublik Deutschland: Karl Carstens und Frau Veronika. FOTO: AP


Große Koalition am Balltisch: Verteidigungsminister Wörner und seine Frau im Gespräch mit Horst Ehmke. FOTO: SVEN SIMON


Bundeswirtschaftminister Graf Lambsdorff und Frau, Franz Josef Strauß sichtend ... FOTO: SVEN SIMON

EVI KEIL, Bonn

„When the saints go marching in", spielte eine Jazz-Kapelle. An der Spitze eines Trosses, der in Bonns feinstes Festzelt einmarschierte, Bundespräsident Karl Carstens und Frau Veronica. Unrecht hatten jene Auguren, die mutmaßten, der Bundespresseball, Motto „Bonn–Noir", werde allenfalls noch mit einem „Feuerwehrball" zu vergleichen sein. Die lange Nacht im weiß-schwarzen Zelt mit gelber Rückwand bekam schnell eine „bombige Stimmung". Lag es an den zündenden Rhythmen oder an der explosiven Tatsache, daß Dynamit-Nobel den Zeltboden gestiftet hatte?

200 000 Chrysanthemen und insgesamt zehn Zentner Kohl in allen Variationen von Rot über Weiß – bis Grünkohl – schmückten Zelt, Gänge und übrige Festräume der Bonner Beethovenhalle.

Der Matador des Abends wurde Franz Josef Strauß. Der bayerische Ministerpräsident und Präsident des Bundesrates war mit eigener Maschine eingeflogen. Kommt er „nur" zur Stippvisite oder bleibt er ganz, war die Frage. Seine Begrüßung mit Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff ließ keine Rückschlüsse zu. Die Begegnung beider Männer war herzlich.

Strauß war glänzend gelaunt, voller Apercus. Den Bundespräsidenten mit seiner Leidenschaft fürs Wandern titulierte er in Abwandlung des Johnny als „Charly Walker". Der Tisch des Bayern, an dem auch Österreichs Botschafter Willibald Pahr saß, lockte bald auch Sowjetbotschafter Wladimir Semjonow an.

Nach der Sitzordnung – sozusagen protokollarisch im Nakken hatte Strauß den Vogel, den Oppositions-Vogel, Hans-Jochen. Dieser zeigte sich freilich ziemlich isoliert nicht bester Laune. Die Opposition war dünn gesät. Dem Ball die Treue hielten vor allem Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger, Katharina Focke und Professor Horst Ehmke.

Das öffentliche Ballinteresse wanderte von der Tanzfläche immer wieder zu den Tischen, an denen Bundestagspräsident Rainer Barzel und Finanzminister Gerhard Stoltenberg saßen. „Wollen Sie, oder wollen Sie nicht" den Posten des nächsten Bundespräsidenten? Gerhard Stoltenberg winkte energisch ab. Dagegen hüllte Rainer Barzel sich in beredtes Schweigen. Zukunftsfragen dieser Art bedrängten Außenminister Hans-Dietrich Genscher weniger. Er tanzte ungezwungen, ja ausgelassen. Auch die Minister Hans Engelhard, Manfred Wörner und Norbert Blüm „machten" auf diese Art der Entspannung. Letzterer leicht „schweißend". Seine Frau hatte ihm beim Versuch, eine schicke Frisur zu verpassen, ins Ohr geschnitten.

Internationales Flair brachte an den runden Tisch des Bundespräsidenten Bonns Generalintendant Jean Claude Riber, der im Geleitzug mit dem Opern-Star Katia Ricciarelli erschien.

Fußballidol Paul Breitner zog die Lose. Die Tombola, in der zwei Autos verlost wurden, war dennoch längst nicht mehr so reich bestückt wie in den Vorjahren. 500 Mark „Haushaltsgeld" gewann Israels Botschafter Yitzhak Ben-Ari.

Die Bundespressekonferenz als Gastgeber hatte wie immer tief in die eigene Tasche gegriffen. Allein der traumhafte Blumenschmuck kostete 36 000 Mark. Die Ballgäste durften sich bis zum Ende der Nacht bedienen: Punkt 24 Uhr fehlten jedoch weniger die Blumen als vielmehr die Kohlsorten. Die meisten (Kohl-)Köpfe waren samt Strünken in zahllosen Ballhandtäschchen verschwunden.


Franz Josef Strauß und Frau Marianne. FOTO: SVEN SIMON

Anatomie eines Untergangs – das Ende der ‚Kampen'

Von KLAUS BRUNS

Hans-Joachim Grasshoff (36) schenkt sich in seinem Rahlstedter Haus gerade die zweite Tasse Kaffee zum Frühstück ein. Es ist Mittwoch, der 2. November. Da kommt die Nachricht. Schon die ersten Worte aus dem Radio genügen ihm, um zu wissen, was kommt: „Vor der isländischen Küste ist gestern abend der Hamburger Frachter ..." Die Nachricht ist unmißverständlich. Die „Kampen", „sein" Schiff, war gesunken, Grasshoff hört sich selbst aufschreien: „Mein Schiff ist weg, mein Schiff ist weg!" Seine Frau „Gigi", noch in der Küche, hört den Schrei, eilt hinzu.

„Das war doch ein sehr stabiles Seeschiff!"

Den zweiten Satz der Meldung hören beide gemeinsam. Der Nachrichtensprecher sagt unbarmherzig, was Grasshoff sich noch weigert zu denken. Sieben seiner Kameraden, mit denen er noch wenige Wochen zuvor gemeinsam auf der 3983 Bruttoregistertonnen großen, gut 100 Meter langen „Kampen" von Lagos nach Liverpool „gedampft" war, hatten die Katastrophe in der aufgewühlten, eisigen See nicht überlebt. Nur sechs waren dem Tod entkommen. Unter ihnen der erst 26 Jahre alte Offizier Jan Garbers.

Eigentlich hätte Grasshoff für Garbers diese Fahrt machen sollen. Es war anders gekommen. Er hatte noch ein paar Wochen Urlaub drangehängt – der Umbau seines Hauses hatte mehr Zeit beansprucht. Garbers war für ihn eingesprungen. Hatte er überlebt? Wer hatte überlebt? Wie konnte das überhaupt passieren? Das war doch ein sehr stabiles Seeschiff! Seine Gedanken überschlugen sich. Am Dienstag, dem 8. November, hätte er in Rotterdam wieder Jan Garbers ablösen sollen. Jetzt gab es keine „Kampen" mehr ...

Fast alle aus der Crew waren langgediente Seeleute. Kapitän Helmut Thomsen, 52 Jahre alt, fuhr seit 1949 zur See. 1971 übernahm er zum ersten Mal bei der Hamburger Reederei Robert Bornhofen als Kapitän ein Schiff. Zehn Jahre später bescheinigt ihm die Reederei: Obwohl an die Schiffsbesatzungen erhöhte Anforderungen gestellt wurden, hat Herr Kapitän Thomsen durch sein freundliches Wesen stets ein gutes Arbeitsklima für die Besatzung geschaffen. Seinen Schiffsoffizieren war Herr Kapitän Thomsen ein gerechter Vorgesetzter.

Grasshoff, selbst schon als Kapitän gefahren, kann diesem Urteil nur zustimmen. Unter Kapitän Thomsen war er rund drei Monate als 1. Offizier gefahren. „Zu Thomsens Qualitäten", sagt er, „gehören Besonnenheit, Übersicht, Fairneß." Nautische Erfahrungen hatte Thomsen hauptsächlich in der Nordatlantik- und in der Westafrika-Fahrt erworben. Die isländischen Gewässer waren ihm nicht unbekannt.

Nur sieben Jahre weniger hatte der 1. Ingenieur, „Chief" Hubert Riesenhuber, Onkel des derzeitigen Wissenschaftsministers, an Fahrenszeit. Wie Kapitän Thomsen kannte er den Schiffstyp in- und auswendig. Beide hatten bei der Fertigstellung der „Katania" in Shanghai über mehrere Monate die Bauaufsicht geführt.

Die Seetüchtigkeit des Schiffes stand für Grasshoff außer Zweifel – ein Urteil, das auch jetzt durch die Überlebenden der Katastrophe vor Island bestätigt wurde. Zudem: Thomsen und Riesenhuber waren ein eingeschworenes Gespann. Mit einer nicht voll seetüchtigen „Kampen" wären beide nicht ausgelaufen. Risse, Konstruktionsfehler? Wenn es sie gegeben hat, hatten Thomsen und Riesenhuber keine Kenntnis davon.

Bis wenige Augenblicke vor dem Notruf hatte die Besatzung nach Aussagen des 1. Offiziers, Jan Garbers, keinerlei Bedenken, daß das Schiff die schwierige Situation meistern würde. Alle hatten bis zum letzten Augenblick großes Vertrauen in die Stabilität des Schiffes. So groß war das Vertrauen in die „Kampen", daß die Überlebenden den Untergang bis zum heutigen Zeitpunkt als unerklärlich bezeichnen.

Gleichwohl, die „Kampen" ist nicht mehr. Was hat sich auf dem Schiff ereignet? Sofort nach der ersten Radiomeldung rief Grasshoff seine Reederei in Wedel an. Noch wenige Stunden vor dem Untergang hatte Kapitän Thomsen von der „Kampen" aus über Norddeich Radio mit seinem Reeder Günther Schulz telefoniert: „Wir haben wieder Fahrt aufgenommen. Schiff hat 15 Grad Schlagseite, sonst keine besonderen Vorkommnisse." Nach bisherigen Erkenntnissen hatte die „Kampen" Schwierigkeiten mit der Brennstoffversorgung der Maschine. Das Schiff hatte deshalb bei acht Windstärken aus Nordwest stoppen müssen, damit die Störung behoben werden konnte. Klar war zu diesem Zeitpunkt schon, daß die Ladung – 5300 Tonnen Staubkohle für eine isländische Zementfabrik – verrutscht war. War Wasser in die Luke gedrungen? Hatte die Kohle bei der Verladung mehr Feuchtigkeit als angegeben, so daß sie bei starkem Seegang von sich aus ins Rutschen geriet? Spekulationen.

Keiner hatte das Gefühl, in einer Gefahrenlage zu sein

Sicher ist, daß ein Schiff dieser Qualifikation mit Doppelrumpfhülle (das heißt mit 2300 tons Auftrieb) bei dieser Schlagseite absolut seetüchtig ist. Dazu Jan Garbers: „Wir hatten vor dem Untergang nicht das Gefühl, in einer Gefahrenlage zu sein." Sicher ist aber auch, daß die Schlagseite für alle überraschend innerhalb kurzer Zeit dramatisch zunahm. Es gibt dafür bisher keine Erklärung.

Mit dem Moment, als die Situation für das Schiff kritisch wurde, gab Kapitän Thomsen SOS. Dann ging alles schnell. Aus dem Rudermaschinenraum wurde Wassereinbruch durch die Lüfter gemeldet. Den Vorwurf, daß die „Kampen" keinen Funker an Bord hatte – der hatte den Antritt der Reise verpaßt – läßt Grasshoff nicht gelten. „Alle Offiziere an Bord waren mit dem Umgang der Funkanlage vertraut. Die ‚Kampen hatte mehr Geräte an Bord als vorgeschrieben."

Nach Absetzung des Notrufs erhielt die Mannschaft Weisung, sich auf das Aussteigen vorzubereiten. Der überlebende Maschinenwärter, Peter Klietsch (39), schildert die letzten Minuten auf der „Kampen" so: Nachdem klar war, daß das Schiff nicht mehr zu halten war, wurde versucht, das noch intakte Rettungsboot auszubringen. Wegen der zunehmenden Schlagseite gelang das nicht.

Die Maschine war ordnungsgemäß abgestellt worden, damit die Schiffbrüchigen nicht durch die rotierende Schraube gefährdet würden. Der 1. Offizier riet seinen Leuten dringend, alle greifbaren Kleidungsstücke überzuziehen. Sie isolieren in Grenzen den Körper gegen den Wärmeabfluß in das extrem kalte Wasser, das eine Temperatur von rund fünf Grad auswies. Thermoanzüge, die den Körper über längere Zeit sicher vor Unterkühlung hätten schützen können, waren nicht an Bord. Sie sind nicht vorgeschrieben.

Nachdem das Boot nicht mehr zu Wasser gelassen werden konnte, wurde eine Rettungsinsel über Bord geworfen. Unglücklicherweise entfaltete sie sich kopfüber. Als erster hangelte sich Matrose Günther Schröder (40) über die Reißleine zur Rettungsinsel. Bei hohem Seegang stellt er eine zusätzliche Leinenverbindung zum Schiff her, über die die meisten der Kameraden die Insel erreichten. Kapitän Thomsen wurde, ehe er das Schiff verlassen konnte, durch ein plötzliches Überholen von Bord gespült. Schon vorher war er durch einen Sturz an Bord verletzt worden. Kameraden hatten ihn stützen müssen. Er wurde als einer der letzten, vermutlich schon tot, geborgen.

Nachdem sich die meisten Besatzungsmitglieder in der Höhlung der Rettungsinsel zusammengekauert hatten, sank das Schiff. Es war Dienstag, der 1. November, 21.20 Uhr.

Wenig später zerstörten auftreibende Wrackteile die Hauptkammer des Floßes. Vermutlich hatten sich die auftriebsstarken Zwischendeckslukendeckel losgerissen, hatten die 24 Tonnen schweren, nicht schwimmfähigen Lukendeckel des Wetterdecks gesprengt und waren aufgeschwommen. Die Seeleute klammerten sich weiter an die zerstörte Rettungsinsel. Eine kleine intakte Luftkammer, eine Luftblase vielleicht, gab noch Auftrieb.

Ausgelaufenes Schweröl schützte gegen Eiseskälte

Im gleichen Augenblick erblickten sie über sich ein schweres Flugzeug. Nach dem letzten Funkgespräch von Kapitän Thomsen hatte Reeder Schulz vorsorglich die isländische Küstenwache und die amerikanische SAR-Staffel auf der Insel alarmiert. Jetzt kreiste die „Herkules" über der Unglücksstelle und zeigte den herbeigerufenen Fischerbooten die Position der Schiffbrüchigen. Schon nach kurzer Zeit konnten die Leute von der „Kampen" ihre Retter am Horizont sichten. Mit einer Taschenlampe gab Garbers Lichtzeichen. Sie machten sich gegenseitig Mut. Die Kälte zerrte an ihrem Leben. Gemeinsam schrien sie um Hilfe. Das half. Mit aller Kraft, derer Verzweifelte fähig sind, zwangen sie sich durchzuhalten. Ausgelaufenes Schweröl, das Körper und Gesichter der Schiffbrüchigen verschmierte, schützte ein wenig gegen die Eiseskälte.

Die Fischer, mit den außergewöhnlichen Seeverhältnissen gut vertraut, konnten die Schiffbrüchigen verhältnismäßig schnell aus dem Wasser ziehen. Fast alle waren zum Zeitpunkt der Bergung nahezu bewußtlos oder reagierten nur noch reflektorisch. Einige waren wohl auch schon tot. Sieben überlebten die Katastrophe nicht.

Die ersten bleifreien Tankstellen

AP, Stuttgart

Im baden-württembergischen Plochingen ist jetzt die erste öffentliche Tankstelle für bleifreies Benzin in der Bundesrepublik Deutschland eröffnet worden. Für 1,389 Mark pro Liter Normalbenzin oder 1,449 Mark pro Liter Super können Autofahrer ab sofort bleifrei tanken. Erster an der Zapfsäule war Baden-Württembergs Wirtschaftsminister Eugen Eberle. Bisher hatte es nach Auskunft des Wirtschaftsministeriums bleifreies Benzin lediglich in Modellversuchen in einigen deutschen Großstädten gegeben. Dort seien allerdings ausschließlich Fahrzeuge der Stadtverwaltungen aufgetankt worden. Für die Dienstautos der öffentlichen Fuhrparke soll auch in Bayern ein landesweites Stützpunktnetz von etwa 20 Tankstellen mit bleifreiem Benzin angelegt werden. Außer München, wo heute für Bayern die erste Tankstelle eröffnet wird, haben auch die kreisfreien Städte Amberg, Augsburg, Aschaffenburg, Bamberg, Coburg, Erlangen, Fürth, Hof, Ingolstadt, Kempten, Nürnberg, Rosenheim und Straubing ihr Interesse bekundet.

Taucherglocke geplatzt

dpa, Stavanger

Eine unter Druck stehende Taucherglocke ist am Wochenende auf einer norwegischen Bohrinsel geplatzt. Dabei kamen vier Männer im Inneren der Glocke und ein Arbeiter auf der Bohrinsel ums Leben. Das Unglück ereignete sich, als die Taucherglocke an eine Dekompressionskammer auf der Bohrinsel „Byford Dolphin" angeschlossen werden sollte.

Erfolgreiche Bilanz

AP, München

Im Juli dieses Jahres sind mehr als 100 Nieren in der Bundesrepublik Deutschland verpflanzt worden. Damit sind die 20 Transplantationszentren im Bundesgebiet ihrem Ziel wesentlich näher gekommen, mindestens 1500 Nierentransplantationen im Jahr vorzunehmen, hieß es in der jüngsten Ausgabe der „Münchner Medizinischen Wochenschrift".

Verbrecherjagd erfolgreich

AFP, London

Der von der britischen Polizei gesuchte Verbrecher Arthur Hutchinson ist am Wochenende festgenommen worden. Der 42jährige soll vor zwei Wochen in Sheffield (Nordengland) die Familie eines Rechtsanwalts umgebracht haben.

Suche eingestellt

AFP, Washington

Die amerikanische Marine hat ihre Suche nach dem Flugschreiber und anderen wichtigen Wrackteilen des am 1. September über dem Japanischen Meer von einem sowjetischen Abfangjäger abgeschossenen südkoreanischen Verkehrsflugzeugs eingestellt. Die Kosten des Unternehmens sollen sich auf 58,2 Millionen Mark belaufen.

Stoßzahn aus dem Tertiär

dpa, Günz

Kinder haben in einer Kiesgrube bei Günz (Landkreis Unterallgäu) ein 15 Millionen Jahre altes Stoßzahn-Stück eines Ur-Elefanten gefunden. Das Stoßzahn-Stück vom Mastodan, wie das ausgestorbene, etwa elefantengroße Rüsseltier des Tertiärs heißt, soll in Kempten ausgestellt werden.

WETTER: Spätherbstlich freundlich

Wetterlage: Ein ausgedehntes, beständiges Hoch über Südosteuropa bleibt mit milder, zu Nebelbildung neigender Luft für Deutschland wetterbestimmend.

Vorhersage für Montag:

Ganz Deutschland: Teils neblig-trüb, vor allem in feuchten Niederungen; teils wolkenarm-sonnig. Temperaturen nachmittags in Nebelgebieten um 7 Grad, sonst zwischen 10 und 15 Grad Celsius, im Rheinland örtlich bis 18 Grad. Tiefstwerte nachts 3 bis 8 Grad. Schwachwindig, vorherrschend aus Süd.

Weitere Aussichten:

Keine rasche Änderung des ruhigen, milden Hochdruckwetters mit Frühnebel.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	7°	Kairo	27°
Bonn	12°	Kopenh.	9°
Dresden	13°	Las Palmas	24°
Essen	13°	London	13°
Frankfurt	6°	Madrid	16°
Hamburg	7°	Mailand	10°
List/Sylt	11°	Mallorca	21°
München	14°	Moskau	3°
Stuttgart	6°	Nizza	18°
Algier	26°	Oslo	11°
Amsterdam	10°	Paris	8°
Athen	19°	Prag	4°
Barcelona	17°	Rom	14°
Brüssel	10°	Stockholm	10°
Budapest	14°	Tel Aviv	26°
Bukarest	14°	Tunis	19°
Helsinki	7°	Wien	9°
Istanbul	13°	Zürich	7°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 7.26 Uhr, Untergang: 16.45 Uhr, **Mondaufgang:** 11.27 Uhr, Untergang: 19.00 Uhr. *in MEZ, zentraler Ort Kassel

Polizisten fürchten fotografierende Pistole

Mini-Camera als Schutz gegen behördliche Übergriffe

WOLFGANG WILL, New York

Eine Pistole, die Bruchteile von Sekunden vor jedem Schuß fotografiert, haben die beiden amerikanischen Erfinder Rudy Ortega und Mike Askew aus Jacksonville/Florida entwickelt. Mit dieser Pistole kann jeder aus ihr abgegebene Schuß dokumentiert werden. Die beiden Erfinder sehen in ihrer Neuheit ein Schutzmittel vor polizeilichem Übergriff.

Dazu sagt Rudy Ortega: „Wenn ein Mann, auf den ein Polizist schießt, unbewaffnet war, wird das Foto das zeigen – genauso zeigt das Foto, ob der Mann bewaffnet war und den Polizisten möglicherweise bedrohte."

Die Mini-Kamera kann entweder so im Kolben untergebracht werden, daß sie durch die Hand nicht verdeckt wird, oder sie läßt sich unterhalb des Laufs montieren. Über ein Faseroptiksystem ist die Kamera mit dem computerisierten Abdrückbügel verbunden: Auf diese Weise wird immer dann ein Foto genau 0,25 Sekunden, bevor die Kugel den Lauf verläßt, gemacht. Damit kann es auch keine Rauch-Trübung für das Foto geben. Auch Vibration oder Rückstoß haben deshalb keinen negativen Einfluß auf das Foto.

Die Mini-Kamera ist versiegelt und verschlossen und kann nur Mittels eines Spezialschlüssels geöffnet werden, der – so die Vorstellung der beiden Erfinder – auf dem Polizeirevier unter Verschluß gehalten wird.

Ortega, der selbst einen Sohn bei der Polizei hat, bekam die Idee für die fotografierende Pistole, nachdem Anfang des Jahres in Miami ein Polizist auf einen Farbigen geschossen und danach behauptet hatte, der Mann habe ihn mit einer Waffe bedroht. Der Zwischenfall löste damals im Farbigenviertel der Stadt schwere Unruhen aus. Augenzeugen hatten erklärt, der Mann sei unbewaffnet gewesen. Ortega besprach die Idee mit seinem Freund Askew, Privatdetektiv und früherer Scotland-Yard-Beamter. Resultat ihrer Besprechungen und technischen Bemühungen ist die Fotopistole. (SAD)

Verkehrsexperten für „Tempo 60" in Städten

Appell an Bonn, innerörtlich flexible Grenzen einzuführen

AP, Frankfurt

Die Leiter der Straßenverkehrsämter der zwölf deutschen Großstädte mit mehr als 500 000 Einwohnern wollen die Bundesregierung bitten, die in der Straßenverkehrsordnung festgelegte Höchstgeschwindigkeit auf innerörtlichen Straßen von 50 Kilometer pro Stunde aufzuheben. Wie der Leiter des Straßenverkehrsamtes der Stadt Frankfurt, Harmut Vogt, nach einer Tagung mit Amtskollegen am Wochenende erklärte, ist es Ziel der Bemühungen, die Tempogrenze auf allen dem zügigen Verkehrsfluß dienenden Straßen auf die „realistische Grenze" von 60 Stundenkilometer anzuheben und dafür auf allen Straßen des Wohnumfeldes das Tempo auf 40 Stundenkilometer zu senken. Die schnelleren Straßen sollen durch das schwarzumrandete, weißgelbe Vorfahrtsschild gekennzeichnet werden.

Vogt, der von den in Dortmund zusammengekommenen Verkehrsamtsleitern um die Abgabe einer entsprechenden Erklärung ermächtigt wurde, sagte, zehn der zwölf Amtsleiter hätten diesem Vorschlag zugestimmt. Man habe die Befürchtung, daß in Bonn die Einführung einer „innerörtlichen Zonengeschwindigkeit" erwogen werden könne.

Ein solches Verfahren habe erhebliche Nachteile, denn jede auf eine solche „Zone" zuführende Straße müsse entsprechend gekennzeichnet und auch das Ende des Tempolimits angezeigt werden, so daß mit einer Flut neuer und kostspieliger Schilder zu rechnen sei. Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den Ländern mit der höchsten Dichte an Verkehrsschildern. Abgesehen davon, entspreche dies nicht der Rechtssicherheit, wenn der Verkehrsteilnehmer von Ort zu Ort unterschiedliche Tempobegrenzungen bis hin zum Schrittfahren vorfände. Ein Großversuch in Nordrhein-Westfalen und im Lande Hessen mit dem Tempolimit in Wohngebieten habe gezeigt, daß nicht einmal eine Geschwindigkeit von 30 Stundenkilometer von den Autofahrern akzeptiert würde.

ZU GUTER LETZT

„Bitteschön, nur saubere Socken ohne Löcher tragen." Empfehlung der Washingtoner Regierung an die Journalisten, die Präsident Reagan auf seiner Japan-Visite begleiten. Der Akasa-Palast in Tokio darf nur mit Socken betreten werden. Meldung der französischen Nachrichtenagentur AFP.

